Nr. 257. 21. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando 1 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 1. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Minister Möller über Saarabien.

Von einem Teilnehmer am Hilger-Krämer-Prozeß wird uns geschrieben:

Nach der Tragödie das Satyrspiel. Eine solche „Interpellation" über die Wahlmißbräuche im Saargebiet haben sich die im Krämerprozeß auftretenden Personen gewiß nicht träumen lassen. Herr Möller warf dem interpellierenden Abg. Herrn Marx vor, er habe sich durch die Lektüre des Prozeßberichtes „verführen" lassen, „die Gesamtbeurteilung des Verfahrens schärfer für sich vorzunehmen, als es der Richter getan hat, der den Gesamteindruck der mündlichen Verhandlung gehabt hat."

Umgekehrt, Herr Minister, wird ein Schuh daraus. Der Prozeßbericht kann nicht entfernt den aufregenden Eindruck wiedergeben, den die mündliche Verhandlung im Saarbrücker Schwurgerichtssaal auf die Teilnehmer machte. Hätte gleich vom Gerichtssaal aus einer der geistlichen Zeugen hintreten können auf die Parlamentstribüne um zu interpellieren, fiebernde Leidenschaft hätte das Dreiklassen-Parlament durchzittert, sofern allzu menschliche Entrüstungsschreie dort einen Resonanzboden finden.

So etwas muß miterlebt sein! An jenem Tage, wo der Zeuge Klos eingestehen mußte, er habe im amtlichen Auftrage die mutmaßlichen Zentrumswähler in der Wählerliste notieren und der Berginspektion das „Korps der Gangarder Bergleute" denunzieren müssen, da herrschte Gewitterschwüle im dichtbesetzten Raume. Unbeweglich starrte Herr Hilger nieder auf seine Akten. Was sollte er auch zu dem Unerhörten sagen? Und doch war noch nicht die höchste Spannung erreicht. Sie kam erst, als tags darauf ein königlich preußischer Gendarm in die Oeffentlichkeit flüchtete, um mit vor Erregung zitternder Stimme einen der höchsten Bergbeamten der falschen Denunziation anzuklagen, als der Mann auftrat, um die „Bierverhältnisse" desselben hohen Beamten mit einem Ruck zu enthüllen! Die Göttin der unerbittlichen Gerechtigkeit schritt durch den Saal, in der Totenstille hörte man das schwere Atmen der Verteidiger des saarabischen Systems. Mit belegter Stimme fragte der Gerichtsvorsitzende weiter, und der Gendarm Walliczeck erzählte, wie ihn Grubenbeamte im Interesse der Schmidtschen Brauerei, an der Bergrat Wiggert als Schwiegersohn des Besitzers beteiligt sein soll, zum Amtsmißbrauch verleiten wollten! Auf Veranlassung des Bergrats wurde Walliczeck versetzt wegen „katholischer Gesinnung"; als er Strafverfolgung gegen Wiggert wegen falscher Anschuldigung beantragte, verwies ihn der sonst sehr verfolgungseifrige Staatsanwalt auf die Privatklage. Wie nun, raunte man sich im Zuhörerraum zu, wenn der Gendarmenbeleidiger ein einfacher Arbeiter gewesen wäre?

Herr Möller will den Juristen die Interpretation des Urteils überlassen, er maßt sich nicht die Kritik eines Gerichtsentscheides an. Auch wir wollen den Juristen die Juristerei überlassen, sintemalen schon eine so hervorragende Zeitschrift wie die „Juristenzeitung" die Bestrafung Krämers nicht begreifen konnte. Tatsache ist, daß wohl alle nichtjuristisch geschulten Teilnehmer an dem Prozeß nach Beendigung der Beweisaufnahme der Ansicht waren, Krämer könne nicht bestraft werden, wenigstens nicht mit Gefängnis. Daher macht das harte Urteil in der Bevölkerung Saarbrückens außerordentliches Aufsehen. Auch Freunde des Bergfiskus waren von diesem Urteil überrascht; was gar erst die Arbeiterschaft dazu sagte, kann hier nicht wiedergegeben werden.

Herr Möller argumentiert genau wie der Staatsanwalt. „Ausnahmen", „keine systematische Unterdrückung", „keine amtliche Handlungen", „unter 1200 Beamten können leicht etliche zu Uebergriffen geneigte sein uff. Demgegenüber verweisen wir auf den im Vorwärts-Verlag erschienenen Prozeßbericht, dem auch Herr Möller Zuverlässigkeit nachsagte. Arbeiter werden bei der Wahl systematisch beobachtet von Grubenbeamten, wer „schwarz" wählt, bekommt einen Strich; die Stimmzettel werden nach bestimmter Regel gefaltet, eine Kennlichmachung der Nichtnationalliberalen ist damit unausbleiblich. Eine Reihe Zeugen aus verschiedenen Orten und von verschiedenen Gruben treten auf, bekunden, daß sie nach der Wahl „gedrückt" wurden, in die „Rotte" kamen, zum „Naßmachen" gebraucht worden sind, Manipulationen, die der Bergmann als eine Maßregelung empfindet. Beamte gestanden, sie hätten im Auftrage ihrer Vorgesetzten die Wahlkontrolle ausgeübt. Steiger David bezeugt, er sei wegen seiner katholischen Gesinnung vom Berginspektor zur Rede gestellt und auf sein Avancement aufmerksam gemacht worden; das hat den Mann veranlaßt, Gesinnungsheuchelei zu treiben, wie er mit bebender Stimme erzählte. Zwei Arbeiter hat man gezwungen, öffentlich ihre Zentrumsgesinnung zu widerrufen, auch sie mußten heucheln. Ueberhaupt kämpfte im Gerichtssaal nicht „Rot" mit „Schwarz" oder „Blau", sondern es war ein erbittertes Duell zwischen nationalliberalen Fiskalbeamten und katholischen Zentrumsanhängern! Der Staatsanwalt zog den Papst, die Bischöfe, das Beichtgeheimnis in die Erörterung, der Sozialdemokrat Rechtsanwalt Heine mußte sich alle Mühe geben, einen regelrechten „Kulturkampf" zu verhindern! Heine trat energisch für die katholischen Geistlichen ein, die als Zeugen von dem Staatsanwalt wegen intimer katholischer Kultusgebräuche ausgefragt werden sollten. Die Erregung der Kleriker war so groß, daß einmal einer aufsprang und als Seelsorger Protest gegen die staatsanwaltliche Fragestellung einlegte. Ob diese in ihrem religiösen Gefühl tief empörten Geistlichen und ihre Parochianen von der Form der Zentrumsinterpellation und der nachfolgenden Erörterung befriedigt sind, bezweifeln wir stark; denn wir selbst haben in Saarbrücken Worte ehrlichster Entrüstung aus geistlichem Munde über die Prozeßvorgänge gehört.

Und alle diese eine Woche sich hinziehenden Zeugenaussagen sollen nur „Ausnahmefälle" betreffen, die Regel soll ein „gutes Verhältnis zwischen Beamte und Arbeiter" sein?! Wenn unter einer Zahl von über eine Million Gewerkschaftsmitglieder ein paar Dutzend Fälle von Verstößen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung vorkommen, so ist das „systematischer Terrorismus", „furchtbare Bedrohung der Arbeitswilligen", wogegen nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter geschrieen wird. Die Tragödie im Saargebiet aber soll nur verurteilenswerte „Ausnahmen" betreffen.

Da wollen wir Herrn Möller mitteilen, daß dem Verteidiger Krämers sich vor und während des Prozesses noch zahlreiche Zeugen zur Verfügung stellten, die aber entweder wegen der gerichtsseitig verfügten Einschränkung der Beweiserhebung nicht geladen werden konnten, oder auf die Rechtsanwalt Heine verzichtete, weil er annahm, das beigebrachte Beweismaterial genüge vollkommen zur Rechtfertigung Krämers. Nach dem verblüffenden Urteil des Gerichtshofes war es der Verteidigung allerdings klar, daß in dem noch in Aussicht stehenden Prozeß Hilger gegen Leimpeters auch die noch zur Verfügung stehenden zahlreichen Zeugen geladen werden mußten. Leider zog Hilger dann zur allgemeinen Ueberraschung den Strafantrag zurück, obgleich Leimpeters in ungleich schärferer Weise wie Krämer das saarabische System gegeißelt hatte. Komme man uns also nur nicht mit dem Einwand, es seien nur „Ausnahmen" festgestellt. Wir schlagen dem Landtage vor, eine **parlamentarische Untersuchungskommission** mit weitgehendster Vollmacht in das Saargebiet zu entsenden. Sie wird den zu vernehmenden Bergleuten und Beamten vollkommene Sicherheit gegen Maßregelungen irgend welcher Art zusichern müssen und darf sich nicht an Formalien binden. Was dann zutage gefördert wird über die bürgerrechtliche und wirtschaftliche Lage der Saargebietsarbeiter, wird nach unserer Ueberzeugung die Ergebnisse des Krämer-Prozesses auch Herrn Möller in einem anderen Lichte erscheinen lassen, selbst wenn die Kommission nur aus den Leuten des Dreiklassenparlaments besteht.

Man darf nicht vergessen, wer Herr Möller ist. Erinnert man sich nicht mehr der skandalösen Wahlmißbräuche im Wahlkreise Dortmund-Hörde, die den Reichstag mehrfach zum Einschreiten veranlaßte? Der „Gewählte" war eben derselbe Herr Möller, der in Saarabien nur „Ausnahmefälle" entdecken kann. Die berüchtigten „Pappdeckel-Stimmzettel" im Kreise Dortmund-Hörde waren von der Partei Möllers ausgegeben, die spalierbildenden Werksbeamten an den Wahllokalen waren von der Partei Möllers hingestellt, das alle Wahlfreiheit aufhebende Kontrollsystem an der Wahlurne war von der Partei Möllers organisiert! Herr Theodor Möller ließ sich zweimal wieder aufstellen, nachdem er zweimal sein Mandat niedergelegt, um der formellen Kassierung des Mandats zu entgehen. Die Industriebarone, politische Parteigenossen des jetzigen Handelsministers, sehen eben die Wahlbeeinflussung als ihr „Recht" an, Herr Möller hat auch von dieser „Wahlfreiheit" der Industrie-Arbeiter profitiert und ist dabei überzeugt, ganz korrekt gehandelt zu haben, wie wir denn auch seine persönliche Ehrenhaftigkeit nicht im geringsten bezweifeln. Es ist nun einmal so des Landes Brauch, wo noch keine starke, selbständige Arbeiterbewegung existiert; was im Saargebiet von Hilger und Genossen als nationalliberale Parteiführer praktiziert wird, machten früher die nationalliberalen Agitatoren für Möller, Hilbck, Franken, Beumer ebenso ungeniert. Heute freilich haben sich die Verhältnisse geändert, dank der starken sozialdemokratischen Bewegung im Ruhrbecken, die gründlicher den Wahlterroristen das Handwerk legte, wie es alle „Reskripte" des Handelsministers an seine Untergebenen in Saarabien fertig bringen. Die Stellungnahme des jetzigen Handelsministers Möller zu den saarabischen Wahlmißbräuchen ist leicht zu erklären aus der Vergangenheit des früheren nationalliberalen Parteivertreters Möller.

Auf keinen Fall hat Herrn Möllers Urteil irgend welchen Wert, denn er ist Richter in eigener Sache.

Ob das Zentrum der beweglichen Mahnung des Ministers folgt, doch den „Streit ruhen zu lassen", da Hannibal schon vor dem Tore steht, ist Sache der Partei, die unter der Devise „Für Wahrheit und Recht" marschiert. Soll „Gerechtigkeit herrschen, auch wenn die Welt darüber zugrunde geht", dann hat das Zentrum dem Aufschrei der sich gedrückt fühlenden katholischen Arbeiter in Saarabien ein kraftvolles Echo in den Hallen des Dreiklassenparlaments zu geben. Um den lachenden Dritten braucht sich weder Herr Müller noch Herr Bachem zu sorgen. Die Sozialdemokratie geht ihren Weg und wird auch die saarabischen Wälle siegreich übersteigen.

England und Rußland.

mb. London, 27. Oktober 1904.

In der Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland gibt es drei Abschnitte, die sich an drei verschiedene Seegebiete knüpfen. Der erste Abschnitt, der bis zum letzten Viertel des 18. Jahrhunderts dauerte, knüpft sich an die Ostsee; der zweite Abschnitt, der mit dem russisch-türkischen Frieden von Kücük-Kainardza (1774) begann und mit dem Berliner Kongreß (1878) endete, knüpft sich an das Schwarze Meer und die orientalische Frage; der dritte Abschnitt begann mit den russischen Fortschritten in Mittel- und Ostasien, und knüpft sich an den Persischen Meerbusen und den Pazifischen Ozean.

Im ersten Abschnitt spielte England den Geburtshelfer der russischen Macht; englische Waffen, Schiffe und Mechaniker halfen die Russen, Schweden und Polen zu besiegen; im zweiten Abschnitt standen sich beide Mächte oft als Rivalen und Feinde gegenüber; der dritte Abschnitt verspricht dem zweiten ähnlich zu werden.

Jedoch in keinem dieser Abschnitte war die englische Politik gegenüber Rußland konsequent und von einer festen Auffassung geleitet. Es hat zwar nie an Stimmen gefehlt, die England belehrten und warnten, aber sie wurden entweder nicht beachtet oder nicht genügend verstanden. Die ganze russische Politik wirkte und wirkt auf England eher betäubend und faszinierend als ernüchternd und anregend. Es scheint, daß dem Verständnis der Nationen, ebenso wie der Klassen, gewisse Grenzen gesteckt sind, über welche es nicht hinaus kann. Dies ist etwas mystisch ausgedrückt. Realpolitisch heißt dies, daß Nationen und Klassen am besten diejenige Politik verstehen, die direkt mit ihren Interessen verbunden ist. Englands Interessen sind maritime. Gegen maritime Staaten wie Spanien, Holland und Frankreich hat England bittere und rücksichtslose Kriege geführt. Dagegen kam Rußland bis jetzt hauptsächlich als territoriale Macht in Betracht. Der in den letzten Jahren entbrannte Kampf um den Stillen Ozean kann diese Lage ändern, wenn Rußland sich maritim behaupten sollte, was vorläufig kaum wahrscheinlich ist.

Es ist nicht uninteressant, die erste dieser warnenden Stimmen zu hören. Als Iwan der Schreckliche im Jahre 1560 Narva besetzte und von da über die Ostsee aus England Waffen, Munition und Mechaniker bezog, ließ der polnische König Siegmund August, der letzte der Jagellonen, die englischen Schiffe konfiszieren und wandte sich an die Königin Elisabeth mit folgender Mahnung: „Dieser Handel und Verkehr ist voll Gefahr für die Christenheit und für alle liberalen Nationen. Wir wissen und fühlen es als über jeden Zweifel erhaben, daß der Moskowiter täglich stärker wird. So lange er von Kunst und Handwerk nichts versteht, können wir ihn niederhalten. Aber wenn der Handelsverkehr nach Narva ungestört vor sich geht, was wird ihm dann noch unbekannt bleiben?"

Seitdem ließen sich von Zeit zu Zeit englische Stimmen gegen die russische Gefahr vernehmen, aber sie führten zu keiner konsequenten Politik. Auch die Kämpfe Englands gegen Rußland über die orientalische Frage wurden nicht mit jener zähen Energie geführt, die allein die russische Gefahr hätte bannen können — zum Wohle Europas und zum Wohle des russischen Volkes selbst. Der Krimkrieg war der einzige aktive Eingriff in die russischen Eroberungszüge, und er wurde unternommen, wie die englische Kriegserklärung in den denkwürdigen Worten sagte: „. . . . . um Europa zu retten vor der Uebermacht eines Reiches, das Verträge und Treue verletzt und der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt trotzt." Die Haltung Englands im Jahre 1878 war nur noch die des passiven Widerstandes. Die öffentliche Meinung Englands stand nicht hinter Lord Beaconsfield, sondern hinter Gladstone, und der Umschwung zugunsten Rußlands wurde immer entschiedener. Der Krimkrieg wurde als kriminell bezeichnet, trotzdem er der Sache des Liberalismus in Europa mehr gedient hat als alle Heuchelei Gladstones. Alexander III., der alle liberalen Ansätze in Rußland vernichtete, wurde von Gladstone im Jahre 1883 als die „göttliche Gestalt vom Norden" bezeichnet, wofür sich die „göttliche Gestalt" damit bedankte, daß sie ein Jahr später Penschdeh im Nordwesten Afghanistans angreifen und besetzen ließ. Auch Lord Salisbury, dieser Staatsmann der Dekadenz, erklärte im November 1896 in seinem Sportjargon, England hätte im Jahre 1854 und 1878 aufs unrechte Pferd gewettet. Ein Jahr später ließ das „rechte Pferd" Port Arthur besetzen und die britischen Schiffe aus diesem unglückseligen Hafen vertreiben. Bei einiger Energie und Voraussicht hätte Salisbury damals dem russisch-japanischen Kriege mit seinen noch gar nicht vorauszusehenden erschütternden Folgen vorbeugen können. Es war nichts mehr nötig, als auf die Note hinzuweisen, die Rußland, Frankreich und Deutschland im April 1895 an Japan gerichtet hatten und die jede Besetzung Liautungs als eine Gefahr für den Frieden im fernen Osten bezeichnete. Oder er hätte einfach die Integrität Chinas zum festen Grundsatze der britischen Politik machen sollen, was noch leichter durchzuführen wäre als die Integrität des türkischen Reiches, da dort die nationalen und religiösen Verwickelungen fehlen.

Ein Umschwung in die englisch-russischen Beziehungen kam erst zu Anfang des Jahres 1902, als Salisbury das Auswärtige Amt verlassen und es Lord Lansdowne übergeben hatte. Der Abschluß des Vertrages mit Japan war entscheidend für die neue Lage. Die Integrität Chinas wurde zum festen Grundsatze. Dieser Umschwung ist zum großen Teil der deutschen Diplomatie zu verdanken. Hätte diese den an dieser Stelle oft genannten deutsch-britischen Vertrag von Oktober 1900 nicht — im Gegensatze zum unzweideutigen Wortlaut — im russenfreundlichen Sinne ausgelegt, so wäre der britisch-japanische Vertrag vom Januar 1902 kaum zu stande gekommen und ohne diesen Vertrag wäre Japan nicht in den Krieg gegen Rußland gegangen. Daran muß festgehalten werden: das deutsche Volk ist durch die Handlungsweise seiner Diplomatie, sowohl im Jahre 1895 wie im Jahre 1900 und 1901, für den japanisch-russischen Krieg mit verantwortlich.

Im Momente des Niederschreibens dieser Zeilen ist die Lage ungemein drohend. Seit dem Beginn des japanisch-russischen Krieges ist die herrschende Clique in Rußland gegen England maßlos aufgeregt. In einer Nacht hat die kleine und junge japanische Flotte Rußland den Nimbus einer Großmacht genommen und seine mit so raffinierter Kunst verhüllte Untüchtigkeit vor aller Welt enthüllt. Die wildesten Märchen wurden über diese Tat in Rußland verbreitet: England hätte der japanischen Flotte Weihaiwei als Konzentrationsplatz eingeräumt; britische Kapitäne hätten Togos

Pläne entworfen und die japanische Flotte befehligt. England hielt es demgegenüber für geboten, den russischen Provokationen mit der größten Schonung zu begegnen und die russische Aufregung durch eine rücksichtsvolle Haltung zu mildern. So kam es, daß die Ergreifung der „Malacca“ durch die russischen Freiwilligen-Kreuzer im Suezkanal, die Versenkung des „Knight Commander“ und des „Hipsang“ in ostasiatischen Gewässern nicht mit genügender Strenge englischerseits geahndet wurden. Allein diese Milde wurde in Rußland als Schwäche ausgelegt, und zum Hasse gegen England kam die Verachtung hinzu. Das Resultat dieser Stimmung zeigte sich in der Nacht zum 22. Oktober 1904 in der Nordsee als eine russische Flotte auf friedliche Schifferboote zwanzig Minuten lang feuerte und mehrere Menschenleben vernichtete.

So traurig dieses Ereignis ist, so dürfte es zur heilsamen Lehre für diejenigen Briten sein, die von der „gelben Gefahr“ und vom „christlichen Rußland“ delirierten und die öffentliche Meinung Englands mit falschen Anschauungen vergifteten. In den letzten Monaten konnte man das Fortschreiten dieses Vergiftungsprozesses nur allzudeutlich wahrnehmen. Daraus erklärt sich die ungemein maßvolle Besprechung des Nordsee-Falles in der Presse vom letzten Montag. Die einzige Ausnahme war der „Standard“, der den besten Geist der konservativen Partei repräsentiert und sofort die brennende Schmach empfand, die die russische Flotte dem englischen Volke zugefügt hat. Erst nach und nach verbreitete sich dieses Bewußtsein unter dem Volke, und es ist sicher, daß wir am Vorabend sehr ernster Ereignisse stehen, wenn die russische Diplomatie nicht ihre alte dilatorische Taktik ablegt und England die geforderte Genugtuung ohne Verzug gewährt. Wie die Dinge sich in Mittel- und Ostasien in den letzten Monaten gestalteten, erscheint mir ein Krieg zwischen England und Rußland früher oder später unvermeidlich. Im Interesse der Kultur liegt es, daß England über Rußland siegt. Wäre der Krieg jetzt ausgebrochen, so hätte England die beste Aussicht gehabt, das durch den ostasiatischen Aderlaß geschwächte Rußland niederzuwerfen, die Sklaverei des russischen Volkes zu brechen und die Integrität Chinas zu schützen — also sehr bedeutende Kulturarbeiten zu leisten. — Läßt sich aber die britische Diplomatie dazu herbei, jetzt den Russen goldene Brücken zu bauen, so wird zwar momentan der Friede nicht gestört, aber Rußland wird dann jede Gelegenheit wahrnehmen, England zu vernichten. England hat diesmal eine Gelegenheit gehabt, wie sie einem Lande selten geboten wird, seine Ziele zu verwirklichen.

Eine Einmischung Frankreichs wäre nicht im geringsten zu befürchten gewesen, da England nicht als Angreifer und nicht als Bundesgenosse Japans, sondern als Beschützer des Völkerrechts und Rächer eines internationalen Verbrechens aufgetreten sein würde. Ein solcher Krieg Englands gegen Rußland hätte keinen Föderationsfall für Frankreich bedeutet. Die Bestrafung eines Verbrechens steht in keiner Verbindung mit Ostasien. Der japanisch-russische Krieg und ein eventueller englisch-russischer Krieg wären zwei verschiedene Dinge gewesen. —

•

Die Untersuchungskommission über den Zwischenfall von Hull

soll nach einer Petersburger Meldung derartig zusammengesetzt sein, daß in ihr neben russischen und englischen Kommissaren auch französische Kommissare vertreten sein sollen. —

Inzwischen ist in Vigo und bei Gibraltar größere Ruhe eingetreten. Wie aus Vigo gemeldet wird, hat sich die englische Panzerdivision, die dortselbst Wache gehalten hatte, nach der Arosa-Bay begeben. Die Engländer hatten 49 Schiffe zwischen Gibraltar und Vigo postiert. Nachdem Rußland die bekannten Zusicherungen gegeben hat, ist die Linie aufgelöst worden. Trotzdem dauern die englischen Rüstungen fort, wenn sie auch nicht mehr in dem beschleunigten Tempo betrieben werden wie bisher.

Russische Schiffe gegen russische Schiffe?

Der Petersburger Korrespondent des „Daily Expreß“ will von hochgestellter Seite erfahren haben, daß das russische Marineministerium nunmehr die Nachricht empfangen habe, daß jene mysteriösen Torpedoboote, welche sich zwischen der englischen Fischerflottille befunden haben sollen, **keine japanischen** Schiffe gewesen seien, sondern **russische** Torpedoboote! Diese Torpedoboote seien von den russischen Panzern gesehen und für japanische Torpedoboote gehalten und deshalb **beschossen** worden. Die russischen Torpedoboote ihrerseits hätten sich nunmehr in dem Glauben befunden, sie würden von feindlichen Schiffen beschossen. Eines von ihnen habe mit seinen Schnellfeuergeschützen das Feuer der russischen Panzerschiffe erwidert. Mehrere russische Matrosen seien durch dies Feuer verwundet worden!

Wenn sich diese neueste Lesart bestätigen sollte, so hätte die Tragikomödie dadurch einen noch tolleren Anstrich erhalten, daß sich die russischen Schiffe gegenseitig bombardierten. Es ist aber fraglich, ob diese Lesart wirklich **zutreffend** ist. Möglicherweise hat man dieses neue Märchen in Petersburg nur deshalb erfunden, um der Behauptung Roschdjestwenkys, es seien wirklich Torpedoboote zwischen den Fischerbooten gesehen worden, aufrecht zu erhalten. Denn wenn es sich faktisch um ein derartiges Mißverständnis gehandelt hätte, so hätte Roschdjestwensky bei seiner Weiterfahrt **sofort Kenntnis** von diesem grotesken Mißverständnis erhalten müssen. Er hätte also auf die englische Interpellation hin auch **sofort** diesen Tatbestand mitteilen können. Das ist jedoch **nicht** geschehen. Vielmehr hält nach einer Meldung aus Vigo Admiral Roschdjestwensky **noch jetzt** an der Behauptung fest, daß sich zwischen den englischen Fischerbooten japanische Fahrzeuge befunden hätten.

Hätte sich aber wirklich trotz dieser unerklärlichen Widersprüche der Vorfall so zugetragen, wie er jetzt von Petersburg dargestellt wird, so erschiene die wahnwitzige Schießerei der Russen immerhin in einem milderen Lichte. Man hätte dann wenigstens wirklich Torpedoboote gesehen, wenn es auch nur russische gewesen wären. Man hätte wenigstens wirklich gegenseitig gekämpft, während man im anderen Falle nur eine halbe Stunde lang wehrlose Fischerfahrzeuge bombardiert und mehrere derselben in den Grund gebohrt hätte. Was aber von alledem wahr oder unwahr ist, wird erst die Untersuchungskommission feststellen können, sofern eine derartige Feststellung **wirklich im Ernste erfolgt und man sich nicht mit der Anerkennung einer von beiden Seiten begünstigten Fabel begnügt**; denn auch England scheint ja Rußland immerhin goldene Brücken für den Rückzug bauen zu wollen.

Die zarenfürchtige deutsche Regierung

schweigt sich noch immer über den Fall des deutschen Fischdampfers „Sonntag“ **vollständig aus.** Wahrscheinlich hat sie noch immer keine „Gelegenheit“ gehabt, sich über die Aussagen der Besatzung des beschossenen Bootes zu informieren. Die deutsche **Presse** unterstützt durch **feiges Schweigen** diese würdelose Haltung der deutschen Regierung. Man widmet noch immer dem **englischen** Konflikt und dem Bombardement der **englischen** Fischerboote lange Spalten eingehendster Betrachtung. Dagegen kümmert man sich nicht im mindesten, von einigen politischen einflußlosen bürgerlichen Blättern abgesehen, um die Schmach, die einem deutschen Fahrzeug widerfahren ist! **Regierung und Bürgertum fügen den internationalen Blamagen Deutschlands kaltblütig eine neue hinzu.** Es wird behauptet, daß die deutsche Regierung überhaupt nur dann der russischen irgend welche Vorstellungen machen werde, falls es sich herausstelle, daß die deutsche **Flagge** mißachtet worden sei. Sei das deutsche Boot indes beschossen worden, bevor es die Flagge gezeigt habe, so werde die deutsche Regierung sich nicht bewogen sehen, irgend welche Vorstellungen zu erheben. **So beugt sich Deutschland abermals vor der zarischen Barbarei!**

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, beabsichtigt der Reeder des Dampfers „Sonntag“ gegen die russische Regierung Schadenersatzansprüche zu erheben, weil bei der schleunigen Flucht des Dampfers die ausgelegten Netze beschädigt worden seien. So ist es recht! England erzwingt Millionen Entschädigung von den russischen Seeräubern, Deutschland dagegen überläßt es einem geschädigten Reeder, eine **Privatklage** gegen Rußland anzustrengen! Gegenüber **Venezuela** und **Haiti** hat Deutschland allerdings, wenn es sich um **private** Interessen deutscher Untertanen handelte, **sofort diplomatisch** eingegriffen. Es hat diesen **wehrlosen Zwergstaaten** gegenüber sofort mit der **gepanzerten Faust** dreingeschlagen, **dabei war ja nichts zu riskieren.** Dem russischen Bären aber einmal derb auf die unverschämten Tatzen zu klopfen, dazu vermag sich Deutschland nicht aufzuraffen. Im privaten Leben nennt man eine übel angebrachte Gewalttätigkeit gegenüber Schwächeren, die sich zugleich mit **vorsichtiger Zurückhaltung** gegenüber Stärkeren paart, **Raufboldentum.** Für die Politik aber läßt Graf Bülow offenbar diese Ehrbegriffe nicht gelten!

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 31. Oktober. Ein heute abgesandtes Telegramm General Ssacharows meldet: Am 30. Oktober versuchten die Japaner gegen 4 Uhr nachmittags unsere vordersten Schanzen nördlich vom Dorfe Linschinpu anzugreifen, wurden aber zurückgeschlagen. Um 10 Uhr abends begann die japanische Artillerie, die Stellungen einiger Truppenteile auf unserem rechten Flügel zu beschießen. Gleich darauf hörte man von dem Dorfe Linschinpu, wohin unsere Freiwilligen ausgesandt worden waren, um den Feind zu beunruhigen, Gewehrfeuer, das gegen 2 Uhr nachts verstummte. Die japanische Artillerie beschoß die oben erwähnten Stellungen während eines großen Teils der Nacht. Gestern wurde gegen 5 Uhr nachmittags bemerkt, daß geringe Truppenabteilungen der Japaner gegen die Stellungen beim Dorfe Tungou vorrückten. Unsere Artillerie feuerte auf den Gegner.

Petersburg, 31. Oktober. General Stössel meldet dem Kaiser unter dem 14. Oktober: Der Feind wirft in die Befestigungen der Nord- und Nordostfront im Osten von der Eisenbahn und in die innere Festung elfzöllige Bomben. Gleichzeitig schiebt er Laufgräben an unsere Forts heran. An das südlich vom Dorfe Utsiafan gelegene Fort ist er am allernächsten herangekommen. Durch Artilleriefeuer und Ausfälle der Schützen zwingen wir den Feid, sehr vorsichtig zu sein. Die Truppen kämpfen nach wie vor heldenmütig trotz aller Mühen und Entbehrungen. Wir bitten um den Segen Ew. Majestät und der Kaiserinnen.

Petersburg, 31. Oktober. Ein Telegramm des Generals Stössel vom 17. d. Mts. an den Kaiser besagt: Gestern eröffneten die Japaner gegen 3 Uhr nachmittags eine verstärkte Kanonade auf die Forts und Befestigungen. Ein besonders starkes Feuer wurde gegen das Fort und die Befestigungen der Nordfront gerichtet, die in der Nähe der Eisenbahn liegen. Der Feind begann diese Befestigungen anzugreifen, indem er zunächst beim Dorfe Palitschwang schwere Feldartillerie nach der Eisenbahnlinie zu vorschob. Durch das Feuer unserer Artillerie und der Schützen wurde der Angriff der Japaner zurückgeschlagen. Um 7 Uhr abends hörte der Kampf auf; die ganze Nacht dauerte nur die gewöhnliche Beschießung fort. Die Verluste der Japaner sind bedeutend.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Oktober.

Zweierlei Recht.

Wiederum werden zu gleicher Stunde zwei Gerichtsurteile bekannt, deren Vergleich das Wesen der gegenwärtigen Justiz dem Blindesten enthüllt.

Aus Geestemünde wird vom 29. Oktober berichtet:

Ein Landfriedensbruch-Prozeß ist aus der letztsommerlichen Bauarbeiter-Aussperrung, welche erst vor kurzem nach mehr als halbjähriger Dauer beendet wurde, hervorgegangen. Wegen dieses Deliktes hatten sich heute vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten: die Zimmerleute Heeren, Weye, Bergmann, Rosenbohm, Schildt. Der Sachverhalt, welcher zur Erhebung der Anklage führte, ist kurz der folgende: Am 25. Juli d. J. erwartete der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den Unterweserorten (Geestemünde, Bremerhaven und Lehe) eine **Zufuhr von „Arbeitswilligen“**. Da aber die Ausgesperrten schon wiederholt Transporte abgefangen und zurückgeschickt hatten, beschlossen die Scharfmacher, diesmal die Arbeitswilligen schon in Wulsdorf, einer Station vor Geestemünde, aussteigen zu lassen, um sie mittels Kremser in bereitgehaltene Massenquartiere zu schaffen und die Streikposten der Ausgesperrten zu umgehen. Die letzteren erfuhren aber den Plan, Bergmann, und Rosenbohm eilten per Rad nach dem Bahnhof Wulsdorf. Es gelang ihnen aber nicht, mit den ankommenden Arbeitern zu sprechen, die von den Söldlingen des Arbeitgeber-Verbandes scharf bewacht wurden. Weye traf den Kremser mit den Arbeitswilligen und fragte den Kutscher, ob er mitfahren dürfe, was ihm gestattet wurde. Rosenbohm und Bergmann folgten dem Kremser auf ihren Rädern. Auf der Wulsdorfer Chaussee soll nun ein Menschenhaufen, etwa 10—20 Personen, unter denen sich Schildt und Heeren befanden, durch ihr Gedränge die Weiterfahrt des Wagens gehindert haben. Weye wollte von der bereits erwähnten Erlaubnis zum Mitfahren Gebrauch machen und kletterte auf den Bock, während Schildt auf den Tritt sprang. Beide wurden jedoch von den Agenten der Scharfmacher von ihren Plätzen entfernt.

Auf Grund dieser an sich recht harmlosen Vorkommnisse wurde gegen die genannten Arbeiter Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Belastend war eigentlich nur eine einzige Zeugenaussage, die des Geschäftsführers des Arbeitgeber-Verbandes Stöven. Dieser, ein großer herkulisch gebauter Mann, fühlte sich durch die geschilderten Ereignisse so bedroht, daß er die den Wagen umdrängende Menge mit Stock und Revolver abzuwehren versuchte. Diese Aussage war wohl für den Gerichtshof ausschlaggebend, denn er verurteilte, indem er „einfachen“ Landfriedensbruch, Nötigung und Vergehen gegen § 153 der G.-O. annahm, Weye zu **sechs Monaten Gefängnis**, Heeren und Schildt zu **je vier Monaten Gefängnis**, Rosenbohm und Bergmann zu **je drei Monaten Gefängnis. Insgesamt 20 Monate Gefängnis!**

Dieses Urteil, soweit es „Landfriedensbruch“ betrifft, wird nicht verfehlen, wiederum die weitgehendste Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, bildet doch die heutige Verhandlung nur die Einleitung zu einem weiteren Prozeß, dessen Opfer, 17 an der Zahl, schon seit Monaten in Untersuchungshaft sind und gleichfalls, aber bei einer anderen Gelegenheit, den Landfrieden der Unterweser-Orte gebrochen haben sollen.

•

Das andere Bild.

Vor der Strafkammer zu Meiningen wurde am letzten Donnerstag und Freitag gegen 29 **Techniker** aus Hildburghausen wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs verhandelt. In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober wurden einige Techniker wegen groben Unfugs verhaftet und in Polizeigewahrsam gebracht. Um die Kameraden zu befreien, gingen die Angeklagten **mit Gewalt gegen die Beamten vor und stürmten die Polizeiwache.** Da sich die Polizeimacht gegen diesen Ansturm der „Gebildeten“ ohnmächtig erwies, wurde Militär **und die Feuerwehr alarmiert** und es kostete Mühe, die Leute zu besänftigen. Erst der kalte Wasserstrahl der Feuerwehr hatte Erfolg. Vor dem Gericht belasteten die Beamten die Angeklagten sehr schwer. Trotzdem ließ die Anklagebehörde im Laufe der Verhandlung die Anklage auf Aufruhr fallen. Gegen die Angeklagten Hofmann, Brendel, Rotta und Marsteller lautete das Urteil auf je **100 M.**, gegen Busse auf **30 M. Geldstrafe**, 24 Angeklagte wurden freigesprochen. Von diesem Prozeß nahm die gesamte bürgerliche Presse in Thüringen fast gar keine Notiz. Handelte es sich doch um sogenannte „Gebildete“.

•

Wir sagen keineswegs, daß die Richter, welche in den beiden Verhandlungen zu Gericht saßen, sich irgendwie einer Parteilichkeit oder Beugung des Rechts schuldig gemacht hätten. Wäre dies der Fall, so würde der Vorgang für die Erkenntnis unserer Zustände wenig Bedeutung haben. Es würde dann nur festzustellen sein, daß einzelne Menschen gefrevelt haben. Weit schlimmer aber ist das, was jene Gerichtssprüche lehren: Sie weisen nicht auf irgend welches subjektive Verschulden; sie erheben nicht Vorwürfe gegen Personen; sie kennzeichnen und verurteilen ein ganzes System!

In Meiningen standen junge Leute aus den „besitzenden und gebildeten“ Schichten der Bevölkerung vor dem Richter. Das Leben und Treiben der Techniker ist das Leben und Treiben derer auch gewesen, welche das Urteil zu sprechen hatten. Was die Techniker in Hildburghausen getan, muß dem Richter, der einst als Student alle Torheiten und Tollheiten des heutigen deutschen Studentenlebens miterprobt hat, in mildestem Lichte erscheinen. Die Anklage, die gegen die Techniker erhoben wurde, war eine schwere, und ihr Verhalten, objektiv betrachtet, stellte sich als überaus bösartige Störung der öffentlichen Ordnung dar. Gleichwohl haben sie rücksichtvollste Richter gefunden, da ihre Tat auf volles Verständnis traf. Es mag, wie so oft in solchen Fällen, hinzugekommen sein, daß die Richter bedachten, durch eine Gefängnisstrafe würde den jungen Leuten die Zukunft erschwert werden. So wurden diese Landfriedensbrecher zu Geldstrafen verurteilt, die jedenfalls gar nicht oder wenig fühlbar sind. Die jungen Leute durften den Gerichtssaal verlassen in der frohen Erkenntnis, daß der deutsche Richter in milder Würdigung des gebildeten Landfriedensbruches nicht versagt.

All das, was mildernd für Studenten und Techniker im Herzen des Richters lebt, verflüchtigt sich und macht gänzlich anderen Gefühlen Raum, sobald Arbeiter, die im Klassenkampfe kämpfen, vor den Richtertisch treten. So viel Verständnis der Richter für die Vergehen derer hat, deren Jugend sie in der Erinnerung nachleben, so verständnislos stehen sie dem Wirken und Streben der Arbeiterklasse gegenüber. Sie empfinden nichts von der sittlichen Kraft, welche die Arbeiter zum Kampfe für die Verbesserung ihrer sozialen und kulturellen Lage treibt. Sie sehen in diesen Arbeitern von vornherein eher den böswilligen Feind der Klasse, aus der sie hervorgegangen sind, der sie angehören, in der sie täglich verkehren, über die hinauszugelangen keine Möglichkeit besteht. Was dort als Jugendsünde erschien, durch leichteste Ahndung zu sühnen, das erscheint hier, obwohl im objektiven Tatbestand weit harmloser, gleichwohl als schwere Frevektat, als eine Tat, die besser noch durch ein Zuchthausgesetz hätte betroffen werden sollen. Und eine Bestrafung, die für das Rechtsempfinden der Arbeiterklasse in keinem Verhältnis steht zu der Tat, wird über die Rechtsbrecher verhängt.

Justiz und Volk werden einander fremd und immer weiter öffnet sich der Abgrund der Entfremdung. —

Gemeingefährliche Reformen.

Bei den Wahlen und in den parlamentarischen Reden der bürgerlichen Parteien wird immer wieder mit dem Argument gearbeitet, daß die Sozialdemokratie Gegnerin der positiven Arbeit sei. Das werde dadurch bewiesen, daß sie gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt habe. Abgesehen von der tatsächlichen Unrichtigkeit der Behauptung ist in jedem einzelnen Fall zu erweisen, daß die Sozialdemokratie in den Fällen, wo sie gegen Gesetze, die unter dem Vorwande einer Reform auftraten, gestimmt hat, indem sie zu verhindern suchte, daß Reformen der Verschlechterung Gesetz würden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat auch gegen das jetzt in Kraft getretene Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter gestimmt. Auch diese Opposition hat man als Ausfluß unserer Abneigung gegen eine wirkliche Verbesserung der herrschenden Zustände auszulegen versucht. In Wahrheit ist aber gerade dieses Gesetz typisch für eine gewisse Art von Reformerei, die, bei Lichte besehen, keine Besserung, sondern eine Verschlechterung darstellt. Das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter ist eine geradezu gemeingefährliche Reform. Indem es nicht grundsätzlich und obligatorisch die Entschädigung der zu Unrecht Verhafteten festlegt, schafft es die aus der Rechtsprechung längst entfernte Konstruktion von zweierlei Freisprechung. Sie führt wieder den Freispruch aus Mangel an Beweisen ein, während es Grundsatz des modernen Rechts ist, daß Freisprechung Freisprechung ist und daß der Freigesprochene in jedem Falle als schuldlos zu gelten habe. Außerdem aber verschärft das Gesetz die ohnehin herrschende Neigung, daß staatsanwaltliche Anklagen unter allen Umständen auch ein verurteilendes Ergebnis haben.

Die verhängnisvollen Wirkungen des neuen Gesetzes zeigen sich bereits, obwohl es eben erst in Kraft getreten ist. In der „Welt am Montag“ wird der Fall einer Dame geschildert, die von dem Schwurgericht in Kottbus von der Anklage der Brandstiftung freigesprochen wurde. Die Dame war die Leiterin eines photographischen Ateliers, das durch eine Brandstiftung vernichtet wurde. Sie wurde der Urheberschaft des Verbrechens beschuldigt, weil man sie für die Geliebte des Photographen und den Photographen selbst noch für den Besitzer des Ateliers hielt. Beide Behauptungen erwiesen sich als falsch. Die Dame stand lediglich in freundschaftlichem Verkehr mit der Familie des Photographen, und dieser besaß das Atelier nur noch formell, so daß er von einer Brandentschädigung keinerlei Vorteil hatte. Nachdem das Opfer eines Justizirrtums freigesprochen war, beantragte der Verteidiger eine Entschädigung für ihre neun Wochen währende Untersuchungshaft. Dieser Antrag wurde mit folgender Begründung abgelehnt:

Beschluß.

In der Strafsache gegen die unverehelichte Empfangsdame Ernestine Kümmel in Kottbus, vom 3. August 1904 bis 8. Oktober 1904 im Gerichtsgefängnis daselbst in Untersuchungshaft,

wegen Brandstiftung

ist gleichzeitig mit dem die Ernestine Kümmel freisprechenden Urteil des königl. Schwurgerichts am 8. Oktober 1904 beschlossen worden:

1. In Erwägung, daß das Verfahren **weder die Unschuld der Kümmel** ergeben hat, noch dargetan hat, daß gegen die Ernestine Kümmel **ein begründeter Verdacht nicht vorliegt.**

2. In Erwägung, daß die Ernestine Kümmel die Untersuchungshaft durch **grobe Fahrlässigkeit** verschuldet hat, indem sie bei ihren ersten Vernehmungen wissentlich die Unwahrheit gesagt hat, und gemäß § 4 des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1904 bestimmt, daß eine Verpflichtung der Staatskasse zur Entschädigung der Ernestine Kümmel nicht besteht.

Kottbus, königliches Schwurgericht
gez. Knapp. Haagen, Allerdt.

Das Gericht erklärt also hier unzweideutig eine freigesprochene Angeklagte für dennoch schuldig. Es behauptet, daß sich die Unschuld der Dame nicht ergeben habe und daß ein begründeter Verdacht noch vorliege. Es ist aber erster Grundsatz des Strafrechts, daß nicht die Unschuld eines Angeklagten zu erweisen sei, sondern die Schuld. Solange die Schuld nicht bewiesen ist, ist er eben frei von Schuld, der Verdacht einer strafbaren Handlung grundlos. Das Gericht benutzt, wie wir vorher sagten, das neue Gesetz dazu, um den gänzlich unmaßgeblichen Vermutungen und privaten Meinungen von Gerichtsbeamten einen amtlichen Charakter zu verleihen und den Freispruch von Geschworenen moralisch zu korrigieren. Das Gericht setzt sich gewissermaßen zu einer zweiten Instanz über die Geschworenen aus eigener Machtvollkommenheit ein.

Ferner erweist sich schon an diesem Falle, wie gefährlich die Einführung des Begriffes der groben Fahrlässigkeit in das Gesetz war. Die Angeklagte hatte nämlich zunächst den Tatbestand deshalb nicht aufgeklärt, um die befreundete Tochter eines Pfarrers zu schonen. Dieses Mädchen war infolge eines kompromittierenden Ereignisses gezwungen worden, einen neuen Beruf zu ergreifen, und der Pfarrer hatte zu diesem Zweck das photographische Atelier erworben. Dieses Verschweigen aus edelsten Motiven bedeutet für das Gericht die Erfüllung einer groben Fahrlässigkeit, durch die es sich die Verhaftung selbst zugezogen, mithin einen Schadensersatz verwirkt habe.

Außerdem sieht man, daß das Gesetz auch dazu benutzt wird, die irrige Auffassung von Richtern zu bestärken, daß ein Beschuldigter die Pflicht habe, Aussagen zu machen und sich zu reinigen. Ja, es wird hier einem Angeklagten zugemutet, daß er selbst sein Belastungsmaterial vollständig und genau vorbringt, widrigenfalls er auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft keinen Anspruch habe.

Das Gesetz dient also, wie schon dieser eine Fall beweist, nur der Allmacht und Unfehlbarkeit der Gerichte und verschärft die Rechtsunsicherheit, die heute schon herrscht. —

Ein Umgehungs-Manöver gegen das Kabinett Combes.

Paris, 30. Oktober. (Eig. Ber.) Auf dem Gebiete der allgemeinen Politik ist das Kabinett Combes seiner Mehrheit, einschließlich der Muß-Ministeriellen, sicher. Seit der Eröffnung der Herbstsession hat sich aber gezeigt, daß die Zahl der Muß-Ministeriellen, die nur auf eine günstige Ministersturz-Gelegenheit warten, beträchtlich gewachsen ist. So haben unmittelbar nach dem „prinzipiellen" Votum zugunsten der Trennung zwischen Kirche und Staat die „Demokratische Union" und die „radikale Linke", d. h. die Rechte und das Zentrum des Blocs, den Versuch gemacht, jenes Votum von hinten herum zu annullieren, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und zugleich wieder einmal ihren Groll wider das angebliche „sozialistische Joch", das auf dem Bloc lasten soll, zu bekunden. Das alles steckte in dem um ein ganzes Jahr zu spät kommenden Verlangen der beiden Gruppen die Regierung möge eine eigene Trennungsvorlage ausarbeiten, — trotzdem oder gerade deswegen, weil der Trennungsentwurf des jaurèssistischen Abgeordneten Briand, an dem eine Kammerkommission seit einem Jahre arbeitet, für die Plenarberatung bereits nahezu fertig ist.

Die offene Opposition merkte sich diese und andere Anzeichen der Bloc-Verdrossenheit. Am nächsten Interpellationstag holte sie nun zu einem sorgfältig vorbereiteten Umgehungsmanöver aus.

Boden und Mittel der Attacke waren gut gewählt. Es galt, ein System der „Angeberei in der Armee" am Kriegsminister, General André, zu rächen. „In der Armee" heißt natürlich im Offizierkorps. Jenes System bestand — das wurde von den Nationalisten in der Presse und in der Kammer allerdings nachgewiesen — in einer Gesinnungsriecherei, die vom Kabinett des Kriegsministers mit Hülfe des Sekretariats der Freimaurer-Organisation „Grand-Orient" regelrecht organisiert wurde. Zweck des Systems war die Begünstigung republikanisch und antiklerikal gesinnter Offiziere und die Zurücksetzung der einer klerikal-monarchistischen Gesinnung verdächtigten Offiziere.

Die biedere Entrüstung der nationalistischen Interpellanten, ehemaliger Offiziere, hatte gewonnenes Spiel. Wer wird die Gesinnungsschnüffelei, die damit verknüpften verwerflichen Mittelchen und demoralisierenden Wirkungen verteidigen? Es gehört zu den konventionellen Lügen jeder auf der modernen Klassenherrschaft beruhenden Gesellschaft, den Gesinnungsterrorismus auf allen Gebieten ebenso unentwegt zu üben wie ihn in der Phrase pathetisch zu verabscheuen. Was besonders die französische Armee betrifft so litt sie unter der Republik dreißig Jahre lang unter einem rücksichts- und schrankenlosen klerikalen Gesinnungsterrorismus. Die Zöglinge der Jesuiten- und anderer mönchischer Schulen waren einer glänzenden Offiziers-Laufbahn sicher. Die der Freidenkerei und des Republikanismus verdächtigten Offiziere wurden systematisch zurückgesetzt. Die Folgen dieser klerikalen Vetternwirtschaft haben sich während der Dreyfus-Krise für die Republik ja bedrohlich genug gezeigt. Und die klerikale Verseuchung blieb nicht auf die Offizierskreise beschränkt. Sie erstreckte sich bis in die Reihen der Gemeinen. Dafür sorgten die weitverzweigten klerikalen Soldatenheime, der Regimentspriester, die Spitalpflegeschwestern im Bunde mit den Vorgesetzten . . .

Erst der General André, der sein Amt im Juni 1900, noch unter Waldeck-Rousseau, angetreten, hat einen freilich schüchternen und schwankenden Kampf gegen den Klerikalismus in der Armee eröffnet. Wie auf anderen Gebieten, blieb auch hier die „republikanische Verteidigung und Aktion" bisher auf halbem Wege stehen, mit der oberflächlichen Bekämpfung der Symptome, im gegebenen Falle mit Personal-Maßnahmen sich begnügend, anstatt das Uebel durch organische Reformen an der Wurzel zu packen. Diese einseitige Methode des Generals André, das Personal zu ändern, anstatt die Verhältnisse zu reformieren, ist im Grunde auch die Ursache des den Jesuiten entlehnten Systems der Republikanisierung der Armee auf dem Wege der Gesinnungsriecherei. Was aber den Klerikalen zu ihren Zwecken gelingen mußte, weil sie unter der Republik lediglich eine alte, mit dem sozialen Milieu des Offizierkorps eng verwachsene Tradition fortsetzten, mußte den antiklerikalen Kriegsminister arg kompromittieren. Denn seine ganze Aktion stieß auf den Widerstand weiter und einflußreicher Armeekreise, vor denen er ja vielfach kapitulierte. Unter diesen Bedingungen war speziell die jesuitische Waffe der Gesinnungsriecherei für ihn ebenso zweckwidrig, wie sie stets verwerflich ist.

Uebrigens ist es bezeichnend genug, daß das Kabinett des Kriegsministers für die besagte Arbeit auf die Hülfe der Freimaurer-Organisation angewiesen war. Die offiziellen Informationsorgane des Kriegsministeriums und der Regierung genügten also nicht, genauer, erschienen nicht zuverlässig genug.

Nun zur Kammerschlacht. Sie hat das Einverständnis der versteckten, offiziell zum Bloc zählenden mit der offenen Opposition offenbart. Wenn der Kriegsminister nicht gestürzt wurde, so verdankt er das vor allem, wenn nicht einzig, dem Eingreifen von Jaurès, der im letzten Moment die wahre Tragweite der Debatte präzisiert hat. Wie Clemenceau richtig sagt, hat Jaurès die Rede gehalten, die der Ministerpräsident hätte halten sollen. Das ist kein Vorwurf gegen Jaurès, sondern gegen Combes. Und ebenso wie Combes schwiegen die Wortführer der Radikalen. Den einen fehlte der Mut, in der heiklen Debatte sich dem Vorwurf der „Armee"-Feindlichkeit auszusetzen, die anderen aber waren froh, mit dem Kriegsminister das Kabinett zu treffen oder doch zu erschüttern.

In der entscheidenden Abstimmung wurde der Kriegsminister mit bloß vier Stimmen Mehrheit (282 gegen 278) gerettet. Nachträgliche Berichtigungen dreier von der Opposition gefälschter Stimmabgaben erhöhen die Mehrheit auf bloß zehn Stimmen. Die revolutionär-sozialistische Fraktion hat geschlossen mit dem Bloc gestimmt. Ihre Stimmen waren also diesmal entscheidend. —

* * *

Deutsches Reich.

Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn. Ueber die Handelsvertrags-Verhandlungen kursieren fortgesetzt die widerspruchsvollsten Nachrichten. Während vor einigen Tagen noch verschiedene Blätter wissen wollten, daß die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn erneut ins Stocken geraten seien, brachte am Sonntag die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" folgende Mitteilung:

„Im Anschluß an die Besprechungen, die der Reichskanzler Graf v. Bülow kürzlich mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Herrn v. Szögyenny-Marich gehabt hat, wird sich der Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky in einigen Tagen nach Wien begeben, um die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Ende zu führen."

Einige Blätter knüpfen daran die Vermutung, daß dieser Vertrag mit den anderen vier bisher vereinbarten alsbald dem Reichstage nach seinem Zusammentritt am 29. November zur Genehmigung vorgelegt werden solle. Möglich wäre es schon, aber wahrscheinlich nicht. Vorbedingung wäre, daß bis dahin auch die noch ausstehenden Tarifverträge mit der Schweiz, Spanien und Serbien erneuert werden, oder aber, daß die Inkraftsetzung der bisher zwischen den Regierungen abgeschlossenen neuen Verträge so lange hinausgeschoben wird, bis nach erfolgter Kündigung die Geltungsdauer der noch nicht erneuerten drei Tarifverträge erloschen ist. Denn das Nebeneinanderbestehen der alten Caprivischen und der neuen Verträge könnte zu den ärgsten Differenzen führen. Während russischer Weizen in solchem Fall z. B. 5,50 M. pro Doppelzentner zahlen müßte, würde der Zoll für Weizen aus der Schweiz oder Serbien nur 3,50 M. betragen, und da mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Meistbegünstigungsvertrag besteht, so würde auch der von dort eingeführte Weizen nur mit 3,50 M. verzollt werden können. Rußland würde also zu seinem Ungunsten differenziert werden, und das dürfte es sich kaum gefallen lassen. —

Städtischer Hochzeitsmonarchismus. Wie der „Frankfurter Zeitung" gemeldet wird, ist vom Oberbürgermeister von Berlin bei den Städten der Monarchie die Stiftung eines gemeinschaftlichen **Hochzeitsgeschenkes** der preußischen Städte zur Vermählung **des Kronprinzen** angeregt worden.

Die Vergewaltigung der städtischen Verwaltungen durch die Regierung kann das unauslöschliche Treuegefühl in liberaler Mannesbrust nimmermehr besänftigen.

Wer aber — nebenbei sei es gefragt — zahlt das Geschenk? Sollen auch die Groschen der „Elenden" für würdig befunden werden? —

Mirbachs Nachfolger. Der „Reichs-Anzeiger" meldet jetzt die Ernennung des Kammerherrn Dr. von Behr-Pinnow zum Kabinettssekretär und Schatullverwalter der Kaiserin.

Hoffentlich sorgt der neue Verwalter ebenso trefflich wie sein verunglückter Vorgänger für so sichere Anlage der Gelder, daß auch kein Pommernkrach sie verfehrt. Denn hierin wenigstens hatte Mirbach die glücklichste Hand. —

Lippe.

Der Bundesrat hat, wie verlautet, in dem Lippeschen Thronstreite sich dahin ausgesprochen, daß 1. die Regentschaft des Grafen Leopold zur Lippe-Biesterfeld zu Recht besteht und daß 2. die übrigen Streitigkeiten (Thronfolge) durch ein unter **dem Vorsitz eines Herrschers aus Mitgliedern des Reichsgerichts** zu bildendes Schiedsgericht zu entscheiden sind.

Damit würde derselbe Weg beschritten werden, der im Jahre 1897 gegangen wurde, als es sich um den verstorbenen Grafregenten Graf Ernst handelte.

Weiter wird angenommen, daß **Prinzregent Luitpold** von Bayern dem Schiedsgericht präsidieren solle. —

Das gekränkte Zentrum. Die Unterstützung, welche den Konservativen durch die Polen in der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause im Wahlkreise Pleß-Rybnik zuteil wurde und das Unterliegen des Zentrumskandidaten herbeiführte, hat im Zentrum den allerschwersten Verdruß erregt. Man sprach bereits davon, daß die polnische Fraktion, um den Zentrumszorn zu kühlen, den Abgeordneten Korfanty, der die polnischen Wahlmänner zu jenem Vorgehen ermuntert hatte, aus der Fraktion ausscheiden wolle. Diese Meldung wurde jedoch widerrufen. Dagegen hat, wie jetzt bekannt wird, die polnische Landtags-Fraktion am letzten Donnerstag einen Beschluß gefaßt, der ihr Bedauern über jenen Vorgang ausspricht, jede Stimmenabgabe für einen Gegenkandidaten des Zentrums verurteilt, das Zentrum in jedem einzelnen Fall um freundschaftliches Einvernehmen mit dem polnischen Zentral-Wahlkomitee ersucht und schließlich den verschärften Ton zwischen Zentrum und Polen in Oberschlesien beklagt, an dem beide Teile nicht schuldlos seien.

In dem Berliner Polenblatt wird diese Resolution als „goldene Friedensbrücke" für die beiden streitenden Parteien bezeichnet. Die „Germania" kritisiert jedoch die Resolution der polnischen Landtagsfraktion recht ungehalten. Sie bemängelt, daß die polnische Fraktion sich nur gegen die Stimmenabgabe für Zentrumsgegner wende, nicht aber die polnischen Wahlmänner in Stichwahlen positiv für den Zentrumskandidaten verpflichte, wodurch dieser in Pleß-Rybnik gesiegt haben würde. Sie wendet sich aufs schärfste gegen den Abg. Korfanty, den sie — immer geschmackvoll und christlich milde — „Hetzer und Radaubruder" nennt. Die „Germania", welche ausländische Jesuiten ins Land wünscht, entrüstet sich gegen „meist von auswärts nach Oberschlesien gekommene Aufwiegler gegen das Zentrum." Für Oberschlesien, wo das Zentrum seinen alten Besitzstand gegen die radikal-polnischen Elemente zu verteidigen habe, könne es für das Zentrum nur heißen: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich. Das Zentrum könne sich der „goldenen Friedensbrücke" nicht anvertrauen.

Wenn die Polen sich nicht ernstlich von der Zentrumsvormundschaft befreien wollen, wozu ihnen offenbar der Geist der Selbständigkeit mangelt, werden sie sich schon zu weiterem Opfer an die Zentrumsgroßmacht verstehen müssen. —

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Elberfelder Strafkammer einen Russen, den jetzt in Vohwinkel wohnenden Arbeiter Danielnewitsch, zu **acht Monaten** Gefängnis. Der Verurteilte scheint den Eindruck gewonnen zu haben, daß hinter der preußischen Justiz auch die russische nicht nachstehe, er sprach den freilich unerfüllbaren Wunsch aus, seine Strafe in Rußland abbüßen zu dürfen. —

Zu den Vorgängen in Deutsch-Südwestafrika.

Ueber den Aufstand der Herero meldet General v. Trotha aus Windhuk am 30. Oktober:

„Nach Aussage von Gefangenen haben die Hereros alles Vieh verloren. Die **Kapitäne sind nach Britisch-Betschuanaland geflohen.** Das Volk, halb verhungert und verdurstet, beginnt scheinbar, aus dem Sandfeld nach Westen zurückzuströmen. Bei Etware und Okawarumende haben mehrere Trupps, teilweise mit Gewehren, Pad in westlicher Richtung gekreuzt. Auf den Posten in Olatjekuri wurde am 26. Oktober geschossen. Mühlenfels ist angewiesen, durch Streifkolonnen die Gegend zu säubern."

Der Weg, den die nach Westen zurückziehenden Hereros einschlagen, verläuft ersichtlich zwischen dem oberen Epukiro und Eiseb, denn der Pfad, den sie nach obigem Telegramm kreuzten, zieht von Kanduwe am erstgenannten Fluß nordwestwärts über die Wasserstellen Okawarumende, Olatjekuri, Etware nach Etwaruse am Eiseb.

Vom **Aufstand der Hottentotten** meldet General v. Trotha unter dem 29. d. Mts. aus Windhuk (ab 6 Uhr 10 Min. abends):

„Am 20. Oktober vertrieb Patrouille v. Krüger eine Abteilung Witbois von Narib, Feind verlor zwei Tote, Pferde und Vieh. — Der Station Gibeon wurden 100 Pferde geraubt. — Patrouille Steffen trieb in Gegend Nomtsas 1000 Stück Kleinvieh zusammen, ein Witboi erschossen. — Station Kleinpenz unbeschädigt von 10 Ansiedlern und Soldaten besetzt.

Am 23. Oktober Wagen der Patrouille Steffen 4 Stunden von Nomtsas überfallen, ein Reiter, zwei Eingeborene diesseits gefallen.

Am 26. Oktober stieß eine Patrouille auf dem Wege von Kub nach Pforte bei Packriem auf Feind, der auf 80 Gewehre geschätzt wurde. 2. Ersatzkompagnie ging am 27. Oktober mittags gegen Packriem vor.

Lengerke mit einer Kompagnie und einer Batterie noch in Keetmanshoop, eine Kompagnie in Warmbad."

Amtlich wird gemeldet: Im Lazarett Waterberg an **Typhus gestorben:** 1. am 22. Oktober Wachtmeister Paul Weigelt, 6. Batterie, geboren am 9. September 1871 zu Roßwitz, Kreis Glogau; 2. am 25. Oktober: Reiter Artur Hempel, 9. Kompagnie Regiment 1, geboren 1. Juli 1882 zu Grimma; 3. am 25. Oktober: Reiter Eugen Schreiber, 6. Kompagnie Regiment 2, geboren 7. Februar 1878 zu Zwickau. **Vermißt:** Reiter Karl Zoske, 1. Ersatzkompagnie, geboren 27. November 1881 zu Neudnitz, Kreis Leipzig, vom Wagentransport 9. Oktober zwischen Owiloloro—Otjimbinde abgekommen.

Reiter Friedrich Christian Ungerer, 10. Kompagnie Regiment 1, früher Dragonerregiment 25, geboren 11. April 1881, am 25. Oktober in Okosongoho an Typhus gestorben. —

Ausland.

Russische Halluzinationen.

Zu dem Prozeß über den Senator Schaumann, der unter Anklage gestellt worden ist, um das Attentat seines Sohnes, der bekanntlich den Generalgouverneur Bobrikow ermordete, gewußt zu haben, wird von der offiziösen „Russischen Telegraphenagentur" gemeldet:

„Der Hochverratsprozeß gegen den früheren finnländischen Senator und ehemaligen General der russischen Armee Schaumann, den Vater des Mörders des Generalgouverneurs Bobrikow, hat ein deutliches Licht auf die Absichten der schwedisch gesinnten Finnländer geworfen. Die Ergebnisse der ersten Sitzung des Höchsten Gerichts in Abo in Finnland bilden ein formelles Dementi gegenüber den irrtümlichen Ansichten, welche in Europa finnländische Agitatoren verbreiten, die als Opfer einer ungerechtfertigten Unterdrückung hingestellt werden. Ein Dokument, das unter den Papieren des Vaters Schaumann gefunden wurde, bildet das Hauptstück der Anklage. Es enthält einen **Entwurf zur Organisation von geheimen Schützenvereinen zum Zwecke der Befreiung Finnlands.** Es sollte danach eingestandenermaßen in Finnland eine Erhebung **mit bewaffneter Hand vorbereitet werden.** Jeder waffenfähige Finnländer sollte sich im Schießen üben. In jedem Orte, jedem Industriezentrum sollten sich Vereine bilden, die von besonderen Instruktoren geleitet werden sollten. Diese Instruktoren sollten den alten Soldaten entnommen werden, die in den aufgelösten finnländischen Regimentern gedient hatten. Diese Vereine sollten, um keinen Verdacht zu erregen, untereinander nur durch die Vermittelung von gemeinsamen Delegierten verbunden sein, die ihrerseits mit zwei Delegierten in jedem Gouvernement in Verbindung stehen sollten. Diese ganze Organisation sollte von einem Zentralkomitee von fünf Mitgliedern mit einem besonderen Vorsitzenden geleitet werden. In dem Entwurf wird auch die Frage der **Beschaffung von Mausergewehren** behandelt. Die vom Anwalt des Höchsten Gerichts in Finnland verfaßte Anklageakte basiert darauf, daß das Projekt des Vaters Schaumann schon in der Durchführung begriffen und von dem Doktor der Philosophie Lulu weiterentwickelt war, der sich in Berlin im Jahre 1903 erschossen hat, als er hörte, daß seine Papiere in Wiborg von der Polizei beschlagnahmt wurden. Nach einem Rundschreiben und nach von dem Dr. Lulu gegebenen Instruktionen gab es Wanderlehrer, die Männern und Frauen auf dem Lande den Gebrauch der Gewehre beibringen sollten, indem sie jedem einzeln Unterricht erteilten. Die Gewehre sollten Mausergewehre sein. Besonderes Licht wird dadurch auf die Ermordung Bobrikows geworfen, daß der Sohn Schaumanns gerade **Mitglied eines Schützenvereins** gewesen ist, der anscheinend nach den Gesichtspunkten des Vaters Schaumann gebildet war, kein Terrain zur Ausübung der Jagd besaß und sich ausschließlich im **Kugelschießen,** nicht im Schrotschießen übte. Ferner beschäftigte sich der Mörder Bobrikows damit, für die geheimen Schützenvereine Repetiergewehre und eine Art Uniform zu beschaffen. Zu diesem Zweck unterhielt er einen Briefwechsel mit einigen Personen in Stockholm. Schließlich findet man in Papieren, die bei anderen Söhnen des früheren Senators Schaumann beschlagnahmt wurden, oft die Frage der Organisation zur Erhebung Finnlands behandelt.

In Erwiederung auf diese Anschuldigungen hat Schaumann-Vater in der Sitzung des Höchsten Gerichts zugegeben, daß das fragliche, gegen ihn geltend gemachte Schriftstück tatsächlich von ihm geschrieben sei, und daß die in dem Schriftstück dargelegten Absichten verbrecherisch seien, daß er aber das Projekt nur zum Zeitvertreib ausgearbeitet und niemals an eine praktische Verwirklichung desselben gedacht habe. Die in der Sitzung des Höchsten Gerichts in Abo zutage geförderten Tatsachen werden **in hohen Regierungskreisen als besonders ernst** angesehen. In den zuständigsten russischen Kreisen könnte man über eine Freisprechung Schaumanns nicht erstaunt sein, da nach dem Gesetze die einfache Absicht nicht strafbar ist, wenn der Angeschuldigte nichts getan hat, um sein Vorhaben auszuführen. Im Falle des Freispruchs könnte daher die bona fides der finnländischen Richter nicht angezweifelt werden. Nichtsdestoweniger würde der mit diesem Prozeß beabsichtigte Zweck doch erreicht sein, weil er eine **niederschlagende Anklage gegen die schwedisch gesinnten Agitatoren bedeutet.** Wenn die russische Regierung nicht strenge Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen und die hauptsächlichsten Anstifter ausgewiesen hätte, so hätte die ganze finnländische Bevölkerung die Heimat verlassen müssen. Der Prozeß Schaumann ist **der Gnadenstoß,** der den finnländischen Oppositionsparteien versetzt wird; er läßt deren so gerühmte Loyalität in ihrem wahren Lichte erscheinen."

Auch diese offiziöse Erklärung ist ein Dokument, das Dokument **lächerlichster Gespensterseherei.** Der angebliche Revolutionsplan der Finnen ist ein **ebenso tollhäuslerisches Märchen,** wie der angebliche japanische Angriff auf das baltische Geschwader.

Diese Halluzinationen verraten den hochgradigen Fieberzustand, in dem sich der Zarismus zurzeit befindet! —

Eine zweite Haager Konferenz?

Wie aus Washington telegraphiert wird, hat **Staatssekretär Hay** infolge des Vorschlages des Präsidenten Roosevelt, betreffend eine zweite Haager Konferenz, eine Zirkularnote an die Mächte gerichtet. Die Note sieht nicht nur die neuerliche Einberufung einer Konferenz zum Zwecke der Erwägung von Fragen, die von der ersten Konferenz als in Zukunft der Beachtung besonders bedürftig bezeichnet waren, vor, sondern entwickelt auch den Plan

eines allgemeinen Systems von Schiedsgerichtsverträgen unter Einsetzung eines internationalen Kongresses, der im Interesse des internationalen Friedens periodisch zusammentreten müßte. Weiter heißt es, daß der Zusammentritt der zweiten Haager Konferenz noch während des japanisch-russischen Krieges gerechtfertigt erscheine. Wenn auch ein Waffenstillstand noch nicht bevorstehe, so sei doch kein Grund vorhanden, in den bisher so erfolgreichen Bemühungen nachzulassen. Die Note wolle die Beschlüsse der interparlamentarischen Vereinigung in St. Louis zur Geltung bringen. Die Botschafter seien angewiesen, in vertraulichen Besprechungen festzustellen, bis zu welchem Umfange die betreffenden Landesregierungen geneigt sein würden, bei der Angelegenheit tätig zu sein. Die Verhandlungen der Botschafter sollen noch nicht ein festes Programm herbeiführen, sondern zunächst bestrebt sein, eine allgemeine Uebereinstimmung über die Sache zu erzielen.

Die Philippinen-Räuber sind in der Tat die Berufensten, eine zweite Haager Konferenz einzuberufen!

Offenbar will man durch diesen Schachzug einen Wahlcoup ausführen, indem man den Demokraten, die gegen die imperialistische Eroberungspolitik eifern, den Wind aus den Segeln zu nehmen gedenkt. Vielleicht hofft man aber auch, durch eine Neueinberufung der Haager Konferenz im russisch-japanischen Krieg vermitteln zu können. Und zwar derart, daß keiner der beiden Teile einen allzu großen Vorteil gewinnt. Ein allzu starkes Japan wäre ja Amerika äußerst unbequem! —

Frankreich.

Die Regierungsvorlage über die Trennung von Kirche und Staat.

Paris, 30. Oktober. Die heutigen Blätter veröffentlichen den Wortlaut der Regierungsvorlage betreffend die Trennung zwischen Kirche und Staat. Nach diesem Projekt findet eine vollständige Abschaffung sämtlicher öffentlicher Ausgaben für Kulten statt. Die Abschaffung tritt in Kraft am 1. Januar nach Veröffentlichung des Gesetzes. Die Vorlage setzt folgende Pensionen für Priester je nach Alter und den Jahren ihrere Tätigkeit fest: Nach einem Alter von 30 Jahren und 20jähriger Dienstzeit wird eine Pension von 900 Fr. für Priester, Generalvikare und Dechanten und von 1200 Fr. für Bischöfe, Erzbischöfe und Großrabbiner festgesetzt. Ueber die Bedingungen, unter welchen die Kultusgebäude den religiösen Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden sollen, spricht sich die Vorlage dahin aus, daß ihnen diese Gebäulichkeiten bis zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes unentgeltlich zur Verfügung stehen. Nach dieser Zeit werden diese Bauten den einzelnen Kulten auf 10 Jahre verpachtet. Der Preis für die Verpachtung darf ein Zehntel des Einkommens der betreffenden kirchlichen Gemeinde nicht übersteigen. Die Einnahme wird auf Grund strenger Ueberwachungssysteme kontrolliert. Die Zuschüsse für bedeutende Reparaturen an diesen Bauten können von den Gemeinden und Departements gebilligt werden. Die religiösen Vereine, welche sich mit der Verwaltung der Kosten zur Unterhaltung der Kulten beschäftigen müssen, werden auf Grund des Vereinsgesetzes vom 1. Juni 1901 gebildet werden. Prozessionen und andere religiösen Kundgebungen dürfen nicht auf öffentlichen Plätzen oder anderen öffentlichen Orten stattfinden. Auch ist es streng untersagt, an öffentlichen Gebäuden und Plätzen irgendwelche religiösen Embleme anzubringen oder aufzurichten. Wie andererseits noch mitgeteilt wird, bleibt die Frage der französischen diplomatischen Vertretung noch offen. Die Strafen für Vergehen während der Ausübung der Kulten werden verschärft. —

Paris, 31. Oktober. In den Kreisen der Deputiertenkammer verlautet, der nationalistische Deputierte Villeneuve werde in einer der nächsten Kammersitzungen beantragen, diejenigen Offiziere, deren Angebereien er gebrandmarkt habe, vor ein Untersuchungsgericht zu stellen. Der Kriegsminister soll sich aber gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen haben; es heißt, daß der Kommandant des Militärgefängnisses von Cherche-Midi, Major v. Aster, der die Freimaurergroßloge Grand Orient um Auskunft über die klerikaler Gesinnung verdächtigen Offiziere gebeten habe, strafweise versetzt werden soll. Jaurès spricht in der „Humanité" die Befriedigung darüber aus, daß Villeneuve die Angelegenheit nochmals in der Kammer zur Sprache bringen will. Die Republikaner würden dann Gelegenheit haben, die unheimliche Protektionswirtschaft zu enthüllen, die lange Jahre hindurch die Armee vergiftet habe. —

Amerika.

Von den Philippinen ist die Nachricht gekommen, daß amerikanische Truppen auf der Insel Samar ein Gefecht mit unzufriedenen Eingeborenen hatten, in welchem der lange gesuchte und gefürchtete Anführer Oyomo und 50 Filipinos getötet wurden. Die Amerikaner hatten, wie es scheint, keine Verluste.

Diese Nachricht wird von den Demokraten für die Behauptung Parkers ausgenutzt, daß die Eroberung der Philippinen schon 200 000 Menschenleben gekostet habe. In der Wahlagitation hat sich ein lebhafter Streit darüber erhoben, welcher Wert dieser Behauptung beizumessen sei. Die Republikaner sprechen von einer argen Uebertreibung und berechnen die Zahl der Opfer des Krieges auf nicht mehr als 14 000. Man kennt die Verluste der Amerikaner genau, aber was die Filipinos angeht, so ist beliebigen Schätzungen Spielraum gelassen. Die Amerikaner verloren im Kampfe mit den Eingeborenen 4232 Mann, darunter 165 Offiziere. Vom Februar 1899 bis zum 30. April 1902 fanden aber 2631 Gefechte statt. Wenn man nun an das jüngst gemeldete Gefecht denkt sowie an die große Ueberlegenheit der Amerikaner an Bewaffnung und Mittel aller Art, wenn man an die vielen niedergebrannten Ortschaften denkt und an die Krankheiten, die nach den Schlachten ausbrachen, und an die Verwundeten, die später starben, so dürfte Parker mit seiner Behauptung der Wahrheit viel näher kommen als seine Gegner mit der Annahme, daß „nur" 10 000 Filipinos ihr Leben einbüßten. —

Aus Industrie und Handel.

Zum Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe. Die Deutsche Bank hat im oberrheinischen Revier sich einen neuen Stützpunkt für die Ausdehnung ihrer Geschäftssphäre geschaffen. Die „Neue Badische Landeszeitung" meldet nämlich: Die Süddeutsche Bank in Mannheim wird ihr Grundkapital von 6 Millionen auf 10 Millionen Mark erhöhen. Die neu auszugebenden 4 Millionen Mark Aktien der Süddeutschen Bank-Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1905 werden von der Deutschen Bank in Berlin und der ihr nahestehenden Oberrheinischen Bank in Mannheim gemeinschaftlich unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre der Süddeutschen Bank zu dauerndem Besitz fest übernommen. Gleichzeitig wird eine Interessengemeinschaft zwischen der Oberrheinischen Bank und der Süddeutschen Bank hergestellt. Vertreter der Deutschen Bank und der Oberrheinischen Bank treten in den Aufsichtsrat der Süddeutschen Bank, während zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der Süddeutschen Bank in den Aufsichtsrat der Oberrheinischen Bank gewählt werden. Durch diese Operation erhält die Süddeutsche Bank Anlehnung an die Gruppe der Deutschen Bank, ohne jedoch ihre Selbständigkeit einzubüßen. Die Kapitalserhöhung erscheint durch die seitherige Ausdehnung ihres Geschäfts durchaus gerechtfertigt, und es soll durch das Zusammengehen der beiden hiesigen Banken eine weitere Basis des Geschäfts geschaffen werden, welche den Interessen derselben und ihrer Aktionäre förderlich ist."

Die Bemerkung, die Süddeutsche Bank verliere durch die Uebernahme der neuen 4 Millionen Mark-Aktien seitens der Deutschen Bank nicht ihre Selbständigkeit, dient lediglich zur Beruhigung der kleineren Aktionäre des Instituts. Tatsächlich erlangt die Deutsche Bank durch die Aktienübernahme „zu dauerndem Besitz" und die Ankettung der Süddeutschen Bank an die Oberrheinische Bank, die ebenfalls völlig unter dem Einfluß der Deutschen Bank steht, die Macht, der Süddeutschen Bank völlig ihren Willen aufzuzwingen.

Von einem neuen Verstaatlichungsplan des Handelsministers weiß der Berliner „Börsen-Courier" zu berichten. „Von zuverlässiger Seite," schreibt das Blatt, „geht uns die Mitteilung zu, daß der preußische Staat das Steinsalzbergwerk Inowrazlaw anzukaufen beabsichtigt. Nach dem hartnäckigen Widerstande, auf den namentlich in den Kreisen der beteiligten Industrie die Verstaatlichung der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia stößt, muß es überraschen, daß die Regierung ein weiteres industrielles Unternehmen für die Verstaatlichung ausersehen hat. Indes ist der Staat bereits Besitzer einer Anzahl von Salzbergwerken, so daß die Erwerbung des Unternehmens nicht das Eindringen in ein neues industrielles Gebiet bedeuten würde. Ob nicht trotzdem auch dieser neue Verstaatlichungsplan der Regierung auf lebhafte Opposition stoßen wird, muß abgewartet werden, da jedenfalls die Tendenz des Staates, die Privattätigkeit durch Erwerbung ausgedehnter industrieller Betriebe einzuengen, eine lebhafte prinzipielle Gegnerschaft finden muß."

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 8 Millionen Mark, worauf in den letzten drei Jahren 6 Proz., 5 Proz. und 5 Proz. Dividende verteilt worden sind. Von der 4prozentigen Anleihe der Gesellschaft, im ursprünglichen Betrage von einer Million Mark, sind noch 800 000 M. im Umlauf.

Die Kartellierung der Zementindustrie macht in letzter Zeit rasche Fortschritte. Wir berichteten vor einigen Tagen über Verständigungen zwischen den Gruppen der Berliner und oberschlesischen Zementfabriken, sowie zwischen den unterelbischen und hannoverschen Zementverbänden. Auch im rheinisch-westfälischen Revier sind neue Vereinbarungen getroffen. In einer Versammlung des Verkaufsvereins Rheinisch-Westfälischer Zementwerke-Bochum wurde vor einigen Tagen, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge, beschlossen, den Verkaufsverein bis Ende 1905 bestehen und einen neuen Verein unter der Firma Rheinisch-Westfälisches Zementsyndikat G. m. b. H. vom 1. Januar 1905 ab in Kraft treten zu lassen, so daß beide Verträge ein Jahr neben einander bestehen. Mit den angrenzenden Verbänden Süddeutschland, Mitteldeutschland, Hannover wurden Kartellverträge abgeschlossen, mit den belgischen Zementwerken werden entsprechende Verhandlungen morgen gepflogen.

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte hielt gestern hier in Berlin ihre Generalversammlung ab. Generaldirektor Geh. Bergrat Junghann berichtete über die Ergebnisse des 1. Quartals des laufenden Geschäftsjahres, die Monate Juli bis September. Danach stellt sich das Bilanzresultat des ersten Quartals des laufenden Geschäftsjahres verglichen mit dem vorjährigen recht ungünstig. Der Brutto-Ertrag betrug 1 676 016,65 M., das ist gegen das Vorjahr weniger 453 591,61 M.

Der hauptsächlichste Grund für das ungünstige Bilanzresultat liegt in der Ermäßigung der Preise für Walzwerkprodukte. Der Durchschnittspreis für die Anfang Oktober 1904 vorliegenden Aufträge in Walzwaren im Umfange von 52 820 Tonnen, gegen 48 838 Tonnen im Vorjahre, ist um 4½ M. per Tonne geringer als im Vorjahre. Die bedeutendsten und ausschlaggebendsten Schädigungen haben die Resultate aber erfahren durch die Unterbrechung der Oderschiffahrt, welche den Absatz der Kohlen schwer schädigte. Er betrug zirka 50 000 Tonnen weniger als im Vorjahre. Die Verluste hieraus bilden den bei weitem größten Teil des mitgeteilten Minderertrages. Ferner hat auch der russisch-japanische Krieg in den letzten Monaten auf die Betriebsresultate der Katharinenhütte ungünstig eingewirkt.

Neue japanische Anleihe. Die japanischen Finanzleute treffen, wie den „Times" aus Tokio telegraphiert wird, bereits Vorkehrungen für das neue Kriegsjahr. Es sollen neue Einnahmen im Betrage von 770 Millionen Yen erschlossen werden; man rechnet auf 55 Millionen Steuermehrerträge im Vergleich zum Voranschlag; 75 Millionen sollen die bereits bestehenden Kriegssteuern, 90 Millionen neue Kriegssteuern erbringen; 550 Millionen sollen durch Anleihen aufgebracht werden. Durch die neuen Kriegssteuern würden hauptsächlich die Einkünfte aus dem Salzmonopol und Seidenfabrikate getroffen. Ferner sind eine Erhöhung der Land-, der Einkommen- und der Geschäftssteuer und weitere Zölle vorgesehen.

Kommunales.

Städtische Straßenbahnen.

In der gestrigen lang ausgesponnenen dritten Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorberatung der Vorlage betreffend den Bau von fünf städtischen Straßenbahn-Linien wurde endlich die Generaldebatte zum Abschluß gebracht. In der für nächsten Montag anberaumten Sitzung soll die Spezialdiskussion begonnen werden. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß von den Gegnern eine mit allen Mitteln geförderte Verschleppungstaktik befolgt wird. Die Vorlage datiert vom 26. Mai, die erste Plenarsitzung fand am 2. Juni statt und am 7. November soll endlich, falls die Sitzung nicht wieder abgesagt wird, die Spezialdebatte beginnen!

Von den Gegnern der Vorlage wurden auch dieses Mal wieder die alten oft widerlegten Einwände in ermüdender Breite vorgebracht. Neue Gesichtspunkte traten fast gar nicht zutage. So wurde von einer Seite der dringende Wunsch ausgesprochen, auf Entlastung der Straßen durch Schaffung unterirdischer Bahnen bedacht zu sein. Die Zahl der Todesfälle durch die Niveaubahnen sei um 36 Proz. gestiegen. Man solle daher mit der Schaffung neuer Straßenbahnen vorsichtig sein. Gegen den Bau und Betrieb solcher Linien aber durch die Stadt müsse man auch im Interesse der Selbstverwaltung Front machen. Nicht nur würde man bei eigener Regie eine große Zahl neuer hochbesoldeter Beamtenstellen errichten müssen, sondern man schaffe dadurch vor allem auch zahlreiche neue Reibungsflächen mit den staatlichen Behörden. Auf die Große Straßenbahn-Gesellschaft könne man durch genaue Kontrolle bei Aufstellung der Bilanz, bei Vermehrung des Kapitals, bei der Höhe der Abschreibungen usw. einen Druck ausüben. Auch werde der Aufsichtsrat schon allein wieder einlenken, sobald er klar übersieht, wie mißliebig sein Vorgehen die Gesellschaft bei der Berliner Bevölkerung mache.

Noch weiter in der Gutgläubigkeit ging ein anderes Mitglied, welches ausführte, der Aufsichtsrat, der doch aus so prachtvollen Männern zusammengesetzt sei, habe sich wahrscheinlich um die Dinge nicht genügend gekümmert, sonst hätten die häßlichen Vorgänge bei der Konzessionsverlängerung nicht passieren können. Wenn man jetzt diese Bahnen baue, werde man später den ganzen Betrieb übernehmen wollen. Das könne war aber leicht, weil das Unternehmen der Gesellschaft ein Ganzes bildet und mit den verschiedenen Vororten Verträge von verschieden langer Dauer vorliegen.

Von anderer Seite wurde angefragt, ob es denn nicht möglich sei, die neu geplanten Linien durch Vermittelung der Aktien-Gesellschaft Berliner Elektrische Straßenbahnen, deren Aktienkapital sich zum überwiegenden Teil in den Händen der Stadt befindet, und im Anschluß an die beiden Linien dieser Gesellschaft zu errichten.

Solchen Einwänden gegenüber hatten die Freunde der Vorlage leichtes Spiel. Nach dem prinzipiellen Beschluß der Versammlung vom Jahre 1900, daß neue Linien durch die Stadt gebaut werden sollen, handle es sich gar nicht mehr um die Frage, ob die Stadt überhaupt Bahnen bauen solle, sondern nur, ob diese Linien zu errichten wären. Die Linien von Siemens u. Halske seien von der Stadt angekauft, um als Grundlage für ein städtisches Straßenbahnnetz zu dienen, nicht aber ein Corso zu bleiben. Sonst hätte man die dafür ausgegebenen 10 Millionen Mark besser anwenden können. Die neuen Linien durch die Berliner Elektrische Straßenbahnen Aktien-Gesellschaft errichten zu lassen, sei unmöglich, weil der mit Siemens u. Halske geschlossene Betriebs-Vertrag hinfällig werden würde, sobald neue Linien angeschlossen würden. Der jetzt gegen den Bau eigener städtischer Linien geführte Kampf habe große Aehnlichkeit mit den Kämpfen, die sich seinerzeit bei der Errichtung der städtischen Gas- und Wasserwerke sowie in der Eingemeindungsfrage abgespielt hätten. Dieselben Personen operierten mit zum großen Teil den gleichen Argumenten damals wie heute. Mit großem Nachdruck habe der Oberbürgermeister erklärt, mit solcher Gesellschaft könne man nicht mehr paktieren. Da der Magistrat also der Gesellschaft keine neuen Konzessionen gewähren würde, was solle aus dem Verkehr werden? Im Jahre 1877 wurden 42 Millionen, jetzt 581 Millionen Personen befördert! Eine Konkurrenz müsse geschaffen werden; diese könne aber nur durch die Stadt selber geschehen, da alle anderen Unternehmer durch die Gesellschaft aufgesogen werden würden. Der jetzige Beschluß sei ein schwerwiegender. Werde jetzt der erste Schritt gemacht, so werden die weiteren sich von selbst ergeben. Das wissen auch die Gegner der Vorlage und die Gesellschaft und nur so sei die erbitterte Hetze zu erklären, welche innerhalb und außerhalb der Versammlung gegen diese Vorlage in Szene gesetzt werde. Im Interesse der Selbstverwaltung die Vorlage ablehnen zu wollen, das sei in der Tat ein neues Argument. Da solle man sich doch lieber gleich ganz verkriechen, dann habe man gar keine Konfliktsmöglichkeiten. Die Straßenbahngesellschaft treibe konsequent die Politik, alle Betriebe in ihre Hände zu bekommen. Schließe man jetzt mit ihr neue Verträge, so heiße das anerkennen, daß die Entwickelung und Förderung des Verkehrs in Berlin nur durch sie erfolgen könne.

Von den Magistratsvertretern, dem Oberbürgermeister und den Stadträten Krause und Alberti wurden diese Ausführungen in wirkungsvoller Weise ergänzt und unterstützt.

Versammlungen.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 28. Oktober eine Ausschußsitzung bei Lipps ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des jüngst verstorbenen Komponisten Joseph Scheu und ehrte der Ausschuß das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen. In den Bund aufgenommen wurde der Verein „Freie Sänger"-Alt-Glienicke. Der vom Vorstand gestellte Antrag, die bis jetzt gratis an die Vereine gelieferten Flugblätter von jetzt ab mit 2 Pf. das Stück, das ist zum Selbstkostenpreis, zu bezahlen, wird angenommen. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Verein „Veritas" Rechtsschutz beantragt hat, um gegen den Saalbesitzer Wernau, Schwedterstraße, klagbar auf Schadenersatz zu werden. Der Verein hatte im März d. J. zu einem Vergnügen im Oktober den Saal gemietet, was durch gegenseitige Unterschrift anerkannt ist. 6 Wochen vor dem Vergnügen teilte Herr W. dem Verein mit, daß er seinen Saal anderweitig vergeben hätte, der Verein denselben aber an einem späteren Tage bekommen könnte. Dies konnte natürlich dem Verein nichts nützen, da alle Vorbereitungen zu dem ersten Tage getroffen waren. Dies wurde Herrn W. mitgeteilt und er gleichzeitig ersucht, die dem Verein entstandenen Unkosten zu ersetzen. Einen kleinen Teil will er bezahlen (Druckkosten); im übrigen meint er im Recht zu sein. Die Handlungsweise des Herrn Wernau wurde vom Ausschuß allseitig verurteilt und der Rechtsschutz dem Verein einstimmig gewährt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es sehr von Bedeutung ist, wenn die Vereine ihre Statuten den Gesetzen entsprechend gestalten, und bringt ein diesbezügliches Statut zur Verlesung, und teilt zum Schluß mit, daß der Prozeß ehemaliger Mitglieder von „Sangeslust" gegen den Bundesverein „Rosenrot" von letzterem gewonnen ist.

Der Verband der Kürschner Berlins und Umgegend hielt am 26. Oktober seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom zweiten Quartal, die der Kassierer Michaelis verlas, schließt mit einer Einnahme von 1704,12 M., einer Ausgabe von 971,32 M. und einem Ueberschuß von 732,80 M. Die Mitgliederzahl ist auf 540 gestiegen, wovon 335 weibliche Mitglieder sind. — Der Geschäftsführer Regge berichtete sodann über die Frequenz des Arbeitsnachweises im dritten Quartal. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden betrug in der Mützenbranche 30, in der Pelzbranche 82; die der weiblichen Arbeitsuchenden in der Mützenbranche 110, in der Pelzbranche 52. Verlangt wurden: männliche in der Mützenbranche 51, in der Pelzbranche 132; weibliche Arbeitskräfte in der Mützenbranche 212, in der Pelzbranche 112. Die Zahl der besetzten Stellen belief sich für männliche Arbeitskräfte auf 18 in der Mützenbranche und auf 68 in der Pelzbranche; für weibliche auf 82 in der Mützenbranche und 39 in der Pelzbranche. — Dem Kassierer sowohl wie dem Geschäftsführer erteilte die Generalversammlung einstimmig Decharge. Sodann hielt Schriftsteller M. Schütte einen Vortrag über „Goethe als Freidenker", der lebhaften Beifall fand. — Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende Grandel mit, daß die Innung sich nun endlich auch bereit gefunden hat, eine Sitzung der Schlichtungskommission zu beantragen. Am Sonnabend, den 29. Oktober, sollen die Verhandlungen, bei denen es sich bekanntlich um Differenzen über die Arbeitszeit handelt, stattfinden. — Ferner teilte der Redner mit, daß die Einigungsverhandlungen mit dem Zentralverband noch nicht abgeschlossen sind. Die letzten Verhandlungen wurden auf Grundlage der in der außerordentlichen Generalversammlung des Berliner Verbandes angenommenen Resolution geführt. Eine endgültige Entscheidung konnte hauptsächlich deswegen nicht getroffen werden, weil zur Annahme der Bedingungen nicht nur die Zustimmung des Hauptvorstandes, sondern auch des Ausschusses des Zentralverbandes notwendig ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Kommission zur Schlichtung des englisch-russischen Konflikts.

London, 31. Oktober. Das „Reutersche Bureau" erfährt, zwischen England und Rußland ist der Abschluß eines Sonderabkommens zum Zwecke der Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, welche die Thatsachen bei dem Zwischenfall in der Nordsee feststellen soll, im Werke. Das Verfahren, der Umfang und die Vollmachten insbesondere hinsichtlich des Vorgehens, das auf Grund der Ergebnisse der Kommission einzuschlagen ist, werden sorgfältig erwogen. Man hofft, daß das Abkommen innerhalb einer sehr kurzen Frist unterzeichnet werden wird, und hält es für wahrscheinlich, daß die Kommission aus hohen juristischen Persönlichkeiten neutraler Nationalität, die von Marine-Sachverständigen unterstützt werden, bestehen wird. Wenn die Vorunterschungen, welche in Hull und Vigo von den englischen resp. den russischen Behörden angestellt sind, beendigt sein werden, werden Abgeordnete, welche England und Rußland vertreten, vor der internationalen Kommission erscheinen, um den Fall zu begründen und Zeugen, wenn nötig, vorzubringen, welche einem Kreuzverhör unterworfen werden. Der Ort des Zusammentrittes der Kommission ist noch nicht bestimmt, voraussichtlich wird er in Frankreich sein.

Zum russisch-englischen Konflikt.

Tanger, 31. Oktober. (W. T. B.) Marokko hat den hier liegenden Transportschiffen die Erlaubnis erteilt, beim Kohlennehmen der Russen tätig zu sein.

Algier, 31. Oktober. Die russischen Torpedobootszerstörer „Bedowy", „Bravy" und „Bystry" sind aus Tanger heute nachmittag hier angekommen; sie werden hier ihren Kohlenvorrat erneuern und weitere Befehle abwarten.

Das Urteil im Prozeß Hervay.

Loeben, 31. Oktober. (W. T. B.) Das hiesige Kreisgericht verurteilte heute Leontine v. Hervay geborene Bellachini aus Posen, die im Sommer vor. Jahres in fünfter Ehe den Bezirkshauptmann Hervay von Kirchberg in Mürzzuschlag geheiratet hatte, ohne von ihrem vierten Mann rechtsgültig geschieden zu sein, wegen Bigamie und Falschmeldung zu vier Monaten einfachen Kerkers. — Bezirkshauptmann von Hervay hat sich im Sommer dieses Jahres der Angeklagten wegen erschossen.

Santiago de Chile, 31. Oktober. (Meldung der „Agence Havas".) Die hier ausgebrochene Ministerkrisis ist gelöst. Die Portefeuilles sind wie folgt verteilt: Bello Inneres, Luis Vergara Auswärtiges, Guillermo Rivera Justiz, Ernesto Hubner Finanzen, Alcanio Bascunar Krieg und Eduardo Charme Oeffentliche Arbeiten.

Verantw. Redakt.: Paul Büttner, Berlin. Inserate verantw. (mit Ausnahme der „Neue Welt"-Beilage): Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Arbeitersekretariat Nürnberg

begeht am 1. November das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens. Dieses Jubiläum ist auch für weitere Arbeiterkreise insofern von Bedeutung, als der Gedanke, ein Arbeitersekretariat zu errichten, zuerst in Nürnberg aufgetaucht ist und in Nürnberg auch zuerst realisiert wurde. Dieses Jahrzehnt, in dem das Nürnberger Arbeitersekretariat nunmehr besteht, ist ein inhaltreicher Abschnitt aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, und es mag deshalb nicht unwichtig sein, auf die Entwickelung dieses Instituts, dessen Errichtung bahn-brechend wirkte, einen kurzen Rückblick zu werfen.

Als in Deutschland die Sozialreform einsetzte, machte sich gegenüber der Schwerfälligkeit der Sozialgesetze, der Mißachtung der Arbeiterschutzbestimmungen durch die Unternehmer, der Unkenntnis weiter Arbeiterkreise über Rechte und Pflichten bezüglich der Sozialgesetzgebung und der wenig wohlwollenden Haltung, die die Gemeindebehörden gegen die Arbeiter bei Anwendung der Sozialgesetze an den Tag legten, das Bedürfnis nach Rechtsschutz und Rechtsbelehrung geltend, das noch verstärkt wurde, als das verwickeltste aller Sozialgesetze, das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz in Kraft trat. Damals wurde der Gedanke, ein Arbeitersekretariat zu errichten, ernstlich erwogen. Eine Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer nahm 1891 einen Antrag des Genossen Konrad Herrmann an, wonach alle Mittel anzuwenden seien, um die Errichtung eines Arbeitersekretariats durchzuführen. Der Beschluß fand bei sämtlichen Gewerkschaften prinzipielle Zustimmung, doch wurde bezweifelt, ob es möglich sei, die Unterhaltungskosten aufzubringen, einen geeigneten Mann als Sekretär zu finden u. dergl., Bedenken, die nicht unberechtigt waren, da die Nürnberger Gewerkschaften damals insgesamt nur zirka 4000 Mitglieder zählten. Die Metallarbeiter verloren aber die Sache nicht aus dem Auge. Inzwischen machte sich das Bedürfnis nach einer Auskunftsstelle immer dringender geltend. Im März 1894 wurde eine Kommission errichtet, die Beschwerden an den Fabrikinspektor entgegenzunehmen und diesem zu übermitteln hatte. Diese Kommission erhielt sofort eine derartige Fülle von Arbeit, daß die Schaffung einer Stelle, die derartige Aufgaben berufsmäßig erledige, sich als unumgänglich notwendig erwies. Am 23. April wurde deshalb eine Versammlung einberufen, die zur Frage der Gründung eines Arbeitersekretariats Stellung nehmen sollte; sie wurde aber polizeilich aufgelöst, weil der Vorsitzende, Genosse Eitzinger, sich weigerte, Frauen und Minderjährige auszuweisen. Fünf Tage später tagte unter dem Vorsitz Grillenbergers eine zweite Versammlung, die nach einem Vortrage des Genossen Oertel sich durch Annahme einer Resolution verpflichtete, mit allen Mitteln für die Errichtung eines Arbeitersekretariats einzutreten. Die Ausführung des Beschlusses wurde einer fünfgliedrigen Kommission übertragen. Das Projekt war finanziell gesichert, da 3500 Arbeiter sich verpflichtet hatten, Beiträge zu leisten. An den Stadtmagistrat Nürnberg hatte die Kommission das Ersuchen um Gewährung einer Subvention von jährlich 2500 M. gerichtet, der Magistrat hatte sich zwar bereit erklärt, zur Errichtung eines Arbeitsvermittelungsamtes die Hand zu bieten und Beiträge der Arbeiter entgegenzunehmen, aber „nimmermehr wolle er die Einrichtung einer politischen Partei überlassen". Bei der Subventionierung des von der freisinnigen Partei gegründeten Volksbildungsvereins wurde dieses Bedenken nicht geltend gemacht.

Die Versammlung beschloß, selbständig vorzugehen, und nahm einstimmig das von der Kommission ausgearbeitete Statut an. Zum Sekretär wurde Genosse Segitz gewählt. Am 1. Nov. 1894 eröffnete das Arbeitersekretariat seine Tätigkeit. Die Kosten werden fast ausschließlich von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern getragen, jedes Gewerkschaftsmitglied zahlt wöchentlich 2 Pf. Die Auskunftserteilung erfolgte von Anfang an an jedermann, ohne Rücksicht auf irgendwelche Parteistellung rc. Die Notwendigkeit eines solchen Instituts erwies sich schon in den ersten zwei Monaten. Im November 1894 nahmen 390, im Dezember 524 Personen das Sekretariat in Anspruch. Die Frequenz steigerte sich von Jahr zu Jahr, mit Ausnahme des Jahres 1903, in dem eine kleine Minderung der Inanspruchnahme eintrat, die aber im laufenden Jahre wieder ausgeglichen wird. In diesem Jahrzent holten sich beim Arbeitersekretariat Nürnberg 136 613 Personen Rat und Hilfe, der schriftliche Verkehr belief sich auf 11 291 Einläufe und 27 401 Ausläufe. Von den Besuchern waren 42 128 gewerkschaftlich organisiert.

Das Sekretariat ist keine bloße Auskunftsstelle, sondern hat sich zum Mittelpunkt der ganzen gewerkschaftlichen Organisation entwickelt. Es leistet bei Lohnbewegungen, Abschluß von Tarifverträgen rc. wertvolle Dienste; es hat eine Arbeitslosenzählung, Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter Nürnbergs veranstaltet, die Haushaltungsrechnungen Nürnberger Arbeiter, das Ergebnis einer Enquete, herausgegeben, ebenso Monographien über einzelne Berufe. Für spezielle Gewerbe wurden gleichfalls Erhebungen durchgeführt. Die Hauptaufmerksamkeit ist auf den Arbeiterschutz gerichtet, und dem Sekretariat ist es z. B. hauptsächlich zu verdanken, daß die Bürsten- und Pinselarbeiter besser gegen die Milzbrandgefahr geschützt sind als früher. Gegenwärtig betreibt das Arbeitersekretariat die Agitation für Errichtung einer allgemeinen Orts-Krankenkasse. In die immer mehr anwachsende Arbeit teilen sich zurzeit drei Sekretäre, die Genossen Segitz, Dorn und Schneider.

Die Entwicklung des Arbeitersekretariats Nürnberg in diesen zehn Jahren, das lebhafte Interesse, das ihm bald nach seinem Entstehen nicht nur in Deutschland sondern auch im Auslande gewidmet wurde, haben bewiesen, daß die Arbeiterschaft Nürnbergs von einem glücklichen Gedanken beherrscht wurde, als sie im Jahre 1894 zur Gründung dieses Instituts schritt. Ihr Vorgehen hat inzwischen vielfach Nachahmung gefunden, indem in den verschiedensten Städten des In- und Auslandes Arbeitersekretariate entstanden, die zumeist der Nürnberger Einrichtung nachgebildet sind. Welche Unsumme von Segen für die Arbeiterschaft sich als Folge der Tätigkeit der Arbeitersekretariate äußert, darüber braucht man kein Wort zu verlieren, wenn es möglich wäre, die finanziellen Vorteile, die durch ihr Eingreifen den einzelnen gesichert wurden, in einer Rechnung zusammenzustellen, so würde sich eine Riesenziffer ergeben. Nicht minder schwer wiegen auch die idealen Vorteile, die die Arbeiter ihren Arbeitersekretariaten zu verdanken haben.

Partei-Nachrichten.

Allerlei Sensationsnachrichten über unseren Genossen Auer werden gegenwärtig in der Presse verbreitet. Die neueste ist die aus der „Humanité" stammende Meldung, Auer hätte sein Mandat niedergelegt. Es ist selbstverständlich kein wahres Wort an der Geschichte.

Gewerkschaftliches.

Leichtfertige Hirsche.

Eine Beschuldigung, die, wenn nicht böswillig, so doch in hohem Grade leichtfertig ist, schleudert der „Gewerkverein", das Organ der Hirsch-Dunckerschen Richtung, gegen den Metallarbeiter-Verband. Das Blatt erzählt nämlich, die Arbeiter des Betriebes von Vogel in der Andreasstraße hätten die Genehmigung des Metallarbeiter-Verbandes zu einem von ihnen beabsichtigten Streik nicht erhalten, die Arbeiter seien aber trotzdem in den Streik eingetreten, und ihre Posten hätten einige Kollegen abgefangen, welche erklärten, von der Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes in der Blumenstraße 38 gesandt zu sein mit dem Hinweis, daß bei Vogel Arbeit vorhanden wäre. — Das Wort „Zahlstelle" ist im Druck besonders auffallend hervorgehoben. Es soll also recht deutlich gezeigt werden, daß ein Organ des Metallarbeiter-Verbandes sich dessen schuldig gemacht habe, was Funktionären der Hirsch-Dunckerschen Richtung nachgewiesen wurde, ohne daß es widerlegt werden konnte, nämlich: die Entsendung von Streikbrechern nach einem Betriebe, wo die Arbeit niedergelegt worden ist, ohne daß die in Frage kommende Organisation den Streik anerkannt hat.

Diese Mitteilung schließt der Verfasser der Notiz im „Gewerkverein" mit der Bemerkung: „Jetzt aber hat der „Vorwärts" die Aufgabe, zu beweisen, daß alles eine bösartige Verleumdung der Hirsche ist."

Dem Manne kann geholfen werden!

Ueber die Ursachen der Arbeitsniederlegung bei Vogel und die Nichtbewilligung derselben durch die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wollen wir uns mit dem „Gewerkverein" nicht auseinandersetzen, da die Angegriffenen ihre Antwort in der „Metallarbeiter-Zeitung" erteilen werden. Was die behauptete Entsendung von Streikbrechern betrifft, so sei zunächst bemerkt, daß die Zahlstelle in der Blumenstr. 38 von einem Schankwirt verwaltet wird, der nur Beiträge entgegennimmt, sonst aber keine Funktion im Metallarbeiter-Verbande ausübt, insbesondere findet von der Zahlstelle aus keine Arbeitsvermittelung statt. Wir ließen selber eingehende Erkundigungen an Ort und Stelle einziehen und es stellte sich dabei heraus, daß weder der betreffende Schankwirt, noch sonst irgend eine Person, die hier etwa in Frage kommen könnte, einen Arbeiter nach der Vogelschen Fabrik gesandt oder jemandem gesagt hätte, er solle zu Vogel gehen, dort wäre Arbeit vorhanden.

Wir wollen gar nicht so weit gehen, zu behaupten, daß „alles eine bösartige Verleumdung der Hirsche" sei, sondern wir nehmen vielmehr an, daß der Verfasser der Notiz im „Gewerkverein" bodenlos leichtfertig gehandelt hat, und das erklären wir uns durch das bekannte Sprüchwort: „Man sucht andere nicht hinter dem Busch, wenn man nicht selber dahinter gesteckt hat."

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Gelbmetall-Industrie

weist noch keine Veränderung der Situation auf. In einer Versammlung der Arbeitgeber am 26. Oktober ist eine Resolution angenommen worden, wonach jede Verhandlung mit dem Metallarbeiterverbande abgelehnt wird, da die Fabrikanten „wünschen", daß die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollen. Wie Cohen in der gestrigen Streikversammlung unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden erklärte, wird dieser Wunsch der Arbeitgeber diesmal wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Arbeiter wußten von vornherein, daß dieser Kampf ein äußerst hartnäckiger werden würde und haben demgemäß auch ihre Maßnahmen getroffen. Erst vor wenigen Tagen hat die Ortsverwaltung der Organisation beschlossen, den Streikenden und Ausgesperrten zum 1. November einen Extrazuschuß zur laufenden Unterstützung zu zahlen, und zwar an Verheiratete in der Höhe von 10 Mk. und an Unverheiratete und weibliche Mitglieder von je 5 Mk. Diese außerordentliche Aufwendung nimmt eine Summe von zirka 25 000 M. in Anspruch, übt indessen auf die Leistungsfähigkeit der Kasse keinerlei Einfluß aus.

Von der Vertrauenskommission der Metallwarenfabrikanten wird nach wie vor alles versucht, um die Mitglieder der Fabrikantenvereinigung mit der angeblich täglich bevorstehenden Niederlage der Arbeiter bei guter Laune zu halten. Alle Tage werden Gerüchte ausgesprengt, die Arbeiter könnten den Streik jetzt nicht mehr länger aushalten, sie würden schon „nächstens" die Arbeit wieder aufnehmen. Dieses „nächstens" gilt jetzt schon wochenlang, sehr zum Verdruß der Kühnemänner. Besonders unangenehm ist es den Fabrikanten, daß sie so wenig Arbeitswillige erhalten und auch nirgends Streikarbeit angefertigt bekommen. — Das eigenartige Fühlen und Denken der Fabrikanten beleuchten wieder recht drastisch folgende Vorkommnisse: Eine Firma hat ihre Arbeiter wegen Kontraktbruchs bei dem Gewerbegericht verklagt. In dem Sühnetermin am Sonnabend meinte nun der Firmeninhaber, er hätte absolut nichts gegen seine Arbeiter, dies seien alles ruhige, nette und tüchtige Leute; aber mit der Klage wolle er in erster Linie den Metallarbeiterverband treffen. Obgleich also die Arbeiter nach eigener Aussage des Fabrikanten ruhig, nett und tüchtig sind, sperrt er sie auf Befehl der Kühnemänner aus. Für seinen Verband will er also Disziplin und Solidarität gelten lassen, nicht aber für den Verband der Arbeiter. Immer die alte bornierte Herrenmoral. Weiter. Die Firma Arndt u. Marcus richtet an die Eltern ihrer Lehrlinge folgendes Schreiben:

> Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir sämtlichen Lehrlingen in unserem Betriebe auf das strengste untersagt haben, sich mit unseren z. Z. streikenden Arbeitern irgendwie in Gespräche einzulassen und ihnen irgendwelche Mitteilungen zu machen resp. sich aushorchen zu lassen. Wir sind entschlossen, jeden Lehrling, der diesem Verbot (!) nicht Folge leistet, zu entlassen und gleichzeitig von unserem kontraktlichen Recht Gebrauch zu machen, indem wir nicht erlauben (!), daß er seine Lehre anderwärts fortsetzt.
>
> Wir ersuchen Sie höflich, um diesen Unannehmlichkeiten vorzubeugen, Ihren Sohn zu verwarnen und Ihre Autorität dahin geltend zu machen, daß wir zu vorstehenden Maßnahmen keine Veranlassung haben.
>
> Hochachtend
>
> Arndt u. Marcus
> Hugo Arndt.

Vorstehendes Schreiben präsentiert sich geradezu als ein klassisches Dokument selbstbewußter Kühnemännlichkeit. Hier gibt sich der Fabrikpascha wie er leibt und lebt. Er stellt Lehrlinge ein, um sie auszub—ilden, und diesen jungen Leuten verbietet (!) er kraft seiner Stellung als Fabrikherr jede Unterhaltung mit streikenden Arbeitern. Wer nicht pariert, wird entlassen; ja der gnädige Herr will in seinem Zorn dann nicht einmal erlauben (!), daß der Lehrling in einem anderem Betriebe weiterlernt! Dieser gute Mann scheint noch gar nicht zu wissen, daß er in dieser Hinsicht überhaupt nichts zu verbieten oder zu erlauben hat. Die Eltern der Lehrlinge könnten denn auch wirklich nichts Törichteres tun, als sich durch jenen Wisch irgendwie einschüchtern zu lassen. Der Metallarbeiterverband aber dürfte diesem Herrn gelegentlich schon begreiflich machen, daß die Zeit der Stümmlinge für Berlin denn doch vorüber ist, selbst wenn sie sich am Elisabethufer einnisten wollen. —

Als Kuriosum wurde sodann noch mitgeteilt, daß gegenwärtig eine Anzahl Arbeitswilliger auf dem Arbeitsnachweis in der Dresdenerstraße nächtigen müssen. Der Arbeitsnachweis ist damit in eine regelrechte Penne verwandelt, in der Herr Generalsekretär Nasse den Herbergsvater markiert.

Die Aussperrung der Tischler.

Nach den Beschlüssen der organisierten Tischlermeister sollte am vergangenen Sonnabend die Aussperrung in den Betrieben für Laden- und Kontoreinrichtungen beginnen. In dieser Branche liegt zwar kein Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vor, man hatte jedoch lediglich aus Solidarität mit dem an dem gegenwärtigen Kampfe interessierten Teil der Möbeltischlereien beschlossen, die Aussperrung mitzumachen, wenn erst die Zeit des flottesten Geschäftsganges vorüber wäre. Dieser Zeitpunkt ist jetzt eingetreten und am Sonnabend sollte, wie gesagt, die große Aussperrung in der Ladeneinrichtungsbranche vorgenommen werden.

Bekanntlich hat schon die vor acht Tagen abgehaltene öffentliche Tischlermeisterversammlung Beschlüsse gefaßt, welche die Aussperrung in lebhafteren Fluß bringen sollten. Am letzten Donnerstag hat außerdem eine Generalversammlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen diese Beschlüsse bekräftigt und ferner beschlossen, daß alle Mitglieder, welche sich bisher nicht in dem erforderlichen Umfange an der Aussperrung beteiligten, bis zum 1. November nachweisen sollen, daß sie 50 Proz. der von ihnen beschäftigten Arbeiter ausgesperrt haben. Mit der durch diesen Beschluß verlangten Aussperrung sollte nicht, wie es bisher gehalten wurde, gewartet werden, bis die angefangenen Arbeiten fertiggestellt sind, sondern es sollten sogleich die 50 Prozent der Ausgesperrten voll gemacht werden. Die Freie Vereinigung übernahm die Verpflichtung, den Schaden zu vergüten, welcher den betreffenden Meistern durch die Bezahlung unvollendeter Akkordarbeiten entstehen würde, sofern diese Arbeiten schon vor dem 5. Oktober zugeschnitten waren.

Nach den bisherigen Erfahrungen konnte man zwar trotz der angeführten Beschlüsse nicht annehmen, daß die Aussperrung nunmehr — einem von Herrn Ball in der Meisterversammlung angewandten Bilde entsprechend — gleich einer Lawine anschwellen werde; immerhin hätte man aber gestern einen besonders großen Andrang von neuen Ausgesperrten im Gewerkschaftshause erwarten können. In dieser Erwartung hatte die Leitung des Holzarbeiter-Verbandes für den vermuteten Zustrom von Ausgesperrten einen größeren Saal im Gewerkschaftshause hergerichtet, und auch sonst besondere Vorkehrungen zur Entgegennahme der neuen Aussperrungsmeldungen getroffen. Aber der erwartete Andrang blieb aus. Nicht mehr als 44 neue Ausgesperrte meldeten sich am Montag. Davon entfallen 28 auf 18 Betriebe, die schon bisher ausgesperrt hatten, während 16 Arbeiter aus vier Werkstellen kamen, die als neue zu den aussperrenden Betrieben hinzutreten. Hierher gehört die Werkstatt von Werner, Königsbergerstraße, mit einem und der Betrieb von Schen mit zwei Arbeitern. Der etwa 30—40 Betriebe umfassenden Ladeneinrichtungs-Branche gehören zwei von den neu hinzugetretenen Betrieben an, nämlich Schönherr mit fünf und Brunzlow, der Vorsitzende des Vereins der Branche, der etwa 120 Arbeiter beschäftigt, mit acht Ausgesperrten.

Also 31 Ausgesperrte der Möbelbranche und 13 Ausgesperrte aus zwei Betrieben der Ladeneinrichtungsbranche. Das ist das ganze Ergebnis der neuen Beschlüsse, welche ein lawinenartiges Anschwellen der Aussperrung herbeiführen sollten.

Herr Brunzlow hat, wie die von ihm Ausgesperrten mitteilten, gesagt, er habe jetzt noch dringende Arbeiten fertigzustellen und werde erst nach Beendigung derselben mit weiteren Aussperrungen vorgehen. So denken jedenfalls auch die anderen Kollegen des Herrn Brunzlow. Erst die vorliegenden Aufträge erledigen und dann die Arbeiter, für die so wie so keine Beschäftigung mehr vorhanden ist, entlassen. Und das soll eine „Aussperrung" sein.

Es zeigt sich also auch an diesen Beispielen wieder, daß die meisten Tischlermeister gar nicht geneigt sind, die von ihrer Organisation gefaßten Beschlüsse strikte durchzuführen. Nur selten gelingt es der Agitation der führenden Scharfmacher, einen Meister, der sich bisher in offenen Widerspruch zu den Beschlüssen setzte, für die Beteiligung an der Aussperrung zu gewinnen. Einen Erfolg dieser Art haben die Scharfmacher zu verzeichnen. Herr Klug in der Warschauerstraße, der bisher von den Vorstellungen der Vertrauenskommission nichts wissen wollte, hat sich jetzt auch an der Aussperrung beteiligt.

Die Zahl der Streikenden hat sich um einige vermehrt. Die Montagetischler der Firma Jarotzki, welche von einer Arbeit in Rußland zurückkamen, haben sich ihren streikenden Kollegen angeschlossen.

Die Situation des Kampfes ist somit in der Hauptsache unverändert. Auf keiner Seite ist man geneigt, den eingenommenen Standpunkt aufzugeben. Wenn die Tischlermeister glauben, in der bisherigen Weise weiter kämpfen zu müssen, so können es die Arbeiter noch lange aushalten. Zu einer pessimistischen Auffassung der Lage haben sie keine Ursache.

Die Reihen der aussperrenden Meister beginnen übrigens zu wanken. So stellte der Tischlermeister Quehl in der Dresdenerstraße seine Ausgesperrten wieder ein und erklärte gleichzeitig seinen Austritt aus der Unternehmer-Organisation, um sich in seinen Entschließungen nicht mehr von derselben abhängig zu machen.

Achtung, Korbmacher! Die letzte Branchenversammlung der Korbmacher beschäftigte sich wieder mit der Sperrung des Innungsnachweises und dem Umschauen in Berlin. Da sich die Kollegen immer noch nicht daran gewöhnen können, das Umschauen zu unterlassen, so machen wir die Kollegen nochmals darauf aufmerksam, daß das Umschauen streng zu meiden ist. Auch die Kollegen aus der Provinz, die nach Berlin reisen, seien darauf hingewiesen, daß der Innungsnachweis gesperrt ist. Die Meister, die auf dem Innungsnachweis angeschrieben stehen, werden von den Berliner Kollegen gemieden, weil bei denselben nichts zu verdienen ist, und die Meister nur auf die auswärtigen Kollegen rechnen, die die Berliner Verhältnisse nicht kennen. Der Arbeitsnachweis für organisierte Korbmacher ist im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Hof links eine Treppe. Wir ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck dieser Zeilen.

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Die Aussperrung der Müllkutscher ist jetzt in einen allgemeinen Streik ausgewachsen. Am Montagmorgen haben nämlich auch sämtliche zirka 200 Kutscher und Schaffner der Wirtschafts-Genossenschaft die Arbeit niedergelegt, so daß gegenwärtig mindestens vier Fünftel der gesamten Müllkutscher Berlins im Streik stehen. Schon etwa gleichzeitig mit den ausgesperrten Kutschern der „Abfuhrgesellschaft" und den Firmen Scheller hatten die Kutscher der Wirtschaftsgenossenschaft Lohnforderungen gestellt im guten Glauben darauf, daß ihre Forderungen im Verhandlungswege erledigt werden würden. Während der Aussperrung bei den erstgenannten Firmen verhielt sich die Wirtschaftsgenossenschaft denn auch anfangs scheinbar neutral. Im Laufe der letzten Woche aber mutete die Genossenschaft den Kutschern zu, Streikarbeit zu verrichten, indem von ihnen verlangt wurde, das lose auf den Höfen herumliegende Müll, dessen Abfuhr die Herren Aussperrer mit ihren Arbeitswilligen nicht bewältigen konnten, abzufahren. Gegen eine Abfuhr des Mülls der von den ausgesperrten Firmen abgesprungenen und der Wirtschaftsgenossenschaft neu zugegangenen Kunden hatten die Kutscher natürlich nichts einzuwenden, aber den Aussperrern ihre Gewaltmaßregel den anderen Kutschern gegenüber noch durch Abfuhr des losen Mülls zu erleichtern, das verbot ihnen ihr Solidaritätsgefühl. Am Sonnabend wurde deshalb eine Kommission der Kutscher bei dem Direktor der Wirtschaftsgenossenschaft vorstellig mit der Forderung, die Abfahrt des losen Mülls für die anderen Firmen zu unterlassen und wegen der vermehrten Arbeitsleistung, die aus der Bedienung der neuen Kundschaft erwuchs, eine Lohnzulage zu gewähren. Der Direktor lehnte die Forderungen nicht nur schroff ab, sondern meinte auch, es sei ihm sehr gleichgültig, ob die Leute in den Streik treten würden. Daraufhin erfolgte am Montagmorgen die einmütige Arbeitsniederlegung der größtenteils im Transportarbeiter-Verband organisierten Kutscher und Schaffner. Die Ausständigen sind gewillt, jetzt die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis auch ihren ausgesperrten Kollegen von den anderen Firmen annehmbare Zugeständnisse gemacht worden sind.

Jetzt haben die Abfuhrunternehmer die Verantwortung für ein gut Teil der sanitären Verhältnisse der Stadt Berlin zu tragen. Von ihrem weiteren Verhalten wird es abhängen, ob der Bevölkerung ernste gesundheitliche Gefahren erwachsen werden. Eine Bewältigung

der Müllabfuhr durch Arbeitwillige erscheint in absehbarer Zeit als ausgeschlossen, wie durch die Zustände der bisherigen Abfuhr hinlänglich bewiesen ist. In den Häusern mit Restaurants, Schlächtereien usw. hat sich das lose auf dem Hofe umherliegende Müll schon zu ganzen Wagenfuhren gehäuft und verbreitet bereits die übelsten Gerüche. Wenn hier nicht bald eine Aenderung eintritt, so liegt der Ausbruch einer Epidemie durchaus nicht im Bereiche der Unmöglichkeit. Man wird also abwarten müssen, wie sich die Gesundheitspolizei den Hausbesitzern und Unternehmern gegenüber stellt. Kein Mensch wird ernsthaft behaupten wollen, daß ein Wochenlohn von 33 bis 36 M., wie ihn die Kutscher gefordert haben, für die schwere und schmutzige Arbeit zu hoch bemessen ist. Deshalb sollte man die Gesundheit der Einwohner nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, nur um den Unternehmerprofit ungeschmälert zu erhalten.

Der Streik der Lederarbeiter in der Riemenleder-Fabrik von Schwartz u. Comp., Müllerstr. 172, dauert unverändert fort. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Sämtliche Geldschrankschlosser der Fabrik von Giffey vormals Sommermeyer in Magdeburg sind — wie uns ein Privattelegramm von dort meldet — ausgesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

August Brust, der bekannte Musterchrist und Leiter des christlichen Bergarbeiter-Gewerkvereins, hat — wie uns ein Privat-Telegramm aus Bochum meldet — sein Amt als Vorsitzender niedergelegt.

Brust hat sich einen Namen gemacht durch sein hervorragendes Schimpftalent. Was er an Ausdrücken nicht bloß anwandte, sondern auch noch — geradezu genial nach dieser Richtung hin — erfand, wenn er mit einem Gegner polemisierte, stellt den berühmten „Arizona-Kiker" weit in den Schatten. Anfangs bestaunte und bewunderte die christliche Gewerkschaftswelt dieses Talent. Als dasselbe aber schließlich sich selbst übertrumpfend bei den letzten Knappschaftswahlen sogar in den eigenen, an kräftige sprachliche Kost aus Kirche und Beichtstuhl her gewohnten Reihen Ekel und Abscheu erregte, und Brust, dadurch zum „Organisator der Niederlagen" geworden, selbst die engeren „Freunde" in allzu gewohnter Weise anrempelte, empörten sich auch die frommen Gewerkschaftschristen über diese Sprache.

Nachdem schon Bezirkskonferenzen des christlichen Gewerkvereins sich sehr scharf gegen die Schimpftaktik ihres Vorsitzenden ausgesprochen und auch die „Kölnische Volkszeitung" ein Einschreiten gegen denselben verlangte, hat am Sonntag in Essen eine Sitzung des Ehrenrates und Gesamtvorstandes des Gewerkvereins sich ebenfalls mit Brusts Vorgehen beschäftigt. Nach dreizehnstündiger Beratung erklärte Brust, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlege.

Ob er dasselbe nach einem irgendwie oder irgendwo zustande gekommenen Vertrauensvotum wieder übernimmt oder ein anderer „Organisator der Niederlagen" an seine Stelle tritt, ist für die weitere Rückentwickelung des christlichen Gewerkvereins gleichgültig.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Dienstag, Generalversammlung des Wahlvereins in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Die Parteigenossen von Reinickendorf haben vom 1. November ab die „Vorwärts"-Spedition in eigene Regie übernommen und empfehlen den Parteigenossen und Interessenten, bei Aufträgen von Broschüren, Annonzen und Inseraten unsere Spedition zu berücksichtigen. Die Spedition befindet sich Provinzstr. 29, II bei Genossen Schüler. Im Auftrage: Der Vorstand. R. Lorenz.

Nowawes. Mittwoch, abends ½9 Uhr, bei Hiemke, Wallstraße: Sitzung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Wahl der Bezirksführer. 3. Berichterstattung über den nächsten Kunstabend. 4. Kommunale Angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Köpenick. In der Vereinsversammlung, die Mittwoch abend 8 Uhr in Seidels Gesellschaftshaus stattfindet, werden die Stadtverordneten über ihre Tätigkeit Bericht erstatten; auch werden in dieser Versammlung die Kandidaten für die am 7., 8., 9. und 10. November stattfindenden Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung aufgestellt. Der Diskutierabend fällt aus, ebenfalls ist die Generalversammlung verschoben.

Britz. Dienstag 8½ Uhr ist in den bekannten Lokalen Zahlabend.

Lokales.

Für die Stadtverordneten-Ersatzwahlen
ist also nun endlich der Termin bestimmt und am Sonntag im „Gemeindeblatt" bekannt gemacht worden. Sie sollen

Mittwoch, den 23. November,

vorgenommen werden. Der Magistrat hat uns ein bißchen sehr lange darauf warten lassen, daß er mit der Terminfestsetzung zustande käme. Wir hatten gemeint, daß diese Wahlen schon viel früher angesetzt werden würden.

Eigentlich müßten sie heute schon längst vollzogen sein. Der bisherige Vertreter für den 30. Bezirk dritter Abteilung, der freisinnige Stadtverordnete Sutter, starb im August. Am 8. September, in der ersten Stadtverordnetensitzung nach den Sommerferien, wurde sein Tod mitgeteilt, und die Versammlung beschloß, beim Magistrat die Ersatzwahl zu beantragen. Vom 8. September bis zum 23. November sind elf Wochen — das ist, wie gesagt, ein bißchen viel. Aber in einer Beziehung ist es freilich doch gut, daß es so lange gedauert hat, bis man den richtigen Weg für die Ersatzwahlen fand. Die Parteien sind nämlich noch nicht einmal sämtlich mit der Aufstellung ihrer Kandidaten fertig.

Die Sozialdemokratie, die im 30. Bezirk diesmal einen kräftigen Vorstoß zu tun gedenkt, hat bereits am 23. September in öffentlicher Wählerversammlung unseren Parteigenossen Johannes Sassenbach zum Kandidaten proklamiert. Das war, wie man jetzt sieht, genau zwei Monate vor dem Wahltage. Die Bürgerpartei, die in diesem Bezirk noch einmal mitmachen will, folgte am 27. September nach und erklärte den antisemitischen Rechtsanwalt Ullrich, den Busenfreund der lebensmittelverteuernden Agrarier, für den geeignetsten Mann, den Bezirk im Rathause zu vertreten. Selbst Herr Christian Tischendörfer, der aller Einseitigkeit abholde Möchtegern-Kandidat, war damals schon geschäftig umhergelaufen und hatte zu gleicher Zeit verhandelt mit den „Sozial-Fortschrittlern", deren Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung zu fünf Siebenteln aus Juden besteht, und mit der Bürgerpartei, die die Juden mit wütendstem Haß bekämpft.

Eine Partei aber ist noch nicht mit der Aufstellung ihres Kandidaten zustande gekommen, das sind die Freisinnigen von derjenigen Couleur, die sich im Stadtparlament als „Alte Linke" bezeichnet. Haben sie sich nicht beeilt, weil sie wußten, daß der Wahltag noch in weiter Ferne war? Oder lag die Sache anders?! Konnten sie so lange keinen finden, der zu der Hoffnung berechtigt hätte, daß mit ihm der Freisinn den Bezirk noch einmal vor der Sozialdemokratie zu retten vermöchte? Sie werden den Mann, den sie zu ihrem Kandidaten ausersehen haben, einen Malermeister Rettig, erst in der nächsten Woche den Wählern präsentieren. Das wäre also vierzehn Tage vor der Wahl. Vierzehn Tage vor der Wahl brauchte von Rechts wegen, d. h. nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung, der Wahltermin erst bekannt gegeben zu werden. Ach, hätte doch der Magistrat die Wähler auch mit der Veröffentlichung des Termins noch bis zu diesem äußersten Zeitpunkte warten lassen! Es hätte sich gewiß sehr wirkungsvoll gemacht, wenn die Bekanntmachung just an dem Tage herausgekommen wäre, an dem der Kommunalfreisinn mit seinem Kandidaten vor die Wähler hintrat.

Es wird sich am 23. November zeigen, ob im 30. Bezirk die Sozialdemokratie in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht hat, daß sie nun auch diesen Bezirk dem Freisinn entreißen kann. Die Parteigenossen werden hoffentlich Mann für Mann ihre Pflicht thun.

Leichter wird die Aufgabe sein, die den Genossen des 22. Bezirks gestellt ist. Vor drei Jahren wurde dieser Bezirk durch die Sozialdemokratie in einem schönen Siege erobert, und er wird dauernd in unserem Besitze verbleiben. Diesmal werden dort die Wähler ihre Stimmen unserem altbewährten Parteigenossen Robert Wengels geben, der in voriger Woche als Kandidat der Sozialdemokratie aufgestellt worden ist. Ob es überhaupt noch zu einem eigentlichen Kampf kommen wird? Der Freisinn hat noch nichts von sich hören lassen, doch wird man gut tun, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß von dort eine Ueberraschung geplant und noch im letzten Augenblick ein Kandidat aufgestellt wird. Aber selbst wenn man uns etwa von vornherein das Feld überlassen will, so ist es Ehrensache jedes zu uns haltenden Wählers, an seinem Teil dazu beizutragen, daß am 23. November Genosse Wengels mit einer möglichst stattlichen Stimmenzahl gewählt wird.

Eine kleine Neuerung hat uns übrigens der Magistrat für diese Wahlen beschert, eine **Beschränkung der Wahlstunden**, die nicht ohne Einfluß auf die Beteiligung an der Wahl und auf das Stimmenverhältnis der Parteien bleiben kann. Die dritte Abteilung pflegte sonst von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu wählen, diesmal aber soll sie, wie die magistratliche Bekanntmachung angibt, nur **von 11½ Uhr mittags bis 7 Uhr abends** wählen dürfen. Ist das ein Druckfehler — oder beabsichtigt man tatsächlich, die Wahlzeit zu beschränken? Eine solche „Verbesserung" würde vom Freisinn mit Jubel aufgenommen werden, da sie vielen Arbeitern, die erst nach 7 Uhr kommen können, die Beteiligung an der Wahl unmöglich machen müßte. Die Arbeiterbevölkerung aber wird nicht gewillt sein, sich das gefallen zu lassen. Wir fordern den Magistrat auf, diese Beschränkung, falls eine solche beabsichtigt, schleunigst wieder rückgängig zu machen.

Bei der Etatsberatung im Kuratorium für das Obdach und Arbeitshaus wurde mitgeteilt, daß die Kommunalbehörden Berlins und der Umgegend am Montag, den 7. November, zu einer Konferenz zusammentreten werden, in welcher die Obdachlosen-Frage einer eingehenden Beratung unterzogen werden soll. Zu dieser Konferenz ist unter anderen auch der bekannte Pastor Bodelschwingh und der Vorstand des Berliner Asylvereins eingeladen worden. Es soll in der Konferenz das von sozialdemokratischer Seite so oft angeregte gemeinsame Vorgehen der Gemeinden von Berlin und der Umgegend in der Frage der nächtlichen Obdachlosen angeregt werden, wobei man auf energische Unterstützung des Oberpräsidenten rechnet. Ebenfalls soll der von unseren Parteigenossen seit Jahren empfohlenen Erbauung einer städtischen Herberge, in der für geringes Entgelt Obdach gewährt wird, näher getreten werden; man erwartet von solcher Einrichtung eine bedeutende Entlastung des Obdachs. Zur Frage der Erbauung von Notbaracken im städtischen Obdach wurde beschlossen, diesen Baracken dadurch längeren Bestand zu sichern, daß man sie nicht auf dem Terrain der künftigen verlängerten Winsstraße neben dem Obdach aufstellt, sondern auf dem Gartenland hinter dem Obdach. Aus Anlaß einer Rüge, die Stadtv. Borgmann wegen der unrechtmäßigen Verwendung der durch Ausgehtage der Hospitaliten an deren Ernährung ersparten Gelder s. Z. im Plenum vorbrachte, hat der Magistrat beschlossen, daß derartige Ersparnisse hinfort zur Verbesserung der Nahrung verwendet werden sollen. — Es war bekanntlich beschlossen worden, nur 50 neue Betten für das Lazarett der Rummelsburger Anstalt zu bewilligen. Dieser Beschluß ist jetzt dahin geändert worden, daß man für den erwähnten Zweck 1000 M. in den Etat einstellte, die nach Ansicht des Kuratoriums vielleicht etwas weiter reichen als nur für 50 Betten. Die schon im vorigen Jahre erörterte Frage der Errichtung einer städtischen Apotheke im Rummelsburg wurde abermals vertagt, da bei der wahrscheinlich nach zwei Jahren erfolgten Fertigstellung des städtischen Geschlechtskrankenhauses ohnedies eine Apotheke errichtet werden muß. Weiter soll Fürsorge getroffen werden, daß die tuberkulösen Häuslinge des Arbeitshauses, soweit sie noch arbeitsfähig sind, künftig auf eine Station der Rieselfelder zusammengelegt werden. Das Gehalt der Aufseherinnen des Obdachs wurde von 86 auf 90 M. erhöht, das Anfangsgehalt der Wärter in der Geschlechtskrankenstation von 35 auf 40 M. Auf Antrag unseres Parteigenossen Hoffmann wurde die für die Bibliothek dieser Station bewilligte Summe um 50 M., die für die Rummelsburger Anstalt um 300 M. erhöht. Im Hinblick auf die zu erwartende Lebensmittelteuerung ist die für die Verpflegung in beiden Anstalten bewilligte Summe ganz bedeutend erhöht worden.

Zu unserer Mitteilung von Sonntag über die Leiche im Brotwagen ist berichtigend hinzuzufügen, daß irrtümlich Herrn Fischbeck die Worte von dem ganz neuen Sarg und der ganz gesunden Leiche in den Mund gelegt sind. Tatsächlich hat Herr Direktor Gosche diese Worte gebraucht. Bemerkenswert ist auch, daß erklärt wurde, der Amtsvorsteher von Reinickendorf habe sein Einverständnis dazu gegeben, daß die Leiche ohne Erfüllung der gesetzlichen Formalitäten unauffällig fortgeschafft werde.

In der gestrigen Sitzung der Deputation der städtischen Gaswerke unter dem Vorsitz des Stadtrats Namslau wurde u. a. beschlossen, die Beleuchtung in der Wilhelmstraße gegenüber der Voßstraße, in der Universitäts-, Rudolf-, Amsterdamerstraße 2c. zu verstärken. Angenommen wurden die vorliegenden Pläne für die elektrische Beleuchtung der Friedrichstraße, des Goethesteiges mit der Sommerstraße, und der Friedens-Allee vom Brandenburger Tor bis zur Siegessäule. Die Friedrichstraße soll Mittelbeleuchtung durch Bogenlampen wie die Leipzigerstraße erhalten. Zunächst sind 75 Bogenlampen von bedeutender Helligkeit vorgesehen. Der Goethesteig von der Lennéstraße bis zum Platz am Brandenburger Tor soll ebenfalls Bogenlampen von beträchtlicher Kerzenstärke erhalten. Mit dem Goethesteig soll dann auch gleich die Sommerstraße am Reichstagsgebäude und die Friedensallee mit elektrischem Bogenlicht versehen werden, so daß dann die ganze Umgebung des Brandenburger Tores, das Reichstagsgebäude, der Königsplatz, die Siegesallee mit der Friedensallee und einem großen Teile des Tiergartens, der Bellevuestraße, die Leipziger-, Friedrichstraße u. a. geradezu glanzvoll elektrisch beleuchtet werden.

Zu hohe Steuern dünken auch dem Magistrat nicht angenehm. In einer ganzen Reihe von Fällen hat der Magistrat von Berlin sich veranlaßt gesehen, gegen Vorortsgemeinden wegen zu hoher Besteuerung klagbar vorzugehen. Der Bericht der Grundeigentums-Deputation verzeichnet eine ganze Anzahl solcher Streitfälle. So ist im Vorjahre Einspruch gegen die Höhe der Besteuerung der Rieseländereien in Hohen-Schönhausen erhoben worden. Dieser ist zum Teil zugunsten des Magistrats entschieden. — Einspruch und Klage ist ferner gegen die Veranlagung des Besitzes in Rummelsburg zur Grundwertsteuer erhoben worden. Das Verfahren wurde bis zur Erledigung zweier noch schwebender gleichartiger Klagen ausgesetzt. Gegen die Veranlagung des Grundbesitzes der Wasserwerke in Tegel zur Grundwertsteuer in Höhe von 14 998 M. war Einspruch erhoben worden mit dem Antrage, die Steuer auf 12 172 M. zu ermäßigen. Diesem Antrage ist stattgegeben worden. — Gegen die Veranlagung des den Gaswerken gehörigen Grundstückes in Friedenau an der Kaiserallee zur Grundwertsteuer nach einem gemeinen Werte von 2 122 000 M. schwebt jetzt eine Klage beim Kreisausschusse. Klagen wegen Ermäßigung der zu hoch veranlagten Einkommensteuern sind vom Magistrat ferner gegen die Gemeindevorstände von Dalldorf, Schönerlinde und Hohen-Schönhausen erhoben worden.

Die Kaufmannsgerichte. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke tagte gestern die Kommission zur Vorberatung des Ortsstatuts über das Kaufmannsgericht. Es wurden zunächst einige Paragraphen des vorliegenden Entwurfs beraten und dann beschlossen, am nächsten Mittwoch und Donnerstag aus den beteiligten Kreisen Personen zu hören, um mit ihnen verschiedene Punkte des Entwurfs zu besprechen.

Denkmalseinweihung unter Wilhelm II. In der „Voss. Ztg." lesen wir: „Die Enthüllung der Werke am Großen Stern erhält, wie wir vernehmen, echten Waidmannscharakter, entsprechend den Motiven der Bildwerke. In der Hofansage wird vermerkt, daß die geladenen Gäste in der Hofjagduniform erscheinen sollen — natürlich nur soweit ihnen eine solche verliehen ist. Im übrigen ist Gala vorgeschrieben. Die besonderen Jagdgäste des Kaisers werden sich seitlich vom Hubertusbrunnen gruppieren. Für die sonst im Namen des Kaisers und vom Minister der öffentlichen Arbeiten Geladenen werden auf den Reitwegen an der Hofjäger-Allee Tribünen aufgestellt. Von den Gardeschützen kommt eine Ehrenkompagnie, die mit der Front vor dem Hubertusbrunnen sich postiert. Es wird alles da sein, was mit Hofjagden zusammenhängt. So kommen namentlich auch die Beamten der königlichen Forsten. Der Kaiser wird zunächst die Front der Ehrenkompagnie abschreiten; dann ertönt eine Jagdfanfare und auf ein Zeichen des Ministers v. Budde fallen gleichzeitig die Hüllen von allen Bildwerken; im selben Augenblick rauschen auch die Kaskaden am Felsen des Hubertusbrunnens. Montag vormittag war eine Generalprobe für das Wasserspiel des Brunnens. Die Feier ist nächsten Mittwoch ½11 Uhr. Um 1 Uhr findet in der Bildergalerie des königlichen Schlosses eine Mittagstafel statt, zu der auch die sechs beteiligten Bildhauer geladen sind. Abends ist Galavorstellung im Opernhause. Hier wird der Charakter der Feier noch im „Freischütz" nachklingen."

Die städtischen Fluß-Badeanstalten haben diesen Sommer, obwohl er ungewöhnlich trocken und heiß war, doch mit einer geringeren Besuchsziffer abgeschlossen, als den des Vorjahres. Im Sommer 1903 waren sie von 1 014 967 Personen besucht worden, im Sommer 1904 wurden nur 965 299 Personen gezählt. Selbst in dem sehr heißen Juli blieb diesmal der Besuch noch etwas hinter den im vorjährigen Juli ermittelten Zahlen zurück. Der einzige Monat, der gegenüber dem Vorjahr eine höhere Besuchsziffer brachte, ist der August. Bemerkenswert ist, daß an dem Gesamtergebnis die beiden Geschlechter diesmal anders beteiligt sind als im vorigen Jahr. Im Sommer 1903 waren 690 688 männliche und 315 279 weibliche Besucher gezählt worden. Im Sommer 1904 sank die Zahl der männlichen Besucher auf 645 802, aber die der weiblichen stieg auf 319 407.

Der Markenerlös der Landes-Versicherungsanstalt Berlin betrug im September dieses Jahres 732 339 M., um 66 725 M. mehr als im vorjährigen September. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres sind nun bereits 6 258 858 M. für verkaufte Beitragsmarken eingenommen worden. Dieser Erlös ist um 541 274 M. höher als derjenige derselben neun Monate des vorigen Jahres.

Die Fleischpreise in Berlin sind bedeutend höher als in Wien, Budapest, Paris, Rotterdam und Kopenhagen. Die Preise für 100 Kilogramm Schlachtgewicht stellten sich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre für Ochsenfleisch II. Güte in Berlin auf 117½ M., in Wien auf 109½ M., in Budapest auf 94 M., in Paris auf 105 M., in Rotterdam auf 97 M. und in Kopenhagen auf 86¾ M. Auch die Schweinepreise waren in diesen Städten mit Ausnahme von Paris um 12 bis 21 M. billiger als in Berlin. Noch ungünstiger steht Deutschland da, wenn außer den vorgenannten Ländern auch Rußland berücksichtigt wird. In Moskau kostete Rindfleisch 55½ M. und Schweinefleisch 67¾ M. für je 100 Kilogramm. Diese Preise sind also fast um die Hälfte billiger als in Berlin. Kalb- und Hammelfleisch sind in Berlin sogar noch teurer als in den genannten Städten.

Auf die Beschwerde der Variété-Besitzer über die Kabaretts hat das Polizeipräsidium geantwortet, daß der Verein der Berliner Variété- und Konzerthaus-Besitzer Einzelfälle anführen möge, in denen sich die Kabaretts Uebertretungen polizeilicher Vorschriften zu schulden kommen ließen. Da der Verein sich darauf aber nicht einlassen will, hat er seinen Vorstand beauftragt, eine neue Eingabe auszuarbeiten und das Polizeipräsidium zu bitten: es möge entweder die Kabaretts in bezug auf Zensur, Polizeistunde usw. denselben Bedingungen unterwerfen, welche die Chantants zu erfüllen haben, oder sie ganz verbieten.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen für die Jahrgänge 1897 bis 1904 der westlichen und südwestlichen Vororte nehmen bei den Landwehrbezirken I bis IV am 2. November ihren Anfang. Bei dem Bezirke I finden diese für die Mannschaften der Reserve der Provinzialinfanterie vom 2. bis 7., für die Offiziersaspiranten am 2. November; bei dem Bezirke II für die ersteren vom 8. bis 14., für die letzteren am 8. November statt. Die Mannschaften der Reserve der Garde sowie der Eisenbahn- und Luftschiffertruppen, welche dem Landwehrbezirke III unterstehen, haben sich vom 15. bis 18., die Offiziersaspiranten am 21. November zur Kontrollversammlung einzustellen. Vom 23. bis 29. November folgen dann die Versammlungen bei dem IV. Landwehrbezirke für die Reservemannschaften der Provinzialkavallerie, Feld- und Fußartillerie, Train usw., während die Offiziersaspiranten dieser Truppengattungen am 29. November zu erscheinen haben.

Keine schwarzen Pocken. Die 53 Jahre alte aus Regenwalde gebürtige Lehrerfrau Emilie Lemke geb. Salomon, die im Augusta-Hospital krank lag, bekam einen pockenverdächtigen Ausschlag und wurde deshalb nach den Isolierbaracken der Charité gebracht. Hier wurde jedoch alsbald festgestellt, daß nicht die schwarzen Pocken, sondern nur Windpocken vorliegen.

Lebendig verbrannt ist der 3½ Jahre alte Sohn Alfred des Arbeiters Spaehr aus der Büchenthalerstraße. Frau Spaehr besuchte eine Verwandte in der Exerzierstraße und nahm ihr Söhnchen mit. Als der Kleine über Müdigkeit klagte, legten ihn die Frauen in der Wohnstube auf das Sofa und gingen dann nach der Waschküche. Nach einer halben Stunde kehrten sie zurück und fanden Stube und Küche verqualmt. Als der Rauch abgezogen war, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. Der Knabe lag entsetzlich verbrannt regungslos auf dem Sofa. Er hatte mit Streichhölzern gespielt und seine Kleider in Brand gesteckt. Das Feuer wurde rasch erstickt, aber der Kleine war nicht mehr zu retten.

Auf der Straße wiedergefunden wurden zwei Kinder, die seit vergangenen Donnerstag vormittag vermißt wurden, der elf Jahre alte Sohn Wilhelm und die zehnjährige Tochter Luise des Tischlers Pfennig aus der Mittenwalderstr. 46a. Die Kinder sind sich selbst überlassen, da Pfennig seit einem Jahre Witwer ist. Der Knabe lief schon dreimal davon und blieb mehrere Tage weg, bis er aufgegriffen wurde. Am Donnerstag nahm er auch seine Schwester mit. Beide besuchten eine Tante in Weißensee und logen ihr vor, daß ihr Vater sie zum Besuch geschickt habe. Da die Tante ihnen eine Mark schenkte, so gingen sie jeden Tag nach der Kindervolksküche, wo sie für 5 P. aßen. Die Nächte schliefen sie auf Hausböden oder Bodentreppen. Als sie gestern morgen um 7 Uhr ein Haus in der Mittenwalderstraße verließen, wurden sie von einem Bekannten gesehen. Dieser übergab sie der Polizei, die sie schon suchte, und der Vater brachte den Sohn in Fürsorgeerziehung und die Tochter zu einem Hausgenossen.

Einsam gestorben. Der 55 Jahre alte Maurer Dienst, ein Witwer, der in der Zionskirchstraße wohnte, sprach mit keinem Menschen im Hause und besorgte sich seine Wirtschaft selbst. Die einzigen lebenden Wesen, mit denen er sich zu Hause abgab, waren zwei Kaninchen, die er sich in seiner Stube hielt. Als der Mann

seit zwölf Tagen nicht mehr zum Vorschein gekommen war, ließen Hauswirt und Polizei seine Wohnung durch einen Schlosser öffnen. Man fand ihn angekleidet tot am Boden. Auf der Leiche saßen fast verhungert die beiden Kaninchen, eins auf der Brust, das andere auf den Beinen. Nach dem Gutachten des zugezogenen Arztes war der Einsame am Herzschlag gestorben.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet am Mittwoch abend 8 Uhr im großen Saale der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, eine Vollsversammlung zugunsten der Gemeinde. Frl. Ida Altmann spricht über die Frage: Widersprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse? Nach dem Vortrage findet Diskussion statt. Zahlreicher Besuch von Damen und Herren ist dringend erwünscht.

Am Dampfkessel verbrüht hat sich der 23 Jahre alte Heizer Julius Schüttke aus der Prinzenstraße 93. Der junge Mann war zwei Tage im Augustabad in der Köpenickerstraße beschäftigt. Als der Kessel der Dampfheizung, der auf dem Hofe in einer Wellblechbude steht, undicht geworden war, wollte er den Schaden durch Andrehen einer Schraube ausbessern. Hierbei aber entströmte dem Kessel so viel Dampf, daß Schüttke sich an Gesicht, Brust und Armen schwer verbrühte. Andere Angestellte der Badeanstalt brachten den Verunglückten, der furchtbare Schmerzen litt, mit einer Droschke nach dem Krankenhaus Bethanien, wo er nach vierundzwanzig Stunden starb. Die Ursache des Unfalls ist Gegenstand einer kriminalpolizeilichen Untersuchung.

Zum Morde in der Boyenstraße wird mitgeteilt, daß die Photographien, die die Kriminalpolizei von dem mutmaßlichen Täter, dem Stallschweizer August Mühlethaler, hat anfertigen lassen, gestern bei der hiesigen Kriminalpolizei eingetroffen sind. Sie werden allen Zeugen, insbesondere auch dem Schiffszimmermann Mittag und den anderen Leuten aus Züllchow und Neuendorf vorgelegt werden. Mühlethaler versucht, einen Alibibeweis zu führen. Er behauptet, zu der in Betracht kommenden Zeit gar nicht in Berlin, sondern schon am 15. d. M., dem Tage vor der Ausübung des Mordes, und seitdem ständig in Bern gewesen zu sein. In Züllchow oder Neuendorf, überhaupt in der Stettiner Gegend, sei er nie gewesen. Auf diese Behauptungen hin vernahm die hiesige Kriminalpolizei sofort noch einmal die Zeugen, die bekundeten, ihn in der kritischen Zeit in Berlin gesehen zu haben. Sie wurden alle vier nachdrücklich auf die Wichtigkeit ihrer Aussagen aufmerksam gemacht und ermahnt, sie zurückzunehmen, wenn sie sie nicht aufrecht erhalten könnten. Alle aber bleiben bei ihren früheren Bekundungen. Hiernach ist Mühlethaler in der Zeit, auf die es ankommt, in Birken- und Chausseestraße und zuletzt am 15. d. M. in der „Fischerhütte" in der Adolfstraße gesehen worden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach dem Roten Schloß an der Schleusenbrücke gerufen, weil dort der Fußboden in Brand geraten war. Die Gefahr konnte vom 20. Löschzuge leicht beseitigt werden. — Vorher gab es längere Zeit in der Stallschreiberstraße 29 zu tun. Hier brannte im rechten Seitenflügel das Zwischengebälk vom Keller zum ersten Stock. Um das Feuer vollständig zu löschen, mußte ein großer Teil des Gebälks freigelegt werden. — Ein Posten Fett stand dann in der Samariterstraße 4 in Flammen, während in der Vorsigstraße 12 Teer übergekocht war. — In der Neuenburgerstraße 12 mußte in einer Küche ein Brand abgelöscht werden, der neben dem Fußboden auch Küchenmöbel beschädigte. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch vom Rathause, von der Brücken-Allee 30 und noch von verschiedenen anderen Orten einliefen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Im Metropol-Theater hat sich Sonntag nachmittag das Arbeiterpublikum der „Freien Volksbühne" an Ibsens Komödie der Liebe erbaut. Am Abend vorher gab es an selbiger Stätte auch etwas Erbauliches; allerdings nicht für ein Arbeiterpublikum. Die Ausstattungsposse der Saison, „Die Herren von Maxim" geheißen, kam heraus. Sollten die Manen des schmucken Kunsttempels sich am Nachmittag sanft zum Erröten geneigt haben, so hätte das nicht weiter Verwundernis erregen dürfen; der Kontrast zwischen Abend und Nachmittag war eben zum Bersten groß. Wir schmeicheln uns in Berlin, ein Residenz-Theater zu besitzen; wir haben seit der grausigen Purifikation der Spezialitätenbühnen im Herrnfeld-Theater halbwegs brauchbaren Ersatz gefunden. Doch was Sonnabend an offenherziger Verherrlichung des Allzumenschlichen geleistet wurde, das geht auf keine Kuhhaut. Aber sollten auch wir erröten? Es wurde gesündigt bis an die Grenze des Denkbaren, aber mit Eleganz. Die Pracht des großen Babylon wurde dabei in den Schatten gestellt, aber mit Geschmack, ohne plumpe Aufdringlichkeit. Und da solches geschehen, und sogar das Kreuz aller Ausstattungsbühnen, das Ballett, seine Reize in Anmut enthüllte, sei allen Sündern und Sünderinnen verziehen. An jeder anderen Ausstattungsbühne hätten die Herren von Maxim, trotz aller bunten Flitter, vielleicht brutal gewirkt; das Metropol-Theater steht aber unter einer Leitung, die sogar die Massen auf der Bühne, Statisten und Balletteusen, zur Eleganz zu dressieren weiß; es besitzt ein Ensemble von Künstlern, das imstande ist, nicht allein gepfefferte Brocken, sondern auch fade Suppen mit harmloser Liebenswürdigkeit zu kredenzen, dank einem am Ende strengen, aber in seiner Wesensart tüchtigen Regiment. So kam denn etwas zustande, das alle, die sich von der altfränkischen Anschauung emanzipiert haben, daß die Schaubühne eine moralische Anstalt sein soll, in tiefster Seele befriedigen mußte.

Der Inhalt des Stückes? Wer frägt danach bei der reichen Bilderpracht! Aber es gibt wirklich so etwas wie Handlung: der Held des Abends, fabelhaft reich, fabelhaft gelangweilt, fabelhaft erfolgreich in dem Genre, das bei den Herren von Maxim Liebe genannt wird, hat mit einem Japaner um eine halbe Million gewettet, daß er achtzig Ballhausdamen in achtzig Tagen besiegen werde. Neunundsiebzig besiegt er in dreißig Tagen. Eine Leistung. Die achtzigste aber liebt den Helden ernsthaft und wird von ihm erst in der letzten Minute des achtzigsten Tages besiegt, nachdem vorher die Verlobung zwischen beiden deklariert worden ist. Um eine halbe Million mag ein solcher Sieg etwas teuer erkauft sein. Aber der Grübelei im Parkett über das Mißverhältnis zwischen Wert und Preis der Ware wird schnell durch ein Ballettfinale ein Ende gemacht, durch ein Ballett von solcher Pracht, wie es selbst im Metropol-Theater wohl noch nicht dagewesen ist.

Die Verdienste aller Mitarbeiter von Baruch bis Holländer aufzuzählen, wäre zu weitläufig. Auch hieße es dem geringsten der Leute auf der Bühne Unrecht tun, wollte man die hervorragenden unter ihnen nennen. Erwähnt sei nur, daß in einem durchaus nicht südländisch aussehenden Herrn namens Giampietro sich ein Komiker von wirklich urwüchsiger Kraft zu entwickeln scheint.

Professor Schweninger hält seine poliklinische Sprechstunde für innere Kranke Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, vormittags von 8—10 Uhr im Hauptgebäude der königlichen Charité (1. Hof hochparterre) ab. Behandlung kostenlos.

Der Sternenhimmel im November. In den ersten Tagen des Monats um 10 Uhr abends findet man das bekannte Sternbild des großen Bären oder Wagens ziemlich tief im Norden stehend. Die Linie seiner Hinterräder führt direkt auf den Polarstern, von dem aus nach Süden, unmittelbar über unserem Scheitel, die fünf W förmig angeordneten Sterne der Cassiopeia zu erblicken sind. Die Cassiopeia steht in der Milchstraße, die sich von Osten nach Westen hinzieht, den Himmel fast in zwei gleiche Teile, eine Nordhälfte und Südhälfte teilend.

In der Milchstraße nach Westen gehend, erblickt man zuerst den hellen Deneb vom Schwan, einen Stern zweiter Größe, und noch weiter westlich an ihrem südlichen Rande den Atair vom Adler, einen Stern erster Größe. Nordwestlich von Deneb sieht ebenfalls ein Stern erster Größe, die bläuliche Wega vom Sternbild der Leier. Sehr tief im Südwesten, nur wenig über den Horizont erhoben, ist noch ein Stern erster Größe zu sehen, der Fomalhaut vom südlichen Fisch. Zwischen Fomalhaut und Atair, höher als der erstere, jedoch tiefer als der letztere, sieht man im Südwesten den mattschimmernden Planeten Saturn, der durch sein freilich nur im Fernrohr zu erblickendes Ringsystem eines der interessantesten Objekte am Himmel bildet.

Die östliche Hälfte des Himmels ist jetzt reicher an hellen Sternen, als die westliche. Südlich von der Cassiopeja, ein wenig nach Osten, prangt in ziemlich hohem Stande der herrliche Planet Jupiter, das glänzendste Gestirn unserer Nächte. Weiter erblicken wir im Osten unterhalb der Milchstraße die Sterngruppe der Plejaden oder das sogenannte Siebengestirn, die mit dem weiter östlich stehenden Stern erster Größe, Aldebaran, zum Sternbild Stier gehören. Ganz tief im Osten hat sich bereits das Sternbild Orion völlig über den Horizont erhoben; es ist kenntlich an vier hellen Sternen, die ein längliches Viereck bilden, das in der Mitte drei nahe zusammenstehende Sterne, den Gürtel des Orion zeigt. Von den Eckisternen gehören zwei, Beteigeuze und Rigel, zur ersten Größenklasse.

Geht man von der Cassiopeja am Nordrand der Milchstraße nach Osten, so trifft man auf den Stern erster Größe Capella vom Fuhrmann. Ziemlich tief im Nordosten erblickt man noch zwei helle Sterne, an denen das Sternbild der Zwillinge zu erkennen ist; der höher stehende, Castor, ist zweiter Größe, der tiefer stehende, Pollux, gehört der ersten Größenklasse an.

Die geschilderte Stellung der Sterne wird in der Mitte des Monats schon um 9 Uhr, gegen Ende des Monats bereits um 8 Uhr abends erreicht.

Von Planeten ist noch die Venus als Abendstern am südwestlichen Himmel bald nach Sonnenuntergang sichtbar.

Die Sonne geht am 1. November um 7 Uhr 5 Minuten auf und um 4 Uhr 35 Minuten unter, am 30. November um 7 Uhr 56 Minuten auf, um 3 Uhr 55 Minuten unter; die Tagesdauer nimmt also von 9½ Stunden bis auf 8 Stunden ab. Gleichzeitig sinkt die Mittagshöhe der Sonne von 23 Grad bis auf 16 Grad herab.

Der Mond hat am 1. November letztes Viertel, am 7. ist Neumond, am 15. erstes Viertel, am 23. Vollmond und am 30. wieder letztes Viertel.

Erwähnt sei noch, daß in den Nächten vom 14. bis 16. November der Sternschnuppenschwarm der Leoniden zu erwarten ist. Der Radiationspunkt (Ausstrahlungspunkt) dieser Meteore, der im Sternbild des Löwen gelegen ist, erhebt sich erst nach 11 Uhr abends über den Horizont, so daß sich die späten Nachtstunden am besten zur Beobachtung der Leoniden eignen. Der Mond, der um diese Zeit schon untergegangen ist, wird den Glanz der Erscheinung nicht stören.

Theater. Im Belle-Alliance-Theater geht nunmehr das einaktige Drama Wer? (die Totenbank) von André de Lorde und Georges Montignac, Deutsch von Adolf Flachs Dienstag im Verein mit der Repertoirposse: „Die Tugendglocke" in Szene. — Zentral-Theater. Am Mittwoch, den 2. November, nachmittags 3½ Uhr gelangt „Die Geisha" zum 1027. Male zu kleinen Preisen in erster Besetzung zu Aufführung. Die Preise der Plätze sind: Logen 2,10 M., Orchester- und Parkettfauteuil und I. Balkon 1,60 M., I. Parterre und II. Balkon 1,10 M. II. Parterre und III. Balkon 60 Pf., Stehplatz 40 Pf. — Zu der am Freitag im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) stattfindenden ersten Aufführung des Lustspiels „Die Tyrannei der Tränen" von C. Haddon Chambers, deutsch von Bertha Pogson hat der Vorverkauf bereits begonnen. — Der Hausinspektor des Apollo-Theaters Otto Donath feiert am 1. November sein 25jähriges Dienstjubiläum. Zuerst dem alten Walhalla-Theater, unter Großkopf angehörend, kam er später an das Konkordia-Theater, dem jetzigen Apollo-Theater.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause einen Kunstabend. In prächtiger Festrede voll idealistischer Kraft rief F. Stampfer die Arbeiterschaft zum Eifer um die Kunst, zur Kunstfreudigkeit. Doch dem trefflichen Streben der Schule, neben der wissenschaftlichen Aufgabe künstlerische Bildung zu fördern und Kunstgenuß zu spenden, war im diesmaligen Programm ein ganzer Erfolg nicht beschieden. Die Ansage eines „modernen Lyriker-Abends" wurde nur unzureichend eingelöst, erst die Mitte des Programms führte zu der gestellten Aufgabe, und die dann gebotene Auswahl aus Klara Müller, Preczang, Seidel, Dehmel sowie aus Straußschen und Wolffschen Kompositionen brachte wohl einiges Gute, gab aber entfernt nicht die Möglichkeit, die Fülle und die Tiefe gegenwärtiger Lyrik zu erfassen. Es scheint, als überantworteten sich die Veranstalter des Abends allzusehr den Wünschen der einzelnen Mitwirkenden, anstatt ein einheitliches Programm selbständig aufzustellen und die ausübenden Künstler darauf zu verpflichten. Immerhin ist es gelungen, die kunsteifrige Zuhörerschaft zu fesseln und oft reiche Zustimmung zu gewinnen.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Ein „städtisches Obdach", das ist die neueste Ueberraschung, welche unser Magistrat der Einwohnerschaft bereiten will. Allerdings geschieht dies nicht etwa freiwillig, d. h. in Erkenntnis einer bisher stets geleugneten Pflicht, sondern — gezwungenermaßen, nämlich auf Anordnung der Regierung. Vor drei Jahren hatten die sozialdemokratischen Stadtverordneten aus Anlaß der damals besonders vorherrschenden Wohnungskalamität den Antrag auf Errichtung eines städtischen Obdachs gestellt, ohne jedoch damit mehr als Hohn und Spott bei der Majorität der Stadtverordneten zu ernten. Inzwischen machte sich aber eine stetig wachsende Inanspruchnahme der — — Polizeiwache durch obdachlose Personen beiderlei Geschlechts bemerkbar, so daß sich schließlich die Regierung in Potsdam zum Einschreiten genötigt sah, indem sie die Benutzung der Polizeiwache als Asyl für Obdachlose untersagte und dem Magistrat eine anderweite Regelung dieser Angelegenheit aufgab. Im Monat Dezember 1903 suchten z. B. 310, im Januar 1904 754, im Februar 382, im März 312 Obdachlose die städtische Polizeiwache auf. Nunmehr beantragt der Magistrat bei den Stadtverordneten die Bewilligung der nötigen Mittel zur Herrichtung eines Privathauses in der Wilhelmstraße als städtisches Obdach. Die Stadtverordneten beschlossen auf Antrag unserer Genossen zunächst örtliche Besichtigung und Kommissionsberatung.

Köpenick. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde die Errichtung einer Hilfsschule für minderbegabte Kinder beschlossen. Die Kosten betragen 2248 M., davon trägt die Regierung 500 M. Nach den Feststellungen im September d. J. waren 69 Kinder (41 Knaben und 28 Mädchen) als minder begabt anzusehen. Als Schullokal sollte auf Antrag der Schulkommission auf drei Jahre ein Zimmer über dem Saal des Gastwirts Ringeltaube gemietet werden. Nach energischem Einspruch der Genossen Woick, Herbst und Nieke gegen die Unterbringung einer solchen Schule in einem Lokal wurde die Schulkommission beauftragt, für ein geeigneteres Schulzimmer Sorge zu tragen. Zur Deckung der Betriebskosten der Wasserleitung wurde beschlossen, für den Kubikmeter Nutzwasser 25 Pf. in den beiden ersten Betriebsjahren zu erheben, und auf den gleichen Zeitraum die Betriebskosten der Kanalisation zu einem Drittel von den Gewerbetreibenden, zu einem Drittel von den Hausbesitzern nach dem kubischen Inhalt ihrer bewohnten Gebäude und zu einem Drittel von der Stadtkasse aufbringen zu lassen.

Sechs neue Gemeindeschulgebäude wird Schöneberg in den nächsten drei Jahren errichten, wovon alljährlich zwei fertiggestellt werden sollen. Eine Doppelschule soll zunächst im Südgelände am Tempelhofer Wege zum Frühjahr in Angriff genommen werden, während außerdem eine Schule in der Rubensstraße im Friedenauer Ortsteil und eine in der Feurigstraße geplant ist, wo noch das Feuerwehrgebäude zu Schulzwecken benutzt wird. Die katholische Schule in der Berchtesgadenerstraße ist bereits fertiggestellt und dem Gebrauch übergeben worden. In jedem Jahre soll aber auch zu gleicher Zeit eine höhere Schule errichtet werden. Zum Beginn des nächsten Etatsjahres werden 30 neue Lehrkräfte in den Gemeindeschuldienst treten. Der Etat der Gemeindeschulen wird für 1905 somit um 200 000 M., d. h. auf etwa 800 000 M. anwachsen.

Ein Ende mit Schrecken. Das Verschwinden eines Lehrers mit seiner jungen Frau erregte im Boeskow-Storkower Kreise Aufsehen. Es handelt sich um den Lehrer Schulz, welcher in Groß-Beeren angestellt und seit Jahresfrist verheiratet war. Seine Frau hatte ihm ein großes Vermögen mit in die Ehe gebracht und dadurch verleitet, lebte er über seine Verhältnisse hinaus, war stets sehr freigebig und hatte viele Freunde, welche ihm halfen das Geld zu verbringen. Als Schulz nach Beendigung der Herbstferien wieder in der Schule erscheinen sollte, kam er nicht. Er hatte aber ein Schreiben geschickt, in welchem er mitteilte, daß er sich mit seiner Frau auf Reisen begeben habe. Man nahm nun an, daß Schulz noch zirka 30 000 M. mit sich genommen und sich mit seiner Frau ins Ausland begeben habe. Das Verschwinden des Ehepaares hat aber jetzt eine schreckliche Aufklärung gefunden, denn die Leichen wurden im See bei Müllrose aufgefunden. Schulz hatte das gesamte Vermögen seiner Frau vergeudet und war dann mit ihr in den Tod gegangen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 5. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: John Locke. — Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen. Von Otto Bauer (Wien). — Lohnkämpfe der Buchdrucker im Jahre 1848. Von Karl Büchner. — Die christliche Liebestätigkeit. Von Paul Lafargue. 4. Der Wohltätigkeitsbetrieb der Bourgeois. — Die Comenius-Bibliothek in Leipzig. Von Otto Rühle. — Berufstätige und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Oesterreich. Von H. Fehlinger. — Literarische Rundschau: Dr. Bernhard Harms, Deutsche Arbeitskammern. Die holländischen Arbeitskammern. Professor Raoul Jay, Die Arbeitsräte in Frankreich. Von ad. br. — Hans Gideon Heymann, Die gemischten Werke im deutschen Großeisengewerbe. Von J. G. — Ueber den Chemigraphentarif. Von Hermann Barthel.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Dokumenten des Sozialismus", herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 10. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. — II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Das Protokoll des Wydener Kongresses der deutschen Sozialdemokratie. Denkschrift der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten niederländischen Kammer über das Wahlrecht, die Volksvertretung und das Referendum. (Fortsetzung.) — III. Urkunden des Sozialismus. Ein Brief Ferdinand Lassalles über den Geist der Statuten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

Die „Dokumente des Sozialismus" erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 23 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Im Zeichen des Klassenkampfes. — Unter den Tabakarbeitern in Sachsen. Von Hedwig Kiesel. — Die Entwickelung der Heimarbeit in der Bürsten-industrie. Von Richard Schmalbach. — An meine Freundin R. N. Von E. F., Meerane. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Dienstbotenfrage im Pfarrhause. — Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 23. Nummer seines 21. Jahrganges erscheinen lassen. Dieselbe enthält Nekrologe für die verstorbenen Genossen Albert Schmidt und Josef Schen (Wien), nebst wohlgelungenen Porträts derselben. Ferner heben wir die beiden farbigen Bilder: „Prosit, Herr Kollege!" und „Ein Trost", sowie die Illustrationen „Dem Verdienste seine Krone", „Die Schutzengel-Dreieinigkeit", „Fahrendes Volk", „Der Trost der Baronin", „Die Prinzessin", „Der Attaché", „Unterm König Zibitzjanich", „Vom Bismarck-Archipel" und „Der Lauf der Welt" hervor. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Der Master-Kanzler", „Der Wien muß", „Das Lied vom Fähnrich", „Sultan Mahmud", „Deutschland", „Der Kaiser kommt!" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Poesie und Prosa noch die größeren Feuilletons „Unterhört!", „Vom Heidelberger Schloß", „Verdienstvolle Männer", „Regir auf dem Trockenen", sowie eine „Stammtischrede des Metzgermeisters a. D. Warsitzer in München". Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

— **ic.** — Diesmal akzeptiert. Gelegentliches wohl auch in Zukunft. Im ganzen wenig Bedarf.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Vogel. 1. Nein. 2. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Es ist eine allerdings weitverbreitete, aber darum nicht minder irrtümliche Ansicht, daß man berechtigt sei, innerhalb 24 Stunden von einem Vertrage zurückzutreten. Von einem Vertrage kann man ohne Zustimmung des anderen nicht zurücktreten, es sei denn, daß besondere Rücktrittsgründe vorliegen. — **Kahlenberg 5.** Nein. — **Krankenkasse.** Wenden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse. — **Ja. Fr.** Sie müssen ein Attest Ihres Heimatlandes darüber beibringen, daß Ihrer Heirat nach dortigen Gesetzen nichts im Wege steht. — **Georg M.** Eine Klage wäre aussichtslos. — **O. R.** 1. Ja. 2. Ja, aber es ist dafür wenig Aussicht auf Erfolg. — **M. S. 55.** Aus dem wiederholt (vergleiche Nr. 253 unter 1904) angegebenen Grunde müssen wir es ablehnen, anzugeben, ob bestimmte Länder wegen bestimmter Straftaten ausliefern und Ihnen überlassen, die Auslieferungsverträge in einer öffentlichen Bibliothek einzusehen. — **Rostockerstr. 15.** Ihre Frau scheint nicht krankenversicherungspflichtig. Wenden Sie sich mit dem Antrage auf Entscheidung an die Gewerbedeputation des Magistrats. — **R. 29. 2 und andere.** Wollen Sie aus der Landeskirche austreten, so teilen Sie dem Gericht Ihres Wohnortes Ihre Absicht schriftlich mit. Innerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang Ihres Antrages melden Sie sich dann auf dem Gericht (Vorladung erhalten Sie nicht) und geben Ihre Austrittserklärung zu gerichtlichem Protokoll ab. Kostenpunkt: 3 M. Akkordlohn und etwa 50 Pf. Schreibgebühr und Porto. Von der Austrittserklärung lassen Sie sich eine Abschrift geben (kostet 10 Pf. pro Seite). Kirchensteuerfrei sind Sie vom Ablauf des auf die Erklärung folgenden Jahres ab. — **H. S. 11.** Auseinandersetzung hat nicht zu erfolgen. Ihre Frau beerbt ihren Stiefvater nicht, wohl aber ihre Mutter. — **Hermann J. 20.** Ja.

Marktpreise von Berlin am 29. Oktober. Nach Ermittelungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,55—17,54 M., mittel 17,53—17,52 M., geringe 17,51—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,70—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste*), gute Sorte 15,80—14,60 M., mittel 14,50 bis 13,40 M., geringe 13,30—12,20 M. Hafer*), gute Sorte 16,40—15,50 M., mittel 15,40—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Richtstroh 5,00—4,50 M. Heu 9,10—7,30 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,00 M.
*) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 2. November, abends präzise 8½ Uhr, Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Vortrag des Genossen Davidsohn: „Aus dem Zuchthause" (Lenz). Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich ½9 Uhr eröffnet. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Witterungsübersicht vom 31. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer-Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	771	SO	3	bedeckt	6	Haparanda	760	S		heiter	5
Hamburg	769	O	3	bedeckt	4	Petersburg	772	SW	1	wolkig	2
Berlin	769	OSO	3	bedeckt	5	Cork	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	765	N	2	bedeckt	5	Aberdeen	771	WNW	3	heiter	2
München	765	Still	—	Nebel	6	Paris	764	NNO	1	wolkig	7
Wien	769	Still	—	Nebel	4						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 1. November 1904.
Ein wenig wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und schwachen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdem. Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 1. November, abends 8½ Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Max Grunwald** über: **„Ein halbes Jahrhundert preußischer Junkerherrschaft“.** 249/11*

Diskussion. Verschiedenes.

Gäste — auch Damen — haben Zutritt. Zahlreichem Besuch sieht entgegen

Der Vorstand.

NB. Die ordentliche Generalversammlung findet am **29. November** statt. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht vom III. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Kontrollkommission, des Arbeitsvermittlers und Bibliothekars. Wahl des 2. Bevollmächtigten. Arbeitsvermittler-Stichwahl. Wahl eines Mitgliedes zum Gauvorstand. Anträge. Verbandsangelegenheiten. 91/8

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse

für das

Tapezierer-Gewerbe

zu Berlin.

Sonntag, den 6. November 1904, vormittags 9½ Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht. 2. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 3. Wahl eines Kassenbeamten. 4. Wahl von sechs Vorstandsmitgliedern (vier Kassenmitglieder, zwei Arbeitgeber). 5. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahres-Abrechnung. 6. Verschiedenes. 276/5

J. A.: **Karl Nickisch**, Vorsitzender, Berlin N. 37, Chorinerstr. 84.

Um pünktliches Erscheinen der Delegierten wird dringend gebeten.

Warmes Zimmer

besser wie Kohlen gibt Buchen- und Eichenholz. Zu den billigsten Preisen liefert dasselbe ofenrecht zerkleinert die Holzhandlung **W. Jonentz, Berlin** 5242* **Bärwaldstr. 65.**

Wir rauchen nur Hoyer-Zigaretten. Fabrik Schöneberg, Gustkowstraße 5.

Dem Ehepaar **Waldemar u. Emilie Haker** zu ihrer heutigen silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche. 9012

Die Kolleginnen der Parteispedition von Raschke, Rügenerstraße 24.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Köster

am 29. Oktober nach langer Krankheitsdauer verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. November, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

91/7 **Die Ortsverwaltung.**

Meine äußerst haltbaren **Rahmbierkäse** aus Vollm., mild pikant schmeckend, etw. exquisit Feines, äußerst haltb., Steine v. 3 Pfd. Gew., offeriere in Staniolpackung, 4½ Kg. netto zu M. 6 fr. Nachn. **G. Maisch Nachf., Memmingen** (bayer. Allgäu).

Möbel, 7462* ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigene Tischler-Werkstatt. **Wiehr,** Berlin O. Petersburgerstr. 62.

Wer—Stoff—hat, fertige Herrenanzug, 20 M., feinste Zutat., 2 Anpr. Für guten Sitz bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23,** II. (Alexanderplatz). — Gegründet 1892. 42/18*

Damen-Paletots, Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchengarderobe, gut u. viel billiger in der Fabrik von **Eugen Jacobi,** Charlottenburg, Berlinerstraße 95, I. (Kein Laden.) Größte Auswahl.

Mariendorf.

Den geehrten Einwohnern Mariendorfs und Umgegend zeige hiermit ergebenst an, daß ich am heutigen Tage ein

Parfümerie-, Licht- und Seifen-Geschäft

eröffnet habe. — Auch steht die Rolle zur gefälligen Benutzung.

Hochachtend

Frau Louise Randolph,

25506 **Chausseestr. 23.**

Für Gehörleidende! Für Katarrhleidende!

Soeben erschienen und vollständig neu: „Wie beseitigt man eingewurzelte, chronische Nasen-, Rachen- und Mittelohrkatarrhe (auch mit Gehörstörungen, Ohrensausen 2c.)?“ Eine Lösung der Frage, dargestellt an meinem 20jährigen Leiden und eigener Kur. Preis 2 M. ohne Porto. Selbstverlag. 44/7

Möller, Bremen, Sedanstr. 94.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Reichels weltberühmter **Hühneraugentod** beseitigt schmerzlos u. gründlich jed. Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung. Dose 75 Pf., 1 M. franko. Erfolg garantiert. Täglich Anerkennungen.

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Am Sonntag, den 30. Oktober, verstarb nach kurzem Leiden unser Parteigenosse, der Tischler

Theodor Lichtenstein

5. Abteilung.

Derselbe war bis zu seinem Hinscheiden in der Organisation tätig.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch vormittags 10 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der jüdischen Gemeinde in Weißensee aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Jordan

am 28. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

123/16 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonntag, den 30. Oktober, starb nach längerem Leiden unser Apparatführer 26525

Wilhelm Tartsch

im Alter von 64 Jahren.

Derselbe stand über 30 Jahre in unseren Diensten und hat sich jederzeit durch Pflichttreue, Eifer und Fleiß ausgezeichnet. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin-Lichtenberg, 31. Oktober.

Die Direktion der Bank für Sprit- und Produkten-Handel.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hierdurch diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilh. Brück

Leitergerüstbauer,

welcher in Marienfelde verunglückte, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, mittags 1 Uhr, vom Trauerhause Matternstr. 10 aus nach Wilhelmsberg, St. Pius-Kirchhof, statt. 71/8

Die Ortsverwaltung Berlin I.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Braut, unsere gute Freundin, die Plätterin

Margarete Wendt

nach langer Krankheit am 30. Oktober sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes (Friedrichsfelde) aus statt. 26345

Um stilles Beileid bitten

Georg Gerloff als Bräutigam.
Emma Schulz als Freundin.

Allen Bekannten und Freunden, insbesondere der Firma Armin Tenner, dem Monteurverein sowie den Kollegen für die zahlreiche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich meinen herzlichen Dank.

26275 **Marie Jordan.**

Hermann Günther Straussbergerstr. 21 an der Gr. Frankfurterstr. CIGARREN · CIGARETTEN · TABAKE Beste Qualitäten. Preiswert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr, im Lokal von **Buggenhagen,** Oranienstr. 147 (am Moritzplatz), großer Saal:

Allgemeine Versammlung sämtlicher Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Endgültige Abstimmung, ob der Tarif in der jetzigen Fassung angenommen werden soll.

Kollegen! Es ist notwendig, daß ein jeder erscheint.

Mittwoch, 2. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):

Versammlung sämtlicher in der Drahtindustrie beschäft. Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Zur besonderen Beachtung!

Alle Vertrauensleute, Zahlstellen-Inhaber und Mitglieder bitten wir strengstens darauf zu achten, daß bei der Bezahlung der 40. Beitragswoche für jedes Mitglied eine Zählkarte ausgeschrieben wird.

Die gewissenhafte Ausfertigung dieser Karte ist zu der am Jahresschluß aufzunehmenden Mitgliederstatistik unbedingt erforderlich.

123/17 **Die Ortsverwaltung.**

Freireligiöse Gemeinde.

Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im großen Saale der **Berliner Ressource,** Kommandantenstr. 57.

Vortrag von Fräulein **Ida Altmann.**

Widersprechen die Bestrebungen der Freireligiösen Gemeinde den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?

Nach dem Vortrage freier Meinungsaustausch. 62/6

Zahlreicher Besuch von Damen und Herren sehr erwünscht.

Jeden Sonntag um 9 und 11 Uhr vorm. im **Bürgersaale des Rathauses,** Königstraße, Vorträge, wozu Gäste sehr willkommen sind.

Verband der Möbelpolierer.

Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr, findet **in allen Bezirken**

Bezirks-Vertrauensmänner-Sitzung

statt. **Der Vorstand.**

Der **Bezirksleiter von Friedrichsberg, Gustav Arnemann,** wohnt **Boxhagenerstr. 21.** 159/1

Rummelsburg.

Dienstag, den 1. November 1904, abends 8½ Uhr, im Saale der Ww. **Weigel,** Türschmidtstr. 45:

Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Der Schulstreit im Rummelsburger Gemeinde-Parlament.** Referenten die Gemeindevertreter **John, Ritter** und **Tempel.** 2. Freie Diskussion.

Die **Gemeindevertretung** und die **Lehrerschaft** ist zu dieser Versammlung eingeladen.

223/5* **Der Einberufer.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Morgen Mittwoch, den 2. Novbr., abends 8½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Geschäfts- und Kassenbericht.** 2. **Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung.** 3. Abrechnung vom Volkslieder-Abend. 4. Abrechnung von den beiden Urania-Vorstellungen. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. 25/5

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Skrofulöse u. Lungenkranke sollen beim Beginn der kalten Jahreszeit nicht versäumen, eine **Lebertran-Kur** zu machen. 8162*

Echt Bergener Lebertran wasserhell und wohlschmeckend, in nur frischer Ware, ½ Fl. 1 M., ¹/₁ Fl. 1,90 M.

Gustav Behm Frankfurter Allee 120. Ebertystr. 46. Rixdorf, Hermannstr. 46.

Kenner rauchen **Zenith** Cigaretten! 14L*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt 4, 3353. **Hauptbureau:** Zimmer 1—5. Amt 4, 9679.

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 1. November, abends 8½ Uhr:

Neun Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15.
2. **Kellers Festsäle,** Koppenstr. 29.
3. **Peters Moabiter Gesellschaftshaus,** Wiclefstr. 24.
4. **Zühlkes Festsäle,** Dennewitzstr. 13.
5. **Bernhard Rose-Theater,** Badstr. 58.
6. **Kösliner Hof,** Köslinerstr. 8.
7. **Charlottenburg, Volkshaus,** Rosinenstr. 3.
8. **Oberschöneweide, Wilhelminenhof.**
9. **Rixdorf, Victoria-Säle,** Hermannstr. 49.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht über den Streik und die Aussperrung in der Gelbmetallindustrie.

Referenten:

Behrend, Hartmann, Henning, Müller, Pawlowitsch, Wiesenthal, Wücke, Wuschik, Cohen.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch. 123/14

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

NB. Die für Oberschöneweide angesetzte Versammlung im Lokal Wilhelminenhof beginnt um 7 Uhr.

Stukkateure der Firma Piehler.

Mittwoch, den 2. November, abends 6 Uhr, also gleich nach der Arbeit:

Werkstatt-Versammlung

bei Weihnacht, Grünstraße 21.

Erscheinen sämtlicher dort beschäftigten Kollegen ist Ehrenpflicht! Zur Debatte steht: **Die Tarifdurchbrechung unserer Firma und welche Schmutzkonkurrenz bieten wir den anderen Arbeitskollegen?**

175/11 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Charlottenburg. Heizer und Maschinisten.

Die Zahlstelle **Charlottenburg** des Zentralverbandes hält **Sonntag, den 6. November, 12 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3,** eine

Oeffentliche Versammlung

ab. Alle, die in diesem Berufe beschäftigt sind, sollten es wegen der wichtigen Tagesordnung für ihre Pflicht halten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

139/8 **Der Vorstand.**

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 3. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Eng. Simanowski: Ueber den ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongreß in Frankfurt a. M.**
2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 53/12

Gäste haben Zutritt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand. J. A.: **F. Piesechel,** Vorsitzender.

Verantw. Redakteur: **Paul Büttner, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke, Berlin.** Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Nieder-Barnim

fand am Sonntag im Restaurant Weigelt in Rummelsburg statt. Sie wurde nachmittags gegen 2 Uhr von dem Kreis-Vertrauensmann Georg Freiwaldt eröffnet. Wie die Mandatsprüfung ergab, waren aus 15 Orten 57 Delegierte anwesend, außerdem 13 Vertrauensleute, der Kreis-Vertrauensmann, die weibliche Kreis-Vertrauensperson, die 3 Revisoren, 2 Vertreter der Preßkommission, 1 der Agitationskommission, der Obmann der Lokalkommission und der Abgeordnete des Wahlkreises.

Der Jahresbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Nieder-Barnim sowie der Kassenbericht, die sich beide auf die Zeit vom 1. Oktober 1903 bis zum 30. September 1904 erstrecken sowie die Abrechnung von der Landtagswahl im Jahre 1903 lagen den Delegierten gedruckt vor. Laut Kassenbericht beliefen sich die Einnahmen einschließlich des alten Bestandes von 3735,39 M. auf 14 065,07 M., so daß also im Berichtsjahr 10 329,68 M. eingingen. Es ist, wie der Kreisvertrauensmann bemerkte, das erste Mal, daß die reine Einnahme die Summe von 10 000 M. erreichte und überschritt. Die Ausgaben beliefen sich auf 10 540,32 M. Am 6. Oktober 1904 betrug der Kassenbestand 3524,75 M. Unter den Ausgaben sind 2645,45 M. für die Landtagswahl, 4000 M. an den Parteivorstand, 500 M. an die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, 400 M. für die Crimmitschauer Weber verzeichnet. — Hinsichtlich der Listensammlung für die Crimmitschauer Weber bemerkte der Kreisvertrauensmann, der Gewerkschaftssekretär Körsten habe ihm mitgeteilt, daß eine Anzahl Listen aus dem Kreise Niederbarnim noch nicht abgerechnet oder zurückgeliefert seien; er, Redner, habe jedoch alle ihm wieder zugegangenen Listen und die darauf gezeichneten Summen an Körsten übergeben. Da nun auch auf der Konferenz nicht festzustellen war, worin der Fehler seine Ursache hat, wurden sämtliche Orts-Vertrauensleute aufgefordert, dem Kreis-Vertrauensmanne mitzuteilen, welche Nummern der Listen sie erhalten haben. — Die Abrechnung von der Landtagswahl schließt mit der Bilanzsumme von 2345,55 M. Der Zuschuß der Kreisorganisation zu den Unkosten der Wahl betrug 964,72 M.

Der Jahresbericht zeigt, was ja schon aus dem Kassenbericht zu erkennen ist, daß die Organisation im Kreise erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der politisch organisierten Genossen ist im Berichtsjahre von 4105 auf 5281 gestiegen, die sich auf die Wahlvereine und Bezirke von Bernau, Waidmannslust, Tegel, Dalldorf, Erkner, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Oranienburg, Pankow, Reinickendorf, Wilhelmsruh, Rummelsburg, Neuenhagen, Lichtenberg, Stralau, Weißensee und Ober-Schöneweide verteilen. Die Kassenbestände dieser Wahlvereine belaufen sich zusammen auf 15 258,88 M. Dem Kreisvertrauensmann wurden von den Wahlvereinen insgesamt 3272,35 M. überwiesen. Außer durch die Vorträge und Diskussionen in den im ganzen 211 Wahlvereins-Versammlungen wurde dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder durch Vereinsbibliotheken, die zusammen 2478 Bände enthalten, Rechnung getragen. Für Ankauf von Büchern und Broschüren wurden von den Wahlvereinen im Laufe des Jahres 1048 M. ausgegeben. — Bei den Urwahlen zum Landtag wurden in Ober-Barnim 348, in Nieder-Barnim 1075 Wahlmänner gewählt: davon waren 328 sozialdemokratische. Bei den Gemeindewahlen an den verschiedenen Orten hatte die Sozialdemokratie einen Gewinn von 12 Mandaten. Im ganzen gehören von dem im Kreise vorhandenen 466 Gemeindevertretern 56 der sozialdemokratischen Partei an. Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ ist im Kreise von 5673 auf 6802 gestiegen. — Wie der Kreisvertrauensmann hierzu bemerkte und in der Diskussion bestätigt wurde, ist die wirkliche Abonnentenzahl jedoch bedeutend, wahrscheinlich um ungefähr 500 höher, da ein großer Teil der im Kreise wohnenden Genossen, die in Berlin arbeiten und zu sehr früher Stunde ihre Wohnung verlassen müssen, den „Vorwärts“ hier nicht rechtzeitig erhalten können. — Die „Brandenburger Zeitung“ wird in den entfernt liegenden Orten Bernau, Oranienburg, Herzfelde in ungefähr 100 Exemplaren gelesen, Für die Krimmitschauer Weber wurden, außer den im Kassenbericht erwähnten 400 M. 1802,35 M. an die Gewerkschaftskommission abgeliefert. — Der Kreisvertrauensmann bemerkte zu dem Bericht, daß, wenn auch eine recht stattliche Anzahl Genossen organisiert sei und der Kreis manchen Berliner Wahlkreis überholt habe, doch noch ein gewaltiges Feld für die Agitation vorhanden sei, und es in vielen Orten noch so dunkel aussähe, wie im Osten Preußens.

Die Diskussion über den Bericht bezog sich hauptsächlich auf die inneren Angelegenheiten der Organisation an den einzelnen Orten. Besonders wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die die Behörden der Agitation in den Weg legen, auf die Verleumdungen und Verlästerungen durch die Kreispresse und die ultramontanen und liberalen Blätter, denen gegenüber eine schnellere Aufklärung notwendig wäre. Ein Antrag des Genossen Adlerstein, der die Organisationen der verschiedenen Orte verpflichten wollte, alle vier Wochen Landagitation zu betreiben, wurde durch die Aussprache, in der die damit an manchen Orten verbundenen Schwierigkeiten hervorgehoben wurden, für erledigt erklärt. Es ist noch zu erwähnen, daß außer den erwähnten organisierten Genossen 99 freiwillige Beitragszahler im Kreise vorhanden sind. — Georg Freiwaldt wurde mit allen gegen eine Stimme als Kreisvertrauensmann wiedergewählt. Als stellvertretender Kreisvertrauensmann wurde Seikel, Lichtenberg, einstimmig gewählt.

Auf Antrag der Genossin Jung hatte die Konferenz beschlossen, als 3. und 4. Punkt in die Tagesordnung den Bericht der weiblichen Vertrauensperson und ihre Neuwahl einzufügen. Der Bericht der Vertrauensperson Frau Jung erstreckte sich auf die Monate April bis Oktober. Während dieser Zeit wurden 11 öffentliche Frauenversammlungen im Kreise abgehalten, und zwar in Pankow 4, in Weißensee 5 und in Lichtenberg 2. Die Einnahmen beliefen sich einschließlich eines übernommenen Bestandes von 3,65 M. auf 174,20 M., die Ausgaben auf 149,05 M., so daß ein Kassenbestand von 25,15 M. verblieb. Den Agitationsbericht gab Frau Ihrer. Im allgemeinen seien noch wenig feste Punkte für die Frauenorganisation und Agitation im Kreise vorhanden, ein großes Gebiet liege noch brach. Es genüge nicht, wenn an einem Ort ein oder zwei Frauenversammlungen abgehalten würden. Man müßte systematisch, besonders auch im kleinen Kreise darauf hinwirken, die Frauen für die Organisation zu gewinnen, und die Agitation müßte mehr durch die männlichen Genossen gefördert werden. Die Rednerin wies namentlich auf die große Bedeutung hin, die die Gewinnung der Frauen für die Kulturideale der Sozialdemokratie hinsichtlich der heranwachsenden Jugend hat. Einige Bemerkungen der Rednerin über die Verhältnisse der Frauenorganisation in Schöneweide hatten eine kurze Auseinandersetzung mit dem Vertreter dieses Ortes zur Folge.

Frau Jung wurde als Vertrauensperson einstimmig wiedergewählt.

Als Revisoren des Kreis-Vertrauensmannes wurden Well, Schüler und Oehlking gewählt.

Hierauf berichtete Grauer von der Preßkommission. Er schilderte, bezugnehmend auf den Bericht des Parteivorstandes die finanziellen Verhältnisse des Zentralorgans und fügte hinzu, daß im letzten Quartal der Ueberschuß geringer als in den vorhergehenden Quartalen sei, was aber keineswegs auf irgend welchem Rückgang beruhe, sondern auf die höheren Ausgaben, die durch besondere Umstände, wie Parteitagsberichte usw., zurückzuführen wären. Der Redner wies ferner auf die Steigerung der Abonnentenzahl und die erhöhten Einnahmen aus den Annoncen hin sowie auf die Anklagen und Verurteilungen der Redakteure Leid und Kaliski. Von den Beschwerden erwähnte er besonders diejenigen, die sich auf Verbesserung des Vorortteils beziehen. Hinsichtlich der Vorschläge, die hierzu gemacht wurden, sei die Preßkommission noch nicht über Erwägungen hinausgekommen. Der Redner erwähnte dann, daß es aus praktischen Gründen abgelehnt werden mußte, den Genossen polnischer Zunge sowie den russischen Genossen der verschiedenen Richtungen im „Vorwärts“ ihre Meinungsverschiedenheiten darlegen zu lassen, und ging ferner auf die bekannten Differenzen mit der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Kartell über die Gewerbegerichtswahlen ein. Schließlich bemerkte er, daß die Wünsche der in den Vororten wohnenden Genossen auf frühere Zustellung des „Vorwärts“ unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum erfüllt werden könnten. — Auf diese Angelegenheit wurde besonders in der Diskussion eingegangen. Pinseler bemerkte, daß eine große Anzahl Genossen im Kreise Nieder-Barnim den „Vorwärts“ nicht morgens erhalten könnten. Wenn hier Abhülfe geschaffen werde, würde die Abonnentenzahl bedeutend gesteigert werden können. Was anderen Zeitungen möglich sei, müsse auch dem „Vorwärts“ möglich sein.

Den Bericht von der Agitationskommission gab Taubmann. Er wies im allgemeinen auf die Fortschritte der Organisation hin, auf die vielen Verbindungen, für die die außerordentlich ausgedehnte Korrespondenz zeugt. Es seien 153 Referenten vermittelt worden, was wohl ein Beweis dafür wäre, daß die Agitationskommission doch in der Lage ist, Referenten für die Provinz zu beschaffen, wenn auch nicht die oft recht vielseitigen Wünsche einzelner Orte nach bestimmten Reichstags-Abgeordneten erfüllt werden könnten. Die „Fackel“, die im Laufe des Jahres in 12 Nummern und 166 500 Exemplaren erschien, ist in 18 470 Exemplaren im Kreise verbreitet worden. Der Kalender „Märkischer Volksbote“ ist in 265 000 Exemplaren erschienen und im Kreise in 28 000 Exemplaren verbreitet worden. Der Redner erwähnte ferner, daß die zur Ausarbeitung des neuen Organisationsstatuts eingesetzte Kommission ihre Arbeiten in nicht allzu langer Zeit vollendet haben wird. Zum Schluß teilte der Redner noch mit, daß die Organisationsverhältnisse im Wahlkreise Ober-Barnim zwar nicht besonders gut seien, sich aber doch in letzter Zeit verbessert hätten. — Der Obmann der Lokalkommission, Riek, berichtet, daß in allen in Betracht kommenden Orten genügend Lokale zu haben seien. In einigen Orten seien die Genossen infolge von Chikanierungen durch die Polizei oft gezwungen worden, ihre Lokale zu wechseln. Infolge davon, daß Wendts Lokal in Eichwalde für die Arbeiterschaft nicht frei sei, sei auch das Lokal desselben Besitzers in Berlin, Am Königsgraben gesperrt worden. Von den Genossen in Erkner sei angeregt worden, die Lokalliste in Taschenbuchformat erscheinen zu lassen. Der Redner erwähnt ferner, daß die Berliner Vertrauensleute den Antrag, die am Kopf der Lokalliste befindliche Bemerkung „Alle Lokale, die keinen Saal haben sind frei“, zu streichen, abgelehnt haben. Es wurde, namentlich in der Diskussion, hervorgehoben, daß die Annahme dieses Antrages für die Genossen in den Vororten außerordentlich wichtig gewesen wäre, da manche Wirte über Vereinszimmer verfügten, wo eine den Verhältnissen der Orte entsprechend große Anzahl Personen Platz finden könnten, die aber den Arbeitern verweigert würden.

Die Wahlen der Vertrauensleute hatten folgendes Ergebnis: In die Preßkommission wurden Grauer-Lichtenberg und Kubig-Pankow gewählt, in die Agitationskommission wurde Liesegang-Lichtenberg und als Obmann der Lokalkommission Riek-Rummelsburg gewählt.

Hierauf hielt Reichstags-Abgeordneter Stadthagen einen Vortrag über das Thema „Nach Amsterdam und Bremen“. Er gab eine Uebersicht über die wichtigsten Beschlüsse des Internationalen Kongresses und des Parteitages und wies im Anschluß daran auf die wichtigsten Aufgaben hin, die nun zu erfüllen sind. Namentlich erwähnte der Redner am Schlusse seiner Ausführungen die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, wie sie bei den Streiks der letzten Zeit so kraß zutage getreten sind, und das neue Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter, mit dem sich jetzt das preußische Abgeordnetenhaus befaßt, das aber ein außerordentlich wertvolles Agitationsmittel für die Landagitation bietet. — Der inhaltreiche Vortrag fand lebhaften Beifall.

Unter Kreisangelegenheiten wurden die bereits im Bericht von der letzten Generalversammlung des Wahlvereins von Rummelsburg erwähnten Differenzen zwischen den Genossen Brüschke und Freiwaldt zur Sprache gebracht, und zwar mit dem Ergebnis, daß Freiwaldt den ihm zum Vorwurf gemachten scharfen Ausdruck zurücknahm. — Hinsichtlich der geplanten Preußen-Konferenz erklärte sich die Kreiskonferenz damit einverstanden, daß die Wahl der Delegierten in einer besonderen Kreiskonferenz erfolgen soll.

Das Andenken des verstorbenen Genossen Albert Schmidt ehrte die Konferenz in üblicher Weise.

Soziales.

Berichtigung. In der Notiz „Zum Frankfurter Wohnungskongreß“ in der Sonntag-Nummer, erste Beilage, erste Seite, redet der Druckfehlerteufel im drittletzten Absatz von einer allmächtigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Sozialpolitiker. Der aufmerksame Leser dürfte wohl aus dem Satzzusammenhange ersehen haben, daß eine allmählichе Beeinflussung gemeint ist.

Ein Arbeitersekretariat soll zum 1. April n. J. in Forst (Lausitz) eröffnet werden. Die Kostendeckung ist sichergestellt durch feste Beiträge der Gewerkschaften und eventuelle Zuschüsse der Partei. Ein Grundstock von etwa 3000 M. ist bereits vorhanden. Das Gehalt soll, sofern eine tüchtige Kraft gewonnen wird, auf 2000 M. bemessen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Schulfrage.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hatte es sich zur Aufgabe gestellt, durch eine Reihe von Vorträgen eine der zeitgemäßesten und in ihrer Bedeutung für die zukünftige Entwickelung des Proletariats tiefgreifendsten Fragen der Gegenwart: die Schulfrage nach verschiedenen Seiten hin zu behandeln.

Es war interessant zu beobachten, wie unabhängig von einander jeder der vier Referenten von seinem besonderen Gesichtspunkt aus zu einer völligen Verurteilung nicht nur etwa der zahlreichen Mängel und Unvollkommenheiten, sondern vor allem der gesamten Grundlagen unserer heutigen Volksschulerziehung gelangten. Sämtliche Redner kamen am Schlusse ihrer Darlegungen zu dem Ergebnis, daß mit einzelnen Verbesserungen und Aenderungen wenig zu gewinnen wäre: wolle man eine Volksschule, die der idealen Aufgabe einer wirklichen Erziehung der Jugend auch nur entfernt gewachsen sei, so müßten die geistigen, sittlichen und physischen Vorbedingungen der Jugendbildung eine völlige Neugestaltung erfahren.

Mit Ausnahme von Dr. Zadek, der speziell übernommen hatte, die Forderungen des Arztes und Hygienikers der Schule gegenüber zu skizzieren, hoben Vortragende wie Diskussionsredner zunächst in schärfster Weise als das Grundübel der preußisch-deutschen Volksschule das Ueberwuchern des Religionsunterrichts hervor, und zwar eines Religionsunterrichts auf der Basis streng dogmatischer Bibelgläubigkeit, wie er zu der Weltanschauung und dem Empfinden modern entwickelter Menschen — und somit auch des intelligenteren Teils der Arbeiterschaft — naturgemäß im schroffsten Widerspruche stehe. Dadurch müsse in den Kindern von vornherein der Glaube an die Wahrhaftigkeit des Lehrers erschüttert, innerer Trotz und Auflehnung gegen diesen entfacht oder aber bewußte Heuchelei wachgerufen werden. Und fast noch schlimmer als dies: Damit verzichte die Schule von Anbeginn darauf, in der Jugend die für eine spätere Weiterentwickelung einzig fruchtbare, geistige Fähigkeit zu pflegen: die Fähigkeit zu einem klaren und vorurteilsfreien Denken.

„Lernen“ heißt Wahrheit suchen, nicht fertige Wahrheiten übernehmen, so meinte Dr. Penzig in seinem Referat über „Gesinnungsbildung in der Schule“, und darum gehöre irgend welche Form religiösen Offenbarungsglaubens von vornherein niemals in die Jugenderziehung. Damit brauche man Sittlichkeits- und Morallehre durchaus noch nicht völlig aus der Schule zu bannen. Sei auch Sittlichkeit im eigentlichen Sinne überhaupt nicht durch Lehren übertragbar, so könne es dennoch von hohem Nutzen und Interesse für die Jugend sein, die bisherigen ethisch-moralischen Anschauungsformen der Menschheit und ihre höchsten Errungenschaften auf sittlichem Gebiete kennen zu lernen, niemals aber so, daß für irgend eine Sittenlehre der Anspruch auf ewige oder absolute Gültigkeit erhoben werde. Vielmehr müsse das Kind dahin geführt werden, das sittliche Gesetz in eigener Denktätigkeit aus sich heraus zu entwickeln.

Ebenso hatte Frau Zepler, die den einleitenden Vortrag hielt, die Ausbildung zur geistigen Kritik, zur Denkfähigkeit sowie zum klaren sprachlichen und schriftlichen Ausdruck des Gedachten als den wichtigsten Inhalt der geistigen Erziehung bezeichnet. Daneben müsse das Sehen geübt, die Sinne auf die scharfe Beobachtung von Natur und Umwelt gerichtet und im Verein damit künstlerisches Empfinden wachgerufen werden. Auch diese Referentin legte dar, wie unter jedem dieser Gesichtspunkte die heutige Volksschule höchst minderwertiges leiste, ja in mancher Hinsicht das gerade Gegenteil der genannten Forderungen zu vertreten scheine, wie sie vor allem an Stelle kritischer Urteilsfähigkeit in ihren Zöglingen Autoritäts- und Formelglauben, die Grundlage geistiger Unselbständigkeit, pflege.

Fast die gleichen Anschauungen vertrat Dr. Borchardt, der an Stelle von Dr. Arons das Schlußreferat übernommen hatte. Er entwickelte mehr im einzelnen die schroffen Widersprüche zwischen modern-naturwissenschaftlicher und religiös-dogmatischer Weltauffassung, wie sie sich allmählich mit den Fortschritten des Menschengeistes in den Erkenntnissen der Wissenschaft immer schärfer herausbilden mußten, bis sie sich schließlich für die Jugend unseres Volkes in der Form eines unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Schule und Haus darstellen.

Nicht viel besser als ihre geistig-sittlichen Grundlagen hielten die rein gesundheitlichen Einrichtungen der Volksschule der Kritik in Dr. Zadeks Vortrag stand. Erkannte der Redner auch an, daß insbesondere in den großen Städten in den letzten Jahren manches vervollkommnet wurde, so enthielten alle diese Verbesserungen doch erst den Keim zu dem, was für die Zukunft an hygienischer Fürsorge für das Kind in der Schule zu fordern sei. Es bestehe von Natur eigentlich stets ein Gegensatz zwischen der Anschauung des Arztes und der des Schulmannes. Der letztere verlange ein bestimmtes Maß von Kenntnissen und Arbeitsleistungen ausnahmslos von jedem Schüler. Der Arzt wisse dagegen sehr wohl, daß die geistigen wie körperlichen Anlagen in jedem einzelnen Kinde unendlich verschiedene und auch Unlust, Neigung zu Trägheit und Unaufmerksamkeit oft nur der Ausdruck körperlicher oder geistiger Schwäche und deshalb durchaus nicht stets vom Willen des Kindes abhängig seien. Jedenfalls müsse unbedingt gefordert werden, daß der Arzt die körperliche Entwickelung des Schülers von der Einschulung an dauernd überwache und daß schwach-, normal- und möglichst auch hochbegabte Kinder grundsätzlich in besonderen Klassen unterrichtet werden. Für alle sehr zarten und schwächlichen Zöglinge sollte der Unterricht nach dem Prinzip der Waldschulen, die man eben ganz vereinzelt einzuführen beginnt, so viel als möglich im Freien stattfinden; in den geschlossenen Klassenzimmern muß jede Ueberfüllung vermieden, für dauernde Ventilation und gute Beleuchtung gesorgt, auf zweckmäßige Form der Sitzbänke der größte Wert gelegt, wie überhaupt in der Schule durch Schwimmen, Turnen, Jugendspiele usw. die körperliche Ausbildung der Jugend gleichwertig neben der geistigen gefordert werden.

Was ist nun die Grundursache, der eigentlich tiefste Kern aller Mängel und Verkehrtheiten der Volksschulen? Weshalb ist der Geist der Volksschule — bei allen Unvollkommenheiten auch unseres höheren Schulwesens — dennoch diesem gegenüber ein so viel rückständigerer, ihre Lehrkräfte schlechter vorgebildet, ihre hygienischen Einrichtungen so viel mangelhafter? Weil die preußisch-deutsche Volksschule, wie immer von neuem betont wurde, den Charakter einer reinen Klassen-, einer Proletarierschule trägt, d. h. einer Schule, über deren Form und Geist nicht das Volk bestimmt, sondern die herrschenden Klassen gemäß ihren Anschauungen von dem, was das Volk zu lernen habe. Daher im Proletariat der schroffe Gegensatz zwischen Schule und Haus, der sich zuweilen zu offener Feindschaft steigert, ein Gegensatz, auf den in der Diskussion wiederholt gerade von Arbeiterfrauen hingewiesen wurde.

Es war nur die notwendige Konsequenz dieser Tatsache, wenn die Forderungen sämtlicher Redner gipfelten in der Grundforderung der Einheitsschule, einer gemeinsamen unentgeltlichen Schule für die Jugend aller Stände und Klassen oder mindestens eines gemeinsamen Unterbaues, dem sich erst für die späteren Altersstufen Klassen für elementare, mittlere und höhere Schulbildung angliedern. Erst wenn wir eine solche Einheitsschule besitzen, wie sie in verschiedenen Ländern bereits besteht, werden die herrschenden Klassen, durch das Selbstinteresse gezwungen, ihre Hand zu wirklich durchgreifenden Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens bilden. Es würde ferner dadurch einem der tiefsten, sozialen Schäden, der schroffen Klassentrennung von frühester Jugend an, in etwas entgegengewirkt. Es könnte endlich erst dadurch die Bahn geöffnet werden für eine zukünftige Organisation der Schule, die in sich alle jene Einzelforderungen umschließt, eine auf ganz neuen Grundlagen aufgebaute Organisation, die die Lehr- und Drillschule von heute ersetzt durch eine alle Kräfte und Tätigkeiten umspannende Erziehungsschule.

Nur in losen Umrissen entwickelten die einzelnen Redner ihre Anschauungen von einer solchen Idealschule der Zukunft, auf die übereinstimmend alle Ideen fortgeschrittener moderner Pädagogik weisen und für die die ersten Keime auch bereits jetzt in vereinzelten, heute leider nur den wohlhabendsten Kreisen zugänglichen Erziehungsinstituten vorhanden sind. Eine derartige Erziehungsschule sollte vor allem anderen das Jugendleben des Kindes aus den Mauern und Steinöden der Städte auf das Land, in die Freiheit der Natur verpflanzen. In der Natur selbst sollte die Kenntnis ihrer Gesetze, die Freude an der Beobachtung der Jugend erschlossen, körperliche Kraft geübt, sinnreiche praktische Arbeit neben organischer Denktätigkeit gepflegt werden. Der Geist sozialer Gleichheit, gemeinsamen Strebens und ehrlicher Kameradschaft müßte eine solche Anstalt beseelen, wie auch seitens der Lehrer das Kind nicht durch Straf- und äußere Zuchtmittel, sondern nur durch lebendiges Beispiel, durch freundschaftliche Einwirkung und individuelles Eingehen auf die Besonderheit des Einzelnen geleitet werden dürfte.

Der Sprung von unserer gegenwärtigen Volksschule bis zu einer Erziehungsstätte in diesem Sinne erscheint allerdings ein unendlich großer. Aber wie überall auf sozialem Gebiete, so ist auch hier die klare Erkenntnis des Zieles, dem wir zuzustreben haben, die erste Vorbedingung des Fortschritts, und von der Kraft und Stetigkeit der Agitation der Arbeiterschaft für den Weiterausbau der Volksschule in modernem Geiste wird es abhängen, wie schnell wir uns dem fernen Ziele nähern.

Pankow. Die nächste Versammlung des Vereins für Frauen und Mädchen findet Donnerstag, den 3. November, abends 8½ Uhr, bei Mierke, Berlinerstraße, statt. Frl. Ida Altmann wird einen Vortrag über „Vernünftige Kindererziehung“ halten. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Rixdorf. Dienstag, den 1. November, findet die Vereinsversammlung des Vereins gewerblich-tätiger Frauen und Mädchen von Rixdorf und Umgegend im Lokal des Herrn Thiel, Bergstr. 151, statt. Vortrag von Hermann Schubert über die Schule, wie sie ist und wie sie sein sollte. Gäste sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zu dem Boykott Leipziger Brauereien, der im vorigen Jahre von unseren Parteigenossen in Leipzig geführt wurde, beschäftigte gestern längere Zeit das hiesige Schöffengericht. Es standen sich der Brauereibesitzer Valentin Lapp aus Großkrostitz unter Beistand des Justizrats Dr. Sello und der Redakteur der „Tageszeitung für Bierbrauereien", Wagner, verteidigt durch Justizrat Peltasohn-Leipzig, gegenüber. Lapp war Privatkläger, Wagner Angeklagter. Als Sachverständiger war Kommerzienrat Happoldt zur Stelle. Es handelte sich um drei in der „Tageszeitung" erschienene Artikel, in welchen gegen den Privatkläger schwere Vorwürfe erhoben wurden. Es wurde behauptet, daß die durch den Privatkläger vertretene Brauerei während des Boykotts sich illoyal und gewissermaßen verräterisch gegenüber den boykottierten Brauereien benommen habe, daß der Privatkläger den Boykott dazu habe benutzen wollen, um seiner Brauerei durch unschöne Maßnahmen Kunden zuzuführen usw. usw. Der Prozeß schwebt schon über Jahr und Tag. Ein früherer Termin ist seinerzeit aufgehoben worden, weil der Verteidiger des Angeklagten einen ziemlich umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten hatte. Im gestrigen Termin führte die mehrstündige Verhandlung zu dem Ergebnis, daß der Gerichtshof den Angeklagten der Beleidigung nicht nur im Sinne des § 185, sondern auch des § 186 St.-G.-B. für schuldig erachtete. Der Gerichtshof hielt den Wahrheitsbeweis für völlig gescheitert; er billigte dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 zu, ersah aber aus der Form die Absicht der Beleidigung. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

Die Sehnsucht nach einem Kinde hat die Kaufmannsfrau Gertrud Sch. zu einem törichten Streich verführt, der ihr eine Anklage wegen Vergehens in Beziehung auf den Personenstand zugezogen hat. Neben ihr hatte gestern das Dienstmädchen Anna D. auf der Anklagebank der 7. Strafkammer Platz zu nehmen. Das Eheglück der Frau Sch. wurde durch den Umstand getrübt, daß sich der sehnlichste Wunsch ihres Ehemannes nach Nachkommenschaft nicht erfüllen wollte. So oft sie auch in schlaflosen Nächten die Gunst des Himmels in dieser Beziehung erflehte, sie bat und hoffte vergebens und fürchtete, die Zuneigung ihres Mannes gänzlich zu verlieren. Da griff sie zur Kindesunterschiebung. Sie täuschte ihrem Ehemann allerlei vor und beschenkte ihn eines Tages mit einem jungen Weltbürger, der auch als sein Kind standesamtlich angemeldet wurde. Tatsächlich war es aber das Kind der zweiten Angeklagten, die das Neugeborene mit Freuden der Frau Sch. überließ, da sie damit das Glück des Kindes zu begründen hoffte. Durch einen Zufall ist die Sache ruchbar geworden und Frau Sch. hatte nicht nur den Schaden, daß sich ihr empörter Ehemann ob dieses törichten Streiches gänzlich von ihr abgewendet hat, sondern sie mußte nun auch auf die Anklagebank. Der Gerichtshof erkannte an, daß dem Vorgehen der beiden Angeklagten keine unedlen Motive zugrunde lagen und er verurteilte sie deshalb zu je 1 Tag Gefängnis. — Der Staatsanwalt erklärte sich bereit, ein etwaiges Gnadengesuch zu unterstützen.

Als ein bedauernswertes Opfer des jetzt so viel besprochenen § 175 ist der Ingenieur H. anzusehen, der sich mit einem übelbeleumdeten Menschen, dem Kellner Otto J., vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I wegen Verletzung dieses Paragraphen zu verantworten hatte. Der Angeklagte J., der als Prostituierter der Polizei bekannt ist, wurde bei einer nächtlichen Razzia in einer Kaschemme aufgegriffen. Man fand bei ihm unter anderem den Abschnitt einer Postanweisung, die von dem Ingenieur H. herrührte und keinen Zweifel darüber ließ, daß dieser mit dem Angeklagten in einer das Licht der Oeffentlichkeit scheuenden Verbindung gestanden haben mußte. Der Kellner gab dies denn auch zu und behauptete, daß er mit H., der ihn in der Friedrichstraße getroffen, nach dem Tiergarten gegangen sei und strafbare Handlungen vorgenommen habe. H., ein junger Mann aus bester Familie, gab vor Gericht zu, daß er homosexuell veranlagt sei, bestritt auch nicht, den Mitangeklagten einmal auf der Straße getroffen und ihm später auf sein Gesuch Geld geschickt zu haben, erklärte aber dessen weitere Angaben über angebliche strafbare Unsittlichkeiten für gänzlich unzutreffend. Der Gerichtshof entnahm aus der Beweisaufnahme das Gegenteil dieser Behauptung und verurteilte den Kellner J. zu 6 Monaten, den Ingenieur H. zu 1 Monat Gefängnis.

Bellachinis Tochter vor Gericht. Bei der Verhandlung gegen die des Verbrechens der Doppelehe angeklagte Frau Bezirkshauptmann Hervay, geb. Bellachini, am Sonnabend vor dem Kreisgericht zu Loeben kam es mehrfach zu recht aufregenden Szenen. Frau Hervay, die sehr blaß aussieht, und der man infolge der langen Untersuchungshaft ihre vierundvierzig Jahre mehr als sonst ansieht, wurde von dem Gerichtspräsidenten eingehend verhört; sie blieb aber, trotzdem ihr aus dem Aktenmaterial die Unwahrheit ihrer Aussage nachgewiesen wurde, bei der Behauptung, daß sie nur einmal, und zwar mit Herrn von Lützow, verheiratet gewesen sei und auch über ihre Vermögensverhältnisse keine falschen Angaben gemacht habe. Durch einen Ohnmachtsanfall der Frau von Hervay erlitt die Vernehmung eine Unterbrechung. Dann wurden die Zeugen vorgerufen.

Bürgermeister von Mürzzuschlag, Anton Werwa, als erster Zeuge sagt aus: Hervay habe ihm drei Monate vor seinem Tode gesagt: Ich bin überglücklich, ich habe eine kluge Frau. — Der zweite Zeuge, Stationsvorstand Schenk, ein Freund Hervays, bekundet: Hervay sei ganz verliebt in seine Frau gewesen, die er für 26 Jahre hielt. Ueber die letzten Stunden Hervays erzählt der Zeuge folgendes: Hervay sagte ihm, daß er bis vor einigen Tagen überzeugt gewesen sei, daß er ein unberührtes Weib besitze. Die Lächerlichkeit tötet, das seien seine letzten Worte gewesen. Zeuge Dr. Mommsen bekundet, die Angeklagte habe ihm erzählt, daß sie in Transvaal beim Roten Kreuz im Boerenkriege gewesen sei. Dem Grafen Zeppelin habe sie erzählt, daß sie seinem Sohne, der im Boerenkriege fiel, die Augen geschlossen habe.

Darauf wird unter allgemeiner Spannung der Kronzeuge Pfarrer Prangl vernommen. Er sagt aus: Der Bezirkshauptmann habe ihn gebeten, die Eheschließung vorzunehmen; es sei nur von einer solchen, nie von einem Eheverlöbnis, die Rede gewesen. Da ich keine Dokumente in die Hände bekommen habe, so wollte ich die Ehe nicht schließen. Beide Brautleute drangen aber in mich, doch wenigstens ein Verlöbnis vorzunehmen, sonst würden sie die Eheschließung einem anderen übergeben oder nach England reisen und sich dort trauen lassen. Er habe dann am 15. Juli das Eheverlöbnis in Form einer Trauung vorgenommen, aber unter der Bedingung, daß die Dokumente nachträglich beigebracht würden. Die Baronin Lützow habe dem Zeugen wiederholt feierlichst versichert, daß kein Ehehindernis existiere. Am 19. August habe er das Ehepaar in aller Form getraut, aber die vollzogene Trauung nicht in das Kirchenbuch eingetragen, weil keine Dokumente da waren. — Präs.: Ich betone, daß Sie diese Eheschließung jedenfalls nach Umgehung der formellen wichtigen Bedingungen vorgenommen haben. — Zeuge: Ich habe in gutem Glauben gehandelt.

Die Zeugin Frau von Hervay, die Mutter des Bezirkshauptmanns, erklärt sich bereit, gegen ihre Schwiegertochter auszusagen. Die Angeklagte habe auch ihr abenteuerliche Geschichten über ihre Abstammung und ihr Vermögen erzählt. Die Ehe sei in der richtigen Form geschlossen worden und sei keine Scheinehe. Frau von Hervay behauptet schließlich, die Angeklagte habe ihren Sohn ums Leben gebracht. Die Angeklagte schreit: Das ist nicht wahr! Sie fragt die Zeugin: Habe ich Ihrem Sohne jemals eine bittere Stunde bereitet? Die Zeugin gibt zu, daß die Angeklagte die Wirtschaft gut geführt habe, bleibt aber dabei, daß ihr Sohn trotz aller Liebe die Angeklagte nicht geheiratet hätte, wenn er nicht von ihr getäuscht worden wäre. — Der nächste Zeuge, der Vater des Bezirkshauptmanns, macht eine gleichlautende Aussage. Die Angeklagte fragt ihn: Haben Sie nicht kurz vor dem Selbstmord meines Mannes von ihm einen Brief erhalten, worin er sagt: Wenn meine Frau zwanzigmal verheiratet wäre und 20 uneheliche Kinder gehabt hätte, sogar im Zuchthause gewesen wäre, hätte ich sie doch geheiratet. Der Zeuge gibt dies zu.

Die Verhandlung wird Montag fortgesetzt.

Vermischtes.

Elf Personen in Petersburg verbrannt. In dem zweistöckigen Holzhause eines italienischen Leiermanns zu Petersburg, in welchem eine Hochzeit gefeiert wurde, brach heute früh 3 Uhr Feuer aus, dem, wie bisher bekannt wurde, elf Personen zum Opfer fielen. Die Zahl der Hochzeitsgäste wird auf 18 angegeben.

Aus Stendal wird gemeldet: Am 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr 20 Minuten, ist zwischen den Stationen Groß-Wudicke und Schönhauserdamm ein dem Arbeiterstande angehöriger, etwa dreißigjähriger Mann vom Personenzuge Nr. 224 überfahren und sofort getötet worden. Nach den Angaben von Augenzeugen liegt zweifellos Selbstmord vor.

Die Carl Zeiß-Stiftung in Jena hat der Universität Jena wieder ein neues Institut beschert und zwar das mineralogische. Es kann sich dem physikalischen und hygienischen Institut, die ebenfalls aus Mitteln der Carl Zeiß-Stiftung erbaut wurden, würdig an die Seite stellen. Es ist auf dem Platze der früheren akademischen Rosenbrauerei an der Schillerstraße, gegenüber dem Gymnasium, errichtet und wurde am Sonnabend mittag feierlich eröffnet. An der Feier nahmen Staatsminister Dr. Rothe sowie der Stiftungskommissar Geh. Regierungsrat Vollert aus Weimar teil. Professor Abbe ist krank; Ernst Haeckel, der ebenfalls erschienen war, erfreut sich des besten Wohlseins.

Dr. Chrysander, der frühere Privatsekretär des Altreichskanzlers Fürsten Bismarck, der bekanntlich mehrere Monate in der Irrenanstalt Friedrichsberg untergebracht war, ist als völlig wiederhergestellt aus der Anstalt entlassen und nach Bergedorf zurückgekehrt, wo er seinen ständigen Aufenthalt nehmen wird. Der Termin in der Klage Chrysanders gegen die Landherrenschaft wegen Aufhebung der Entmündigung findet Anfang November statt.

Abwehrversuch gegen Verurteilungen. Aus Mailand wird gemeldet: Sonntag nacht versuchten bisher unbekannte Verbrecher den hiesigen Justizpalast in Brand zu stecken, indem sie beim Haupttor zwei mit Terpentingeist gefüllte Blechkübel anzündeten. Glücklicherweise bemerkten zwei Karabinieri Rauch und Flammen und verständigten die Feuerzentrale, deren Mannschaft den Brand erstickte.

Kleine vermischte Nachrichten. In Mörchingen erschoß sich der „Lothr. Volksstimme" zufolge der Hauptmann Hellregel vom Infanterieregiment Nr. 17 in seiner Wohnung. Die Motive zur Tat sind unbekannt. — Aus Verzweiflung über die Unheilbarkeit seiner Krankheit erschoß in Wien der Staatsbahnbeamte Brückner seine hochschwangere Frau, sein Töchterchen, dann sich selbst. — Der Student Weißer aus München ist vom Tajakopp in Tirol abgestürzt und hat sich beide Beine gebrochen.

Wasserstand am 29. Oktober. Elbe bei Aussig — 0,24 Meter, bei Dresden — 1,79 Meter, bei Magdeburg + 0,42 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,80 Meter. — Oder bei Ratibor + 4,12 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 5,40 Meter bei Breslau Unter-Pegel — 0,50 Meter, bei Frankfurt + 0,73 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 2,32 Meter. — Warthe bei Posen —,— Meter. Netze bei Usch + 0,56 Meter.

Beste Waren. Billigste Preise. **Vornehme Mass-Anfertigung!** Feste Preise. Bar-Verkauf.

Winter-Paletots für Herren.
Unübertroffen reichhaltige Auswahl in sehr vielen Tausenden Exemplaren.
Neueste Moden in Stoffen, Fassons und Abfütterungen.
65.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- **8.50** M.

Winter-Anzüge für Herren.
Vielseitigste Auswahl für Alltag, Beruf und Festlichkeit. Neueste Geschmacksrichtungen. Moderne Verarbeitungen. Von einfachen bis zu den edelsten Erzeugnissen, in sehr vielen Tausenden Exemplaren.
70.- 60.- 50.- 48.- 45.- 40.- 36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- **9** M.

Winter-Joppen für Herren.
Warme Lodenstoffe, mit dicken, molligen Futterarten. Praktische Fassons. Doppelter, breiter Brust-Ueberschlag. Schutz gegen Erkältung.
Riesen-Läger. Riesen-Auswahl.
27.— 21.— 18.— 15.— 13.50 12.— 10.— 6.— **4.50** M.

Geh-Pelz Imitat. Feiner Eskimo, mit Astrach.-Breitschwanz-Futter u. echtem Sealbisam-Kragen **50** M.

Winter-Hosen für Herren. Gute Stoffe, Moderne Muster Neuest. Schnitt, 14.- 12.- 10.- 8.- 6.- **4** M.

Pelz-Joppen Starke Bezugstoffe, durchweg mit Pelzfutter 45.- 36.- 30.- 27.- 21.- **18** M.

Grosse Posten: **Knaben-Mäntel** Wegen Aufgabe der Series oder Mängel bedeutend herabgesetzt, von **3** M. an | Grosse Posten: **Knaben-Anzüge** Wegen Aufgabe der Serien oder Mängel bedeutend herabgesetzt, von **2** M. an

Das kostenlose Aufbügeln und Reparieren kleiner Schäden der von uns gekauften Garderoben wird im Monat Dezember nicht vorgenommen. Wir bitten daher, dergleichen Bestellungen gefälligst jetzt oder nach Weihnachten zu machen.

BAER SOHN

SPEZIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24a-25 — Zwischen Invalidenstrasse und Schiller-Theater N.
11 Brückenstrasse 11 — Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)
Gr. Frankfurterstr. 20 — Ecke Koppenstrasse — Am Bürger-Hospital.

Die 24te Winter-Preisliste über gesamte Herren- und Knabenkleidung und Ausstattung mit 200 Abbildungen wird kostenlos versandt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 1. November.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Samson und Dalila.
Neues königl. Opern-Theater. Theodora.
Deutsches. Dagland.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Lessing. Florian Geyer.
Westen. Esope. Hierauf: Dieu existe.
Thalia. Der Weiberkönig.
Zentral. Der Generalkonsul.
Belle-Alliance. Wer? (Auf der Totenbank.) Hierauf: Die Tugendglocke.
National. Monna Vanna.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Großstadtluft.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). In Behandlung.
Renes. Die lustigen Weiber von Windsor.
Carl Weiß. Santa Wolfsburg.
Kleines. Nachtasyl.
Residenz. Eine Hochzeitsnacht.
Lustspielhaus. Biederleute.
Luisen. Gasparone.
Trianon. Gastons Frauen.
Kasino. Wildes Blut.
Metropol. Die Herren von Maxim. (Anfang 7½ Uhr.)
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Palast. Im Zukunftsstaat. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Passage-Theater. Hans Fredy. Dida. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau. Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. F. Ristenpart: „Meteore, Sterne, Sternhaufen".
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

National-Theater

Weinbergsweg 12a—13b.
Dienstag, den 1. November 1904:
1. Gastspiel Eleonora Duse
mit ihrer Gesellschaft:
Monna Vanna.
Mittwoch: Der Wildschütz.

Zentral-Theater

Heute Anfang 7½ Uhr.
Der Generalkonsul.
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.
Mittwoch, nachm. 3½ Uhr: Die Geisha. Kleine Preise: 2,10, 1,60, 1,10 M., 60 und 40 Pf.
Abends: Der Generalkonsul.

Luisen-Theater.

Gastspiel des Theaters des Westens:
Gasparone.
Mittwoch: Robert und Bertram.
Donnerstag: Krieg im Frieden.
Freitag zum erstenmal: Don Carlos.
Sonnabend: Gastspiel des Theaters des Westens: Die Fledermaus.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67.

Zum **386.** MALE: Gastspiel Adolf Philipp. „Ueber'n grossen TEICH." Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30 Min.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: „Ueber'n grossen Teich".

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Anf. Wch. 8, Sonnt. 7½.
Wildes Blut.
Gesangsposse in 3 Akten v. Mannstädt.
Vorher d. vollst. neue Novemberprogr.
U. a.: „Die Original-Noranas."
Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Grähert.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Debuts der neuen November-Spezialitäten. Hierauf:
Berliner Luft.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke.
Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingsluft und Spezialitäten.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaisersaal:
Tanz.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: „Meteore, Sterne, Sternhaufen."
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Allerseelen
melodramatische Illusion.
Elite-Konzert einer rumänisch. Damen-Kapelle.
Vormittags. Mittags. Nachmittags. Abends.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 236.
Biederleute.
Abends 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Metropol-Theater

Zum viertenmal:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern mit freier Benutzung von C. Flers „Messalinette" von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender.
In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hauptrollen:
Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritzi Massary a. D. Mary Behrens. Joh. Junker-Schatz.
Im 5. Bild:
Das Fest des Lichtes.
(Ballett.)
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwank in 3 Akten von H. Kéroul und A. Barre.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 300 Tage.

Carl Weiß-Theater.

Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion: M. Ed. Fischer.
Senta Wolfsburg.
Schauspiel in 5 Akten von E. Wendt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Senta Wolfsburg.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Snoewittchen.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Der magische Kessel. Orig.-Prod. des Passage-Theaters.
Lucie König, d. erstklassige Mädel. Einfach u. schlicht
Dida die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
14 neue glänzende Nummern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Heute Woche!
Nur eine Nacht Am andern Morgen
(mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen).
Sonnabend: Premiere
Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwank in drei Akten von A. und D. Herrnfeld.
Premierenbilletts schon heute an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.
Anfang (auch Sonntags) 8 Uhr.

WINTER GARTEN

Neues Programm.
Anne Dancrey,
Pariser Sängerin und Tänzerin.
Cooke u. Rothert amerikanische Excentrics.
Baptiste u. Franconi Kopfläufer.
Everhart Reifenkünstler.
Wunderkessel, The Magic Kettle
Cliffe Berzac dress. Ponies u. Esel.
Pas de Fleurs
Morcaschani Creolische Sängerin.
Permanb Bros Komiker.
Romsakoffs weibliche Kosaken.
Heloisa Titcomb amerikanische Sänger.
The Austins austral. Jongleure.
Patty-Frank-Truppe Turner.
Der Biograph.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.**
Schwank in 4 Akten v. Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **In Behandlung.**
Komödie in 3 Aufzügen v. M. Dreyer.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**

Kleines Theater

Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Mittwoch: Nachtasyl.
Donnerstag: Fräulein Julie.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die lustigen Weiber von Windsor.
Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.
Donnerstag: Die Kronprätendenten. (7 Uhr.)

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 1. November, abends präz. 7½ Uhr:
Gala-Premiere.
Zum 1. Male:
Franco Piper
Amerikas größter Künstler, der beste Banjo-Solist der ganzen Welt.
Neu! Zum 1. Male: Neu!
Murno-Truppe, die fliegenden Akrobaten.
Neu! Alfredo und Alberto.
Neu! Miss Louise und Robert Marvellous Equestrian-Akt. — Ferner:
Konsul II, der menschliche Schimpanse.
Billy, der irische Wunder-Pony. und sämtliche Spezialitäten.
Für Gott, Zar und Vaterland
ist der schönste Akt in dem großen mimischen Drama in 8 Bildern:
Michael Strogoff oder:
Der Kurier des Zaren.
Heute: Sämtliche neuen Einlagen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Goldlotte.
Gesangsposse von Jacobson und Mannstädt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: Erstes Auftreten des Frl. M. Landor v. Stadt-Theater Metz: Elsie vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Philippine Welser.
Historisches Schauspiel in 4 Akten von Oskar v. Redwitz.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag: Ehrliche Arbeit.

Skala-Theater.

Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Löwys Duell
Posse mit Gesang in einem Akt, sowie
30 internation. Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
Neu! Lily Durand Neu!
mit ihrer Verwandlungsnummer
Großstadtleben.
Neu! Ostarra Trio Neu!
großartige Kopfbalance auf schwingendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung

Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Ost-Kasino

Frankfurter Allee 106.
Empfehle meine Festsäle mit Nebenräumen den geehrten Vereinen und Werkstätten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch Sonnabende und Sonntage sind noch frei. 8512*
Karl Pirnau.

Zirkus Busch.

Gala-Premiere!
Katharina II.
Große Ausstattungs-Feerie!
Original-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Akten.
Inszeniert v. Kommissionsrat Busch. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Foottit. Tänze vom Ballettmeister Ottavi. Musik vom Kapellmeister Taubert. Kostüme v. Hoflief. Hugo Baruch u. Co. — Außerdem: Die vorzüglich. Programmnummern.

Palast-Theater.

Burgstraße 22. (Früher Feen-Palast.)
Heute Dienstag 1. Nov.: Anfang der
Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz
unt. Protektorat d. Hrn. Prof. R. Begas.
Jede Unreellität wird ausgeschloss.
Heute abend ringen:
1. Spitzer-Köln mit Axel Krook-Schweden. 2. Giovannini-Italien mit Michael Hitzler-München. 3. Laurentz le Beaucairois mit Kramer-Bayern. 4. Niesbacher-Rumänien m. John Pohl-Abs II.-Deutscher. Nachgemeldet sind noch: François de Ridder-Belgien, Kramer-Bayern, Spitzer-Köln, Achner-München u. d. bekannte Weltmeister Georg Lurich. Das Amt der Preisrichter haben die Berliner Herren Amateure Robert Röpmack, A. v. Guretzky und Carl Jäncke freundlichst übernommen.
Vorher: Spezialitäten ersten Ranges.
9 Uhr: „Im Zukunftsstaat".
Anf. d. Vorstell. 8, Kassenöffn. 7 Uhr.
Vorverkauf 11—1 Uhr an der Kasse.

Sanssouci.

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Dienstag, zum erstenmal:
Mensch ärgere Dich nicht.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon Treptow.

Morgen Mittwoch:
Kaiser Josef II.
und die Schusterstochter.
Historisches Volkschauspiel in 4 Bildern.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Alle ausgegebenen Vorzugskarten gelten.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Achtung, Vereine!

Den geehrten Vereinen u. Gewerkschaften empfehle meine neu übernommenen Festsäle mit Bühne und Vereinszimmer für Veranstaltungen jeder Art zu koulanten Bedingungen.
Sonnabende noch frei.
E. Cranz sen. Festsäle, Perleberger-Straße 14.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Gänsefedern 60 Pf.

pr.-Pfund (größere zum Reinigen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, saftiger Gänsepapf M. 2.00, bessere Gänsebalddaunen M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, geriffelte Federn M. 1.50, 2.00, 2.50. Prima geriffelte M. 3.00, 3.50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Diese Anerkennungsschreib.

Gewerbegericht zu Berlin.
J.-Nr. 513 Gew.-Ger. 04.
Berlin, den 27. Oktober 1904.

Bekanntmachung.

In Sachen der Beschwerde der Arbeitgeber-Mitglieder der Schlichtungskommission, welche zwischen dem Verbande der Gips-, Zement- und Deckenbaugeschäfte für Berlin und Vororte einerseits und den mit Rabitzputz beschäftigten Arbeitern andererseits besteht, gegen die Arbeitnehmermitglieder genannter Kommission ist von dem Einigungsamt des Gewerbegerichts in der Sitzung vom 27. September 1904, an welcher teilgenommen haben:

1. Magistratsrat v. Schulz, als Vorsitzender,
2. Hutmachermeister Lucht,
3. Generalsekretär des Bundes der Arbeitgeber-Verbände Nasse, als Vertrauensmänner der Arbeitgeber,
4. Former Körsten,
5. Tischler Ahrens, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer,

nach zuvor erfolgter Anrufung durch beide Gruppen der Schlichtungskommission folgender

Schiedsspruch

gefällt worden:

1. Die Beschwerde der Arbeitgeber, welche auf der Tagesordnung der Sitzung der Zwölfer-Kommission vom 18. August 1904 verzeichnet stand, war der Form entsprechend auf Antrag der Arbeitgeber zu verlesen und zu protokollieren. Es wäre aber billig gewesen, wenn dem Wunsche der Arbeitnehmer gemäß und, da der beschuldigte Arbeitnehmer in der Sitzung anwesend zu sein verhindert war, dieser Punkt der Tagesordnung in der Sitzung gänzlich abgesetzt worden wäre.
2. Es wird den Parteien geraten, dahin zu wirken, daß die Schlichtungs-Kommission (Zwölfer-Kommission) sich eine Geschäftsordnung giebt.

gez. v. Schulz. L. Nasse. A. Körsten. Paul Lucht. Robert Ahrens.

Vorstehendem Schiedsspruch haben sich die Parteien unterworfen, die Arbeitgeber mit der unterm 25. d. Mts. abgegebenen Erklärung, daß der Verband der „Gips-, Zement- und Deckenbaugeschäfte" in seiner Generalversammlung vom 17. Mai 1904 beschlossen hat, seinen Namen in „Berliner Betonverein" umzuändern.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes.
gez. v. Schulz.

Das älteste
Rester-Geschäft

des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Rester von Plüschen, Krimmer, Eskimos zu Damen- und Kinder-Jacketts
zu den billigsten Preisen.
Grösste Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. **10**

Jetzt wieder
Einzel-Verkauf

direkt aus der Fabrik
zu spottbilligen Preisen
nach beendeter Engros-Saison.

Jacketts a 4½, 5½, 6½ bis 7—30 M.
Capes i. Dubel, Estimo Astrachan rc. 3½, 4½, 5—6 bis 36 M.
Abendmäntel a. Gold-Capes 6½, 7½, 8½ bis 25 M.
Feste Preise! Bei Vorzeig. dieses Inserats 5% Rabatt. Feste Preise!
Anfertigung nach Maß!
Modernisierung!! [8462*
Fabrik Pelz, Kurstr. 41-42. (Sonnt. geöffn.)

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere
eleg. fertige **Herren-Moden.**
Bestellungen n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1. I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoris, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich am Körper. 4432*

5¾ Pfund Brot (Backware 6 Stck. 10 Pf.) **50 Pf.**
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstr. 135, Krautstraße 19, Falckensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2. Markthalle Bäckerstr., Stand 222/23. Markthalle Andreasstr., Stand 16/18. Centrale: Voxhagenerstr. 13.

Pianino, Schwechten, zu verk. Ritterstr. 121 b. Wirt.

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr

bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18,—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50,—, Silberne Remontoir v. 9,—, Regulateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie. 3897L*
Karl Lux, Uhrmacher, **Chausseestr. 34.**

L. Katz & Co.

Spandauerstr. 45,
am Molkenmarkt.
Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirtsartikel.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 447L*
Amt 4, 3014.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dukaten-Trauring, 900 gest., 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. — Echt Nathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. Mein seit 16 Jahren bestehendes Geschäft habe ich bedeutend vergrößert und befindet sich dasselbe immer noch Chausseestr. 78.
T. Stolz, Chausseestr. 78.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68 · Lindenstraße 69
Laden

Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

Wider die Pfaffenherrschaft

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts

Von **Emil Rosenow**

50 Lieferungen reich illustriert · à Lieferung 20 Pfennig ·

Der Verfasser entwirft vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **urchristlich-kommunistische Agitation** beginnt, aus der sich die Kirchenherrschaft entwickelt. Der Leser sieht wie das Papsttum entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht, bis zur Weltherrschaft ersteigt, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise die Pfaffenherrschaft in Blut und Kriegsgetümmel erstickt.

Das Werk ist ein dauerndes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.

Der I. Band, umfassend 25 Lieferungen, ist gebunden zu haben und kostet: 234/3*
In Leinenband . . 7,— M.
In Halbfranzband . 8,— M.

Stempel-Fabrik von [4370Q*
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M.** an

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). **Fünfter Wahlkreis:** Leo Jucht, Keibelstraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stoltzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Hermann Raschke, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicke:** W. Pries, Rudowerstr. 68. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** W. Rickel, Berlinerstr. 130, III. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen:** Otto Seikel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** H. Bluhme, Kurfürstenstraße 3. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Otto Münzer, Edisonstraße 31, 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Paul Schmidt, Bismarckstraße 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** H. Meier, Bahnhofstr. 11 II. — **Köpenick:** Friedrich Woick, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Mariendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Elsenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weissensee:** W. Reske, Sedanstr. 53, part. — **Rummelsburg:** Forgbert, Prinz Albertstr. 5a. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf** und **Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** R. Kummert, Florastr. 43. **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf** und **Hankels Ablage:** Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Verlangen Sie ausdrücklich den so vorzüglich schmeckenden

Dänischen Anker-Kautabak.

Echt nur, wenn in jedem Stück — Schleifen oder Rollen — der Firmenzettel **mit Anker** liegt. Nachgeahmten Tabak ohne Zettel weise man zurück. Zu beziehen für Wiederverkäufer nur durch 4462*
Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Amt VII, 3861.
Sämtl. Schnupf- u. Rauchtabake, Nordh. Kautabak — en gros.
Josetti-, Garbáty- u. a. Cigaretten zu Original-Preisen.

Leihhaus

Berlin, Anklamerstr. 2. Charlottenburg, Friedrich Karlpl. 12.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke 2c. 7112*

In 3 Tagen
Ziehung 4. u. 5. November zu Berlin
15. Lotterie der Kommission für **Trabrennen.**
Berliner Lose à 1 Mark 11 Lose 10 Mark.
Porto u. Liste 20 Pf. Pferdegew. günst. verk. geg.
Bar-Geld.
6039 Gewinne Gesamtwert Mark
100000
1 à M. 10000
1 à M. 6000
1 à M. 5000
1 à M. 4000
2 à 3000, 5 à 2000
6 à 1500 = 9000
2 à 1000 = 2000
2400 à 15 u. 10 = 26000
3600 à 5 Mark = 18000
20 Fahrräder = 4000
Berliner Lose versendet der General-Debit
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. [Telegr.-Adr.: Glücksmüller.]
8118*

Lose à 1 Mark
auch zu haben in Lotterie- und Zigarrengeschäften.

H. Preuss, Swinemünderstr. 66, I. Etage,
Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949)
bekannte **billigste Bezugsquelle f. Händler, Neu-Etablierungen** 2c.
Specialität: **Pre-Ussina-Cigarren**
gesetzlich gesch. Specialmarken f. Kenner, in allen Preislagen überall käufl.

889L*

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle- Plüsch- **Reste!** Moquettes. Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Jetzt nach beendet. Engros-Saison
Einzelverkauf

enorm billig
Saccos, Havelocks, Capes, Abend-Mäntel,
Kostümröcke.
Kinder- und Backfisch-Paletots.
Robert Baumgarten,
Hausvogteiplatz 11, 2. Et.
(an der Jerusalemerstrasse).
Bei Vorzeigung dieses Inserats an d. Kasse werd. 5% Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet!

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †54*

Spottbilliger Paletotverkauf, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Damengarderoben bemerkenswert. Pfandleihe Weidenweg neunzehn. †54*

Spottbillige Teppiche, Steppdecken, Inlette, Aussteuerwäsche. Wiederverkäufer vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn.

Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, staunenerregend Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †54*

Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7, verkauft staunend billig Betten, Bettwäsche, Gardinen, Inlette, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Trauringe, goldene Herrenuhren, Damenuhren und sonstige verfallene Sachen. *

Betten, Tischdecken, Regulatoren, Bilder, Spiegel, Möbel spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 43/4*

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontoiruhren, Bilder, Spiegel, Möbel spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6.

Teppiche. Steppdecken, Gardinen, Portieren spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 43/7*

Winterpaletots, Remontoiruhren, Uhrketten spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 43/6*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots, vorjährig, aus feinsten Maßstoffen, 18,00—38,00. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63 I. *

Gelegenheitskauf! Damensaccos, Paletots (Reisemuster), teils auf Seide, 8 Mark, Posten eleganter Steppdecken, durchweg 3,75, Posten eleganter Kostümröcke 4,00. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 86R*

Trikotagen, Massenauswahl, fabelhaft billig, Reinickendorferstraße 7a, Marcus. 56R*

Kleiderstoffreste für den halben Preis. Marcus. 56R*

Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe. Marcus. 56R*

Arbeiterhemden, bestes eigenes Fabrikat. Marcus. 56R*

Kostüme, Blusen, Kleideranfertigung. Marcus. 56R*

Ausgemietet. Resterhandlung Grünerweg 81 (Hausflur), jetzt Kleine Andreasstraße 5. Stoffe zu Damen-, Herren-, Kindermäntel, Knabenjoppen, Anzüge, einzelne Hosen, Futtersachen, Besatzartikel. Scholz. †143*

Reste für Knabenanzüge, Mädchenjacketts, Mäntelstoffe, Zuschneiden gratis. Swinemünderstraße 85, I. †108*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpnickerstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Prenzlauerstraße 59/60.

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 2R*

Möbel, Teppiche. Durch Zufall habe ich große Partien Waren wieder gekauft. Offeriere deshalb, soweit der Vorrat reicht, spottbillig: hochelegante, neue Nußbaumeinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büffette, Schreibtische 26,00, Bücherschränke, Waschtoiletten, Ankleideschränke, Säulentrumeaus 30,00, Salongarnituren, Paneelsofas, Tische, Bettstellen, Ruhebetten mit hocheleganten Diwandecken 22,50, prachtvolle, extragroße Salonteppiche 18,00 und 25,00, wunderschöne Zimmerteppiche 8,00, Spachtelstores, reichgestickte Plüschportieren, Steppdecken, Tüllgardinen, Plüschtischdecken 5,00, Küchenmöbel, Pianinos, Bilder, Kronen, Uhren spottbillig nur im großen Möbel-Verkaufsspeicher (Anhalter Bahnschuppen) Möckernstraße 25, direkt Hochbahnhaltestelle. Ganze Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften kaufe jederzeit und lasse dieselben zu coulanten Bedingungen versteigern. Gekaufte Möbel lagern kostenlos. 2468R.

Pianino, besseres, zu verkaufen. Händler verbeten. Knorr, Hochstädterstraße 9, III. †94*

Musikwerke, selbstspielende. Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 76R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, Teilzahlungen, Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 4R*

Wringmaschinen, Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte. Kottloff, Skalitzerstraße 108. 58R*

Nähmaschinen. Zahle bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Borchert, Zorndorferstraße 50. †30*

Nähmaschinen, Ringschiff, Langschiff, gebraucht, billigst. Krieg, Skalitzerstraße 136. 2193b*

Bronzegaskronen! dreiflammig! 6,00. Gasuhren 1½. Schaufensterbeleuchtung spottbillig. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 38R*

Gasheizöfen, Sparsysteme, 6,00, Petroleumöfen spottbillig. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. (Gaskocherhaus.) 64R*

Eisenöfen, gebrauchte, neue 2,00 an. Dauerbrandöfen 11,00. Gaböfen, Germanenöfen. Gasöfen 6,00. Schröder, Hochstraße 43. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Restaurant im Osten, Vereinszimmer mit Pianino, mehrere Zahlstellen, zu verkaufen. Näheres R. Wasewitz, Friedrichsbergerstraße 19.

Milchgeschäft verkäuflich, 15 Jahre bestehend, wegen Krankheit. Rheinsbergerstraße 72. 2535b

Schankgeschäft, große Wohnung, 1600 Miete, wegen 2 Geschäfte verkäuflich. Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 176. †134*

Frankfurter Allee 10 und Alt-Boxhagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. †140*

Kanarienroller 4,00, flottsingend, Vorschläger (Seifertstamm) 7—15 Mark. Münzstraße 16, Quergebäude.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, bis 10,00 Vergütung. Postkarte. Breitholz, Ackerstraße 10. †56

Sofa 18,00, Bettstelle mit Matratze 15,00, Pallisadenstraße 23, Tapezierer.

Nußbaummöbel, acht Zimmer, auch einzeln, spottbillig, Taschensofa 45,00. Brautleuten Gelegenheit. Köpnickerstraße 126a I. 2642b

Sofa, wie neu, 25,00, Trumeau spottbillig. Fräulein Gehler, Prinzenstraße 64. 44/11

Vogelhandlung, gutgehend, 500. Erfragen Restaurant Grüner Weg 11.

Herrenrad billig zu verkaufen. Schönrock, Franseckistraße 45. †56

Säulentrumeau 35,00, Chaiselongue 15,00. Schmitt, Annenstraße 50, Keller. 44/12

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80—81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratzen und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 44/13*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Operngläser, Koffer, Revolver, Teschings, Zithern, Harmonikas, Geigen spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2629b*

Reißzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldsachen, Regulatoren, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 94R*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 91R*

Nußbaummöbel, drei Zimmer, gediegene, neu, auch einzeln. Taschensofa 45,00 und Küchenmöbel staunend billig. Besichtigung empfohlen, auch Sonntags, Perlebergerstraße 14, Ballokal. 2643b

Bett, spottbillig. 17,00. Dresdenerstraße 38, Michel. 2645b

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte Puppenwagen, Kinderstühle spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. *

Reisemuster. Herrenpaletots, prima, Prachtexemplare, spottbillig. Schönhauser Allee 72b, vorn III links.

Pianino, großartiges, verkauft Janke, Friedrichstraße 125. 2653b*

Echt Nußbaum-Kleiderspind, Wäschespind, elegantes Plüschsofa, Bettstelle, Spiegelspindchen, gut erhalten, Weidenweg 4, vorn II. 2641b

Wirtschaft, neue, verkauft billig. Paneelsofa, Schränke, Bilder, Uebergardinen, Tischdecke, verschiedene andere Sachen, Strelitzerstraße 70, Keller, Ecke Anklamer. 2650b

Verschiedenes.

Buchführung. Stenographie, Schreibmaschine, Sprachen. Salomon, Karlstraße 26. 21R*

Tanzschule Grupe, Annenstraße 16. Sonntagskurse 3,00, Dienstagskurse 4,50 (Monat). 2557b*

Pahr wohnt Brunnenstraße 116.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 16R*

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35b. 1R*

Pfandleihe Markusstraße 27. 2526b*

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise, Ackerstraße 174, II, nicht Laden. 2621b

Fahrräderankauf. Möbel, Pianinobeleihung. Ratzlaff, Schönhauser Allee 163a. 2395R*

Bandwürmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen à 2 Mark Linnaea, Invalidenstraße 105.

Saal! Bußtag, Sonnabende, Vereinszimmer. Annenstraße 16. *

Mittagstisch! 0,30 mit Bier, Apfelwein, Kaffee. Täglich drei Gerichte. Handwerker-Verkehrslokal, Annenstraße 16. 2557b*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzestraße achtzehn! Erfahrener Prozeßbeistand! Ehelagesachen, Interventionen, Strafsachen! Eingabengesuche! Raterteilung. 124/18*

Unfallsachen, Strafsachen, Eingabengesuche, Raterteilungen. Petsch, Brunnenstraße 97. †100*

Rechtsbureau Grünerweg vierundneunzig (Andreasplatz). Langjähriges! Erfolgreichstes! 2648b*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 2632b*

Tanzunterricht: Liepolts „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstraße 11/12. Tanzlehrkurse beginnen! Damen 3,00, Herren 6,00. Privatunterricht jederzeit. Anmeldungen Brunnenstraße 160, Privatwohnung, erbeten.

Lexika und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat, Kochstraße 56 I. Amt I 8831. *

Rechtsbureau! Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. (Allerbilligst.) 2654b*

Vermietungen.

Wohnungen.

Hofwohnungen. Stube und Küche sofort Liebenwalderstraße 33. 2514b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer zu vermieten Hochstädterstraße 2, Hof parterre. †87

Sauberes kleines Herrenzimmer Warschauerstraße 60, Hof rechts II.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn Reichenbergerstraße 47, erstes Quergebäude 3 Treppen, Daskow. 2647b

Schlafstelle für Herren Brandenburgstraße 28, Hof III, Witt. 2638b

Schlafstelle Buckowerstraße 7, Bierente. 44/10

Mietsgesuche.

Zimmer, möbliert, mit Pension sowie liebevolle Kindespflege, sucht Dame sofort, Gegend Gesundbrunnen, 60 Mark. Angebot erbeten Postamt 103, Curt. 2633b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Elsholz, Sänger-Gesellschaft Matinee frei. Gropiusstraße 7. 2559b

Humorist Schmelzer wohnt Stallinerstraße 57. †100*

Kautionsfähige Parteigenossin wünscht Uebernahme irgend einer Filiale. Offerten unter D. 4 Expedition dieses Blattes. 2625b

Stellenangebote.

Steindrucker, junger, für Umdruck und Maschine verlangt Bielefeldt, Pappelallee 27. 2630b

Tischler für Möbelgeschäft, derselbe muß gut polieren und reparieren können. Köpnickerstraße 126a I.

Goldleisten. Tüchtige Farbigmacher werden verlangt Köpnickerstraße 109a. 2640b

Stadtreisender, tüchtiger, gesucht. Offerten unter S. S. postlagernd N. 24.

Maurer, 100 tüchtige, werden bei hohem Lohn verlangt. Nonnendamm, Bahnhof Jungfernheide. 2635b

Schlosserlehrling, auch solcher der schon einige Zeit lernte, gesucht. Maschinenfabrik Hugo Hartung, Moabit, Bielefstraße 16/17. 44/14*

Tüchtigen Packer verlangt Klinke, Köpnickerstraße 21. †1

Mädchen zum Abputzen von Mustern gesucht. Oppermann, Lindenstraße 37 II. 2628b

Junges Mädchen, Knopfannähen und Gänge, verlangt Wallhauer, Landsberger Allee 153, Gartenhaus.

Tüchtige Belegerinnen verlangt Goldleistenfabrik, Reichenbergerstraße Nr. 88. †1

Karton-Arbeiterinnen verlangt Anhut, Elisabeth-Ufer 6. 2555b*

Blusen-Arbeiterin, Stepperin verlangt Gottwald, Bernburgerstraße 6.

Knabenblusen-Arbeiterin verlangt Laaser, Brunnenstraße 84. 67R*

Knabenjacken-Arbeiterin verlangt Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude. 68R*

Knabenpaletot-Arbeiterin verlangt Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude. 69R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Arbeitersekretär

wird für den Wahlkreis Sorau-Forst gesucht mit dem Sitz in Forst. Es wird auf tüchtige, geschulte Kraft reflektiert. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit an 6882*
Moritz Sommer, Forst (Laus.)
Frankfurterstr. 11.

Ballschuharbeiter suchen **Lissenheim & Co.,** Spandauerstraße 65/67.

Tüchtiger jüngerer
Schleifer und Poliseur für Celluloid
zu sofortigem Eintritt gesucht.
Gebrüder Drehmann, Stuttgart, Hohestr. 16.

Strickerinnen u. Spulerinnen
für Glühstrumpffabrikation sofort gesucht von der **Auergesellschaft,** Alte Jakobstr. 139.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!
Wegen Differenzen sind die Firmen
M. & F. Berndt, Warschauerstraße 78,
und
Lühr & Wiese Nachfolger
Rüdersdorferstraße 26,
früher **Richterscher** Betrieb,
gesperrt. 75/20* **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Brauerei-Arbeiter!
Unter Hinweis auf die Mitteilung der Agitationskommission im „Vorw." vom Sonntag, den 16. Oktober cr., unter „Gewerkschaftl." teilen wir mit:
Berliner Bockbrauerei I
(Tempelhofer Berg),
Berliner Bockbrauerei II
(Chausseestraße),
Münchener Brauhaus
(Johannisstraße)
sind für **Bier** (Brauer) **gesperrt.**
42/2* **Die Agitationskommission.**

Verantw. Redakteur: **Paul Büttner,** Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke,** Berl. n. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.